Stadt Bern
Stadtrat

Genehmigung am 27.06.2024 (genehmigt)

Protokoll 09

Stadtratssitzung
Donnerstag, 02.05.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: https://bern.recapp.ch/shareparl/

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 18.55 Uhr 3
2023.SR.0112 4
1 Begrüssung und Mitteilungen
2023.SR.000074 5
2 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA, AL/PdA (Mirjam Roder, GFL / Lena Allenspach, SP / Franziska Geiser, GB / Eva Chen, AL): Anreizsysteme für Migrant:innen zur Erleichterung des Einstiegs in den Arbeitsmarkt der Stadt Bern
2022.SR.000181 9
3 Partizipationspostulat: Haus der transkulturellen Begegnung: "Wir Stadtbewohner*innen"
2021.SR.000134 18
4 Partizipationsmotion: Kreditantrag für bedürfnisgerechte und zielgruppenspezifische Programme zur Förderung der Berufstätigkeit von Migrantinnen
2023.SR.000075 27
5 Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, AL/PdA, GB/JA (Valentina Achermann, SP / Chandru Somasundaram, SP / Matteo Micieli, PdA / Franziska Geiser, GB): Bekanntmachung von bestehenden Angeboten und Projekten für qualifizierte Migrant*innen
2023.SR.000076 29
6 Interfraktionelles Postulat AL/PdA, GB/JA, SP/JUSO, GFL/EVP (Eva Chen, AL / Franziska Geiser, GB / Barbara Keller, SP / Mirjam Roder, GFL): Deutschkurse auch für qualifizierte Migrant*innen fördern
2019.SR.000213 33
7 Interpellation Erich Hess (SVP) - übernommen durch Janosch Weyermann (SVP): Kostentransparenz zu den Integrationskursen an Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene
Schluss der Sitzung: 18.56 Uhr. 33
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr 34
2019.SR.000020 35

8 Interfraktionelle Motion AL/GaP/PdA, GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP, GLP/JGLP (Angela Falk, AL/Rahel Ruch, GB/Lena Sorg, SP/Michael Burkard, GFL/Peter Ammann, GLP): Die Stadt Bern soll Verantwortung im Bereich der medizinischen Grundversorgung von Sans-Papiers übernehmen: Für ein Pilot-Projekt nach Genfer Vorbild; Begründungsbericht
2023.SR.000027 40
10 Interfraktionelle Motion AL/PdA, SP/JUSO, GB/JA! (David Böhner, AL/Barbara Keller, SP/Anna Leissing, GB/Mahir Sancar, JA!/Nicole Bieri, JUSO): Keine Unterbringung von Geflüchteten in unterirdischen Bunkern. Die Stadt Bern soll sich für oberirdische Alternativen zum Rückkehrzentrum in Bern Brünnen einsetzen.
2022.SR.000064 47
11 Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA/Tabea Rai, Al): Schaffen wir das? Solidarität für und mit allen geflüchteten Menschen, und zwar jetzt!
2022.SR.000065 53
12 Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA/Eva Chen, Al): Schaffen wir das? Widerstand gegen die unmenschliche Asylpolitik von Bund und Kanton
2024.SUE. 0002 57
13 Polizeiinspektorat (Dienststelle 230): Nachkredit zum Globalbudget 2024 für die Durchführung der UEFA Women's EURO 2025 in der Stadt Bern
2023.SR.0185 58
14 Motion Fraktion GB/JA! (Katharina Gallizzi, GB/Sarah Rubin, GB/Nora Joos, JA!): Bern isst nachhaltig: Jetzt Verantwortung übernehmen!
Verschoben und eingereicht 65
Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr. 66

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 18.55 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Ruth Altmann
Emanuel Amrein
Ursina Anderegg
Mirjam Arn
Oliver Berger
Tom Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
David Böhner
Francesca Chukwunyere
Milena Daphinoff
Sibyl Eigenmann
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Thomas Glauser
Muriel Graf
Lukas Gutzwiller
Bernadette Häfliger
Bernhard Hess
Thomas Hofstetter
Matthias Humbel
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Simone Machado
Denise Mäder
Salome Mathys
Esther Meier
Daniel Michel
Matteo Micieli
Szabolcs Mihalyi
Tanja Miljanovic
Niklaus Mürner
Dominic Nellen
Barbara Nyffeler
Mehmet Özdemir
Florence Pärli Schmid
Halua Pinto de Magalhães
Simone Richner
Claudio Righetti
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Mahir Sancar
Judith Schenk
Nicole Silvestri
Chandru Somasundaram
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Bettina Stüssi
Michael Sutter
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Janosch Weyermann
Marcel Wüthrich
Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Michael Burkard
Lionel Gaudy
Sarah Rubin

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Geschätzte Kolleg*innen, liebe Medienschaffende, geschätzte Gästinnen und Gäste auf der Tribüne, ich begrüsse euch alle ganz herzlich zur heutigen Stadtratssitzung. Ihr habt es bereits gehört. Ich spreche hochdeutsch. Das hat einen Grund. Heute behandeln wir 2 Partizipationsvorstösse. Und für die einfachere Verständlichkeit werde ich zu Beginn hochdeutsch sprechen. Es steht euch allen natürlich frei, die Sprache zu wählen, die ihr wollt. Ich glaube aber, dass wir super geübt haben, als die schwedische Botschaft bei uns zu Besuch war.
Bevor wir mit dem offiziellen Teil beginnen, möchte ich die Anwesenden auf der Tribüne darauf aufmerksam machen, dass Kundgebungen, und damit auch Plakate, untersagt sind. Das heisst: Ich bitte Sie, dieses Plakat wegzunehmen, damit wir uns alle an die Regeln halten und es eine gute Diskussion geben kann. Vielen herzlichen Dank.
Dann beginne ich gleich mit den Entschuldigungen. Für beide Sitzungen entschuldigt sind Lionel Gaudy von der Mitte, Sarah Rubin vom GB und Michael Burkart von der GFL. Teilweise für die erste Sitzung – ab 18.15 Uhr – ist Tom Berger entschuldigt. Und etwas später kommen Johannes Wartenweiler und Francesca Chukwunyere.
Wir sind bereits bei den Mitteilungen. Ich möchte euch zuerst einmal um etwas Ruhe bitten. Danke. Ich möchte euch auf 2 Veranstaltungen hinweisen. Für die erste Veranstaltung habt ihr von mir gerade eine E-Mail bekommen – den Stadtratsausflug am 6. Juni. Ich würde mich natürlich sehr, sehr freuen, wenn ihr mich oder uns nach Nidwalden auf den Stadtratsausflug begleiten würdet. Dann findet am 20. Juni das Treffen mit der Burgergemeinde statt. Eva Gammenthaler, alt Stadträtin der AL, wird mit uns im Rahmen der Gassenarbeit eine Führung machen.
Dann ist unser höhenverstellbares Rednerinnen- und Rednerpult wieder zurück. Wir danken der Rathausverwaltung ganz herzlich, dass sie sich darum gekümmert hat. Dann wie immer, das Badgen nicht vergessen. Das Einreichen der Vorstösse: bis um 21.30 Uhr und die dringlichen bis um 21 Uhr. Es gibt noch eine weitere Information. Die SP-Juso-Fraktion hat das Traktandum 9 "Unhaltbare Arbeitsbedingungen in der Asylsozialarbeit" zurückgezogen. Wir kommen zu Beginn zum Ordnungsantrag der GFL. Sie möchte, dass wir die Traktanden 2, 4 und 5 zusammen behandeln. Wenn ihr das auch wollt, könnt ihr Ja stimmen. Wer dies nicht will, sondern bei der ursprünglichen Traktandenliste bleiben will, drückt Nein oder Rot, und wer sich enthält, drückt Weiss.

Antrag
Ordnungsantrag
GFL:
Gemeinsame Beratung der Traktanden 2, 4 und 5.

Abstimmung Nr. 004

2023.SR.0112: Ordnungsantrag	
Ablehnung	
Ja	20
Nein	35
Enthalten	3

Präsidentin: Der Ordnungsantrag ist abgelehnt. Dann sind wir bereits bei Traktandum Nummer 2. Das ist ein interfraktionelles Postulat.

2023.SR.000074

2 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA, AL/PdA (Mirjam Roder, GFL / Lena Allenspach, SP / Franziska Geiser, GB / Eva Chen, AL): Anreizsysteme für Migrant:innen zur Erleichterung des Einstiegs in den Arbeitsmarkt der Stadt Bern

Präsidentin: Wird das Postulat bestritten? – Das ist bestritten. Dann gebe ich gerne den Einreichenden das Wort – Mirjam Roder von der GFL.

Mirjam Roder (GFL) für die Einreichenden: Im Jahr 2023 hat der Fachkräftemangel in der Schweiz wieder einen Rekordwert erreicht und im Moment gibt es noch wenig Anzeichen der Entspannung. Insbesondere Stellen für Gesundheitsspezialist*innen, IT-Fachkräfte und ingenieurtechnische Fachkräfte seien schwer zu besetzen. Dies zeigten der Fachkräftemangelindex Schweiz und der Stellenmarktmonitor der Universität Zürich. Gleichzeitig leben in der Schweiz viele gut ausgebildete Migrant*innen. Die meisten von ihnen arbeiten aber nicht das, wofür sie ausgebildet sind, sondern gehen einer beruflichen Tätigkeit nach, für die sie überqualifiziert sind. Das ist natürlich ein grosser Verlust für sie selbst, aber auch für die Volkswirtschaft. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Eine Frau hat mir erzählt, dass sie Informatik studiert hat und jahrelang Berufserfahrung als Informatikerin gesammelt hat. Da sie aus einem nicht europäischen Land in die Schweiz kam, wurde ihr Abschluss allerdings nicht anerkannt. Und als sie sich auf eine Stelle als Informatikerin bewarb, wurde sie belächelt und gefragt, ob sie denn mit Excel umgehen könne. Natürlich, hat sie gesagt, aber noch viel mehr. Und dann hat sie diverse Dinge aufgelistet, von denen ich nichts verstanden habe, da ich keine Informatikerin bin. Sie geht nun einer Arbeit nach, für die sie klar überqualifiziert ist, mit einem Lohn, der knapp reicht, um über die Runden zu kommen. Finanzielle Hilfe wolle sie aber auf keinen Fall holen, um ihren Aufenthaltsstatus nicht zu gefährden. Weil es finanziell gerade einmal so reicht, versuche sie so viel wie möglich zu arbeiten, was aber gleichzeitig heisse, dass sie nicht mehr viel Zeit für die erforderlichen Weiterbildungen und Deutschkurse habe. Und nach der Arbeit und nach dem Deutschkurs am Abend versuche sie selbst noch ein bisschen Informatiktätigkeiten auszuüben, damit sie es nicht verlerne und auf dem Laufenden bleibe. Und wie wir gehört haben, wird gleichzeitig händeringend nach IT-Fachkräften gesucht.
Wir fordern deshalb in diesem Postulat eine Prüfung von Anreizsystemen für Migrant*innen zur Erleichterung des Einstiegs in den Arbeitsmarkt der Stadt Bern. Als Anreizsystem haben wir im Postulat gefordert, den Einbezug von Schlüsselqualifikationen oder auch Schlüsselkompetenzen zu prüfen. Diese wurden vor gut 30 Jahren aus einer feministischen Perspektive entwickelt, um Frauen, die länger nicht in der Erwerbsarbeit tätig waren, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Durch die Schlüsselqualifikationen können Kompetenzen wie Organisationsfähigkeit oder Teamfähigkeit, die beispielsweise, um nur ein Beispiel zu nennen, in Vereinstätigkeiten erworben wurden, im Lebenslauf gewürdigt und anerkannt werden.

Generell dienen Schlüsselqualifikationen zur Gleichbehandlung von unterschiedlichen Lebensläufen. Dieses Prinzip kann auch für den erleichterten Einstieg in den Arbeitsmarkt der Stadt Bern für Migrant*innen angewendet werden. Sie bringen logischerweise bereits zahlreiche Qualifikationen mit sich. Das Problem ist nur, dass diese nicht anerkannt werden, weil sie nicht in der Schweiz erworben wurden. Wie schon gesagt, ist das Prinzip der Schlüsselqualifikationen auch nicht neu und muss daher auch nicht neu erfunden werden. Tatsächlich wird es bereits in vielen Bereichen eingesetzt; nicht zuletzt, weil sich die fachlichen Anforderungen in der Arbeitswelt dauernd ändern und es deshalb ohnehin schwierig wäre, Mitarbeitende nur auf Grundlage der Fachkompetenzen auszuwählen. Der Einbezug von Schlüsselqualifikationen ist aber nur ein Aspekt. Ein weiterer wäre beispielsweise, dass die Deutschkurse in den Arbeitsalltag integriert würden. Das würde den Kreis schneller durchbrechen, einer Arbeit nachzugehen, für die man überqualifiziert ist, bei der man aber sehr wenig verdient und sich daher kaum Deutschkurse leisten kann, man aber ein ziemlich hohes Sprachniveau beherrschen muss, um überhaupt erstmal in Erwägung gezogen zu werden.
Zudem: Wer schon einmal einen Sprachkurs besucht hat, weiss, dass ein Sprachkurs zwar für die Grundlagen gut ist, man danach aber viel schneller Fortschritte macht, wenn man die Sprache praktisch anwenden kann, zum Beispiel im Arbeitsalltag. Es gibt aber bestimmt noch ganz viele andere Möglichkeiten, um den Einstieg in den Arbeitsalltag zu erleichtern. Deshalb fordern wir im Punkt 3 die generelle Prüfung von Anreizsystemen. Wir bitten euch, diesem Postulat zustimmen und danken euch dafür.

Präsidentin: Danke, Mirjam. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Lena Allenspach für die SP-JUSO-Fraktion.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: An dem von Mirjam bereits erwähnten Politik-Tisch, an dem dieser Vorstoss entstanden ist, sind sehr eindrückliche Lebenssituationen geschildert worden. So müssen viele Migrant*innen in der Schweiz eine Weiterbildung absolvieren, um ihren ursprünglichen Beruf weiter ausüben zu können oder aber sie müssen gewisse Abschlüsse nachholen. So weit so gut. Aber wie wird diese Ausbildung finanziert? Sie müssen gleichzeitig in der Pflege, Reinigung oder Kinderbetreuung stundenlang zu tiefem Lohn arbeiten, um ihr Leben und die Weiterbildung finanzieren zu können. Wenn dann noch eine Familie versorgt werden muss, wird dies zum Ding der Unmöglichkeit und bedeutet so oder so eine massive Doppelbelastung.
Die SP-JUSO-Fraktion ist klar der Meinung, dass die Stadt die Möglichkeiten, die sie als Arbeitgeberin hat, nutzen soll, um Migrant*innen den Einstieg in den Schweizer Arbeitsmarkt zu erleichtern, und dass die Stadt auch der Wirtschaft aufzeigen soll, wie das möglich ist. Gerade auch mit Blick auf den Arbeitskräftemangel, der von Mirjam auch schon erwähnt wurde und der immer wieder beklagt wird, ist es völlig unverständlich, dass Menschen mit den nötigen Qualifikationen, aber eigentlich auch solche ohne, nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden, von ihnen aber gleichzeitig verlangt wird, dass sie Unmögliches schaffen, um wieder in ihrem Beruf arbeiten zu können.
Gleichzeitig ist es wichtig, in diesem Zusammenhang zu betonen, dass es hier nicht nur um Migrant*innen geht. Insbesondere Frauen, die aufgrund von Betreuungspflichten länger keiner bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen können, wird der Weg zurück in den ursprünglichen Beruf oft erschwert oder verwehrt. Dieses Postulat ist daher auch für Frauen mit oder ohne Migrationserfahrung zentral. Die SP-JUSO-Fraktion stimmt diesem Postulat klar zu.

Präsidentin: Danke, Lena. Als nächstes kommt Franziska Geiser von der GB/JA!-Fraktion.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Zuerst einmal vielen Dank den Teilnehmenden des CFD-Mentoringprogramms für die Impulse und für die Erarbeitung der 3 Vorstösse, die wir heute behandeln.
Neben den Partizipationsvorstössen, von denen wir heute ja auch 2 besprechen, sind diese Vorstösse ein Beispiel dafür, wie sich Menschen einbringen können, die aus unterschiedlichen Gründen nicht selbst im Parlament vertreten sind. Die Form ist vielleicht nicht ganz befriedigend. Besser wäre eine direktere, niederschwelligere Mitwirkung aller Menschen aus Bern. Zumindest sind diese Vorstösse aber ein mögliches Beispiel dafür, wie Partizipation funktionieren kann.
Der Vorstoss, den Mirjam für die Einreichenden vorgestellt hat, sucht eine Lösung für ein bekanntes Problem: der Anwalt, der Taxi fährt, die Ärztin, die Burger verkauft. Wir kennen alle solche Geschichten. Es ist zu hoffen, dass der Einbezug von Schlüsselkompetenzen den Prozess der Stellensuche unterstützt. Im Moment ist es sicher ein guter Zeitpunkt, um zu pushen, dass Migrant*innen Berufe ausüben können, die ihren Qualifikationen, ihren Kompetenzen und auch ihren Interessen entsprechen. Der Fachpersonenmangel hilft da natürlich. An der PH Bern beispielsweise wird im Moment gerade neu ein CAS-Angebot für ausgebildete Lehrpersonen geschaffen, die kein schweizerisches Lehrdiplom haben, damit diese an den Schweizer Schulen unterrichten können. Ich gehe davon aus, dass sich in nächster Zeit auch in anderen beruflichen Bereichen bei den Fachpersonen, die dringend gesucht werden, plötzlich Möglichkeiten und Wege öffnen. Wir müssen darauf beharren, dass der Anspruch, dass auch Migrant*innen sich beruflich ihren Interessen gemäss entwickeln können, immer besteht, auch unabhängig davon, ob es für den Arbeitsmarkt gerade passt.

Präsidentin: Danke, Franziska. Als nächstes kommt Alex Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich spreche in Schriftsprache, weil wir hier Gäste haben. Die SVP steht diesem Vorstoss kritisch gegenüber. Wir haben unser Fraktionsvotum aufgeteilt.
Für uns ist klar, dass die Integration auch insbesondere über die Sprache, über das sich Einbinden passieren würde. Und da ist auch wichtig, wenn ihr jetzt diesen ganzen Kontext seht, der Vorstoss 4, bei dem man ganz klar sieht, dass das, was man will, nachher teilweise darüber hinausgeht. Der Schweizer, die Schweizerin hat nicht die Möglichkeit, gratis diese Angebote zu beziehen. Ich sehe auch eine gewisse Ungleichbehandlung gegenüber den schweizerischen Staatsangehörigen, die diese Möglichkeiten nicht haben, die hier nachher benachteiligt werden können. Deshalb sind wir hier sehr kritisch. Ich werde mich nachher schärfer und detaillierter äussern, insbesondere nachher zum Vorstoss 4, bei dem ich gewaltige rechtliche Schwierigkeiten sehe. Das sind meine Ausführungen. Ich gebe für den zweiten Teil des Fraktionsvotums das Wort Bernhard Hess. Danke.

Präsidentin: Danke, Alex. Dann kommt Nik Eugster für die FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Ich danke herzlich für das Postulat. Ich finde das Traktandum 2 grundsätzlich gut. Der Einstieg in den Arbeitsmarkt ist die allerbeste

Massnahme für eine gelungene Integration in unsere Gesellschaft, aber der Einstieg gelingt nur, wenn die Selektionskriterien auch so gemacht werden, dass sie auch für Migranten funktionieren; das heisst dass Abschlüsse anerkannt und bestehende Kompetenzen erkannt werden. Und langfristig erfolgreich in unserem Arbeitsmarkt integriert zu sein, geht nur, wenn man eine Arbeit machen kann, bei der man wirklich auch das Gefühl hat, dass die eigenen Kompetenzen und Erfahrungen dort auch eingebracht werden können und dass sie auch denen entspricht und man nicht unterfordert ist, also eine Arbeit machen zu können, bei der man das Gefühl hat, dass man wirklich auch dafür gebraucht wird. Und das gibt schlussendlich Bestätigung und Anerkennung. Das macht Menschen glücklich. Das Postulat weist auf eine Problematik hin, die wirklich besteht, und fordert, gewisse Punkte zu prüfen, die wir auch für richtig finden, wertvoll und ausgewogen.
Die Stadt Bern muss bei der Personalpolitik vorangehen. Die Erfahrungen müssen mit der Wirtschaft und anderen Organisationen geteilt werden und ein Anreizsystem für Migrant*innen soll geprüft werden. Hinter all dem können wir stehen. Bei den anderen Traktanden wird es noch andere Meinungen geben. Aber hier ist klar, dass wir von der Fraktion FDP/JF das Postulat unterstützen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Nik. Gibt es noch weitere Fraktionsvoten? – Die zweite Hälfte des SVP-Votums von Bernhard Hess. Danke.

Bernhard Hess (SVP) für die Fraktion: Also grundsätzlich haben wir ja folgende Ausgangslage in der Schweiz: Wir haben auf der einen Seite die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union. Das heisst also, dass jemand mit einem gültigen Arbeitsvertrag in die Schweiz einreisen kann. Es gibt noch verschiedene Details, die geklärt werden müssen. Und wir haben auf der anderen Seite natürlich eine sehr grosse Migration von ausserhalb der Europäischen Union, zum Teil natürlich leider in die Sozialwerke. Und das ist natürlich schon in einem gewissen Sinne auch stossend, wenn dann diese Menschen nicht arbeiten können. Und deswegen sehen wir die Problematik schon ein wenig, dass es an und für sich im Interesse der Gesellschaft wäre, dass man möglichst viele Migrantinnen und Migranten, die hier leben, auch in den Arbeitsprozess integrieren könnte. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, wie man das macht. Man macht es im Prinzip einfach mithilfe von so Möglichkeiten, indem man Angebote macht, die teilweise natürlich auch dann diszipliniert genutzt werden, zum Teil dann auch wieder nicht. Also ich habe gehört, dass zum Teil Deutschkurse vom Grossteil der Migrantinnen und Migranten natürlich diszipliniert genutzt werden, aber auch von einem kleinen, geringeren Teil natürlich dann auch nicht.
Dann kommt als weiterer Punkt, was Alex Feuz schon erwähnt hat. Das ist natürlich in einem gewissen Sinne dann stossend, wenn man plötzlich Migrantinnen und Migranten aufgrund eben dieses Status', dann massiv fördert. Aber die Einheimischen zum Beispiel können das natürlich dann nicht. Also, da ist eine gewisse rechtliche Ungleichheit. Ich glaube einfach, so Stellen zu schaffen oder Flugblätter zu drucken oder Informationsbroschüren oder so reicht natürlich nicht. Deswegen muss ich sagen, dass sehr wahrscheinlich die Mehrheit unserer Fraktion dieses Postulat in diesem Sinn ablehnt.

Präsidentin: Danke, Bernhard. Gibt es Einzelvoten? – Dann sind wir beim Gemeinderat. Michael Aebersold. Kannst du dich bitte noch anmelden?

Michael Aebersold, Direktor FPI: Der Gemeinderat hat ja immer nur eine Zeile, wenn er eine Forderung umsetzen will und sagt, er sei bereit, das Postulat anzunehmen. Das würde eigentlich schon alles sagen. Ich finde einfach noch wichtig, darauf hinzuweisen, dass es wie 2 Aspekte gibt. Die Stadt ist als Arbeitgeberin selbst betroffen. Deshalb stehe ich jetzt auch hier. Aber es geht ja auch um den Arbeitsmarkt auf dem ganzen Stadtgebiet. Und was die Stadt betrifft: Einer der wichtigen Inhalte des Projekts HR4you ist eben auch Diversität und Inklusion. Aber unabhängig von einer Forderung und einem Programm hat die Stadt natürlich ein eminentes Interesse, alle Fachkräfte einzubinden und anzustellen, also auch bei uns in der Direktion. Wir haben eine Ukrainerin. Das ist auch eine Chance. Ich denke auch an die Informatikdienste, wo es vielleicht etwas weniger wichtig ist, ob man Deutsch versteht oder nicht. Da haben wir ein Urinteresse. Und das andere ist natürlich der Arbeitsmarkt auf dem Stadtgebiet. Dort ist eben die Zusammenarbeit wichtig. Dort kann die Stadt selbst weniger bewirken, aber wir müssen mit der lokalen Wirtschaft zusammenarbeiten. Wir brauchen dort Austauschgefässe. Wir brauchen diese zum Glück nicht nur, wir haben diese auch. Ich kann den Werkplatz Egalité erwähnen, den Wirtschaftsraum Bern oder eben auch die Sozialpartnergespräche, wo das ständige Themen sind. Und dann gibt es auch noch einen Masterplan Arbeitsintegration, bei dem dann auch die Stadt wieder am Drücker ist – das ist dann in Franziskas Direktion – und all diese Fragen gerade auch sehr wichtig sind. Entsprechend könnt ihr dieses Postulat sehr gut annehmen und wir werden uns dann an die Arbeit machen. Merci.

Präsidentin: Danke, Michael. dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen über die Erheblicherklärung des Postulats ab.

Abstimmung Nr. 005

2023.SR.000074	
Annahme	
Ja	62
Nein	7
Enthalten	0

Präsidentin: Das Postulat ist erheblich erklärt.

2022.SR.000181

3 Partizipationspostulat: Haus der transkulturellen Begegnung: "Wir Stadtbewohner*innen"

Präsidentin: Dann sind wir bereits bei Traktandum 3. Es geht um ein Partizipationspostulat "Haus der transkulturellen Begegnung: 'Wir Stadtbewohner*innen'"" Es geht um einen Prüfungsbericht und ich möchte gerne den Einreichenden das Wort erteilen. Zuerst spricht, wenn ich richtig informiert bin, Karawan Almerey. Er wird das Votum teilen mit Mahtab Aziztaemeh.

Karawan Almerey: Vor einem halben Jahr hatten wir die Ehre, im Namen der SP-Migranten Kanton Bern und der 22 Unterzeichnenden der Partizipationsmotion, die Schaffung eines Hauses der transkulturellen Begegnung vorzustellen. Unsere Motion wurde damals als Postulat überwiesen. Und nun stehen wir hier, weil der Bericht des Gemeinderates heute traktandiert wurde. Ich heisse Karawan Almerey, war in Syrien Erdöl-Ingenieur, wohne seit 2015 in der Schweiz und seit über 8 Jahren in Bern und habe leider noch keinen Schweizer Pass, sondern den C-Ausweis. Ich teile mein Votum mit meiner Kollegin Mathab Aziztaemeh. Sie arbeitete im Iran als Journalistin und Forscherin und heute beim Solidaritätsnetz Bern als Leiterin des Freiwilligenprojekts und wirkt zudem im Organisationsteam des Flüchtlingsparlaments mit. Politisch sind wir beide bei den SP-Migranten Kanton Bern aktiv. In unserem Votum anlässlich der Überweisung unseres Postulats haben wir die Erwartung ausgesprochen, dass die Stadt die Thematik untersucht und abklärt. In der Folge erstellte der Gemeinderat nun seinen Prüfungsbericht, den wir zur Kenntnis genommen haben. Dieser Bericht bestätigt die grosse Bedeutung und positive Rolle ähnlicher Häuser der transkulturellen Begegnung in anderen Schweizer Städten. Ebenfalls thematisiert der Bericht laufende und hängige Projekte in der Stadt Bern, welche in eine ähnliche Richtung wie unsere Motion gehen wie beispielsweise das Projekt Haus der Bewegungen. Es freut uns zu lesen, dass der Gemeinderat diesem Projekt gegenüber positiv eingestellt ist, vor allem, weil wir als SP-Migranten Kanton Bern im engen Austausch mit dem Verein Haus der Bewegungen stehen und eine zukünftige mögliche Umsetzung planen.
Doch hier endet unsere Begeisterung über den Bericht. Ich gebe das Wort meinen Kollegin Mahtab.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Dann hat als Nächste Mahtab das Wort.

Mahtab Aziztaemeh: Als wir vor eineinhalb Jahren hier standen, war die Freude über die Annahme als Postulat sehr gross, da wir uns erhofften, dass die Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung in Bern nun von Seiten der Stadt aktiv untersucht würden. Wir erhofften uns vom Prüfungsbericht des Gemeinderats, dass dieser nicht nur beschreibt, welche Erfahrungen andere Städte mit vergleichbaren Projekten gemacht haben, sondern auch aufzeigt, wer in der Stadt Bern auf ein solches Haus angewiesen ist, was es leisten könnte und wie sich ein solches Haus der transkulturellen Begegnung umsetzen lassen könnte, oder zumindest wie die Stadt vorgehen will, um ein Konzept zu erarbeiten. Das fehlt jedoch in diesem Prüfungsbericht. Für uns ist klar, dass ein Prüfungsbericht die Grundlage bieten soll für weitere Arbeit, die geleistet werden muss, um die Bedürfnisse der Stadtberner migrantischen Bevölkerung sorgfältig aufzunehmen und einzubinden.
Immerhin hat 1/3 der Stadtbevölkerung einen Migrationshintergrund. Wie wir schon vor anderthalb Jahren in diesem Saal betont haben, braucht es zuerst eine Erhebung über die bestehenden Vereine aus der Migrationsbevölkerung und eine saubere Bedürfnisabklärung, wie das auch die Stadt Lausanne durchgeführt hat. Es gibt auch in Bern zahlreiche Vereine aus der Migrationsbevölkerung, die meist abseits vom Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit wertvolle Arbeit leisten. Wir haben damals auf einige Beispiele hingewiesen. Es liegt sowohl in der Verantwortung als auch im Interesse der Stadt, dass die Stadt die migrantische Bevölkerung aktiver sucht, unterstützt und ihre Bedürfnisse ernsthaft untersucht und aufnimmt. Diese Aspekte müssen in einem Prüfungsbericht berücksichtigt werden, denn es ist nur für eine Akteurin wie die Stadt möglich, eine breite Erhebung durchzuführen.

Ebenfalls erwarten wir vom Prüfungsbericht eine Stellungnahme des Gemeinderats zum bereits erwähnten Projekt Haus der Bewegungen, welches bereits viele Ressourcen in eine mögliche Umsetzung der Motion innerhalb dieses Projekts gesteckt hat. Aus unserer Sicht wäre es notwendig, dass der Gemeinderat abklärt, inwiefern sich die Stadt in diesem Projekt engagieren kann und was für Wege denkbar wären, um dies zu fordern. Eine Möglichkeit könnte das Einsetzen einer städtischen Arbeitsgruppe sein, welche mit den betroffenen Akteur*ihnen und den entsprechenden Ressourcen unter anderem folgende 3 Themen anpackt: erstens Durchführung einer Bedürfnisabklärung mittels einer Erhebung, zweitens das Erstellen eines Nutzungskonzept, das sich auf die Bedürfnisabklärung abstützt und drittens muss geprüft werden, ob die Stadt Bern das Kirchgemeindehaus Johannes, welches die Kirche abgeben will, oder ein anderes Haus an einem anderen zentralen Standort in der Stadt kaufen und dem Verein vermieten könnte, wie das andere Städte gemacht haben.
Die breite Unterstützung des Hauses der Bewegungen durch Vereine und Privatpersonen zeigt ebenfalls auf, dass ein grosses Bedürfnis nach Raum, Austausch und Zusammenarbeit besteht. Wir bedanken uns beim Gemeinderat für diesen Prüfungsbericht, bitten Sie jedoch, sehr geehrte Mitglieder des Berner Stadtrats, den vorliegenden Bericht abzulehnen und den Gemeinderat aufzufordern, eine umfassende und ernsthafte Prüfung der genannten Aspekte durchzuführen und das Ergebnis in einem neuen Bericht darzulegen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank, Mahtab. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Lea Bill für die GB/JA!-Fraktion.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Der vorliegende Vorstoss wurde bereits vor 5 Jahren eingereicht. Ich möchte deshalb auch den langen Atem der Einreichenden würdigen und ihnen danken, dass sie drangeblieben sind und dass sie heute hier sind und nochmals ausgeführt haben, wie wichtig ein solches Haus für die Stadt Bern ist.
Die Fraktion Grünes Bündnis und Junge Alternative kann ihre Aussagen nur unterstreichen. Der Bedarf für ein Haus, für Räume, für einen Treffpunkt ist vielfach belegt. Das haben wir hier auch schon mehrmals diskutiert. Wir haben hier über ein Haus der Vereine im Ringhof diskutiert. Wir wissen, dass es die Bewegungen im Kirchgemeindehaus Johannes gibt. Und wir haben eben auch hier schon über das Haus der transkulturellen Begegnung gesprochen. Und es zeigt sich auch, das haben wir auch im Brief gelesen, den wir im Vorfeld dieser Sitzung erhalten haben, dass die Forderungen, die Projekte, durchaus gemeinsam gedacht werden können. Das Haus der Bewegungen und das Haus der transkulturellen Begegnung arbeiten heute bereits zusammen. Sie tauschen sich aus und sie sind auch bereit, gemeinsam Räume zu gestalten. Das Grüne Bündnis und die Junge Alternative unterstützen diese Projekte mit viel Überzeugung auch ausserhalb des Parlaments. Einige von uns sind auch aktiv beim Haus der Bewegungen engagiert, denn es geht eben nicht nur darum, wie der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, an ein paar Räume zu gelangen und dort Sitzungen abzuhalten. Es geht um sehr viel mehr. Es geht um die Möglichkeit zusammenzukommen, mit den eigenen Ideen nicht alleine zu sein, gemeinsam Ideen in Taten umzusetzen, sich weiterzubilden, aber auch um den Austausch zwischen unterschiedlichen Gruppen, zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Wir sind überzeugt, dass genau diese vielen Gruppen, die sich jetzt im Rahmen des Hauses der Bewegungen oder des Hauses der transkulturellen Begegnung engagieren, dass es genau diese Gruppen sind, die auch aus der Stadt Bern eine Stadt für alle machen, eine Stadt, die für alle lebenswert ist.

Deshalb müssen wir auch die mangelnde Bereitschaft des Gemeinderats, diese Projekte aktiv zu unterstützen, umso mehr kritisieren. Und auch deshalb werden wir als GB/JA!-Fraktion diesen Prüfungsbericht ablehnen. Beim Effort der Stadt Bern für diese Projekte gibt es definitiv noch sehr viel Luft nach oben.
Es liegt in diesem Zusammenhang — das wurde von den Einreichenden auch schon gesagt — ein Vorschlag auf dem Tisch, dass es eine Arbeitsgruppe geben soll über die Direktionen hinweg zusammen mit den Einreichenden und auch zusammen mit dem Haus der Bewegungen, um endlich einem Treffpunkt für Bewegungen und der Bevölkerung näherzukommen. Die GB/JA!-Fraktion begrüsst das sehr. Und das ist aus unserer Sicht auch ein weiterer Grund, den Prüfungsbericht abzulehnen, denn damit kann der Gemeinderat bei einem nächsten Bericht darüber Auskunft geben, was eine solche Arbeitsgruppe erreicht hat. Und wir hoffen dann sehr, es gehe auch darum zu sagen: Wir haben jetzt ein Haus der Bewegungen. Danke.

Präsidentin: Danke, Lea. Das Wort hat David Böhner von der AL-PdA-Fraktion.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Es freut mich, dass heute so viele Leute hier sind. Ich habe ein kleines Dilemma. Ich habe eine Superrede vorbereitet, alles auf Mundart geschrieben, und vor lauter Normalität nicht gedacht, dass es heute angebracht ist, auf Schriftdeutsch zu sprechen. Das geht gut. Bern braucht ein Haus der transkulturellen Begegnung. Und wie der Gemeinderat in seiner Antwort ja richtig geschrieben hat, sollte ein solcher Treffpunkt nicht einfach ausschliesslich von und für Migranten und Migrantinnen sein und von ihnen frequentiert werden, sondern es sollte ein lebendiger Ort sein, der allen Bevölkerungsgruppen offensteht, die sich dort treffen und in den Austausch miteinander treten können. Einen solchen Ort plant der Verein Haus der Bewegungen. Und dieser Verein wäre die ideale Trägerin, wie wir ja auch schon von meinen Vorrednerinnengehört haben, um ein solches Haus der transkulturellen Begegnung umzusetzen. Der Bericht des Gemeinderates sieht das ja auch und erwähnt das Projekt Haus der Bewegungen. Nur hat der Gemeinderat den Sinn und Zweck dieses Projekts in einem Prüfungsbericht nicht ganz richtig verstanden. Er zeigt in seinem Bericht einfach auf, wie viele ähnlich ausgerichtete Projekte es in den Städten gibt, aber er geht seinem Auftrag nicht wirklich nach und zeigt in seinem Bericht nicht auf, wozu er bereit wäre, damit ein solcher Begegnungsort umgesetzt werden kann. Ich bin selber aktiv im Vorstand des Vereins Haus der Bewegungen. Es ist somit eine Herzensangelegenheit und ich nutze die Zeit und Möglichkeit gerne, um einen kurzen Einblick zu geben in die Hintergründe dieses Vereins und den aktuellen Stand der Diskussionen. Gegründet wurde der Verein vor ziemlich genau einem Jahr. Aber es sind natürlich schon lange Zeit vorher Diskussionen und Überlegungen gemacht worden. In dieser Zeit haben sich verschiedene Menschen organisiert, mit dem Ziel, einen gemeinsamen Ort für soziale Bewegungen zu schaffen. Ausgangspunkt dieses Projekts waren die Aktivitäten des Klimastreiks. Vor 5 Jahren ist diese Jugendbewegung fulminant gestartet. Um sich schweizweit und weltweit zu koordinieren, braucht es natürlich auch physische Räume, um sich zu treffen, sich kennen zu lernen, sich auszutauschen. Ein solcher Treffpunkt war im Kirchgemeindehaus Johannes, weil die engagierten Kirchenleute dort bereit waren, den Raum zu öffnen, zur Verfügung zu stellen und selber auch am ökologischen und sozialen Wandel interessiert waren. Als die Aktivisten und Aktivistinnen des Klimastreiks gehört haben, dass die Kirche plant, dieses Kirchgemeindehaus mit diesem grossen, schönen Saal für Treffen aufzugeben, ist dann diese Idee mit

einem gemeinsamen Haus der Bewegung geboren worden. Das war wie gesagt vor 5 Jahren. Mittlerweile ist diese Anfangseuphorie der jungen Klimabewegung verflogen, aber die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Wandels sicher nicht. Und es sind auch ganz viele Leute, die in diesen 5 Jahren aktiv geblieben sind und bleiben wollen und darum auch Infrastruktur brauchen.
Es sind viele verschiedenen Gruppen, Organisationen dazugekommen, mit dem gleichen Wunsch – eben auch viele migrantische Gruppen, die keinen Platz finden in der Stadt. Deshalb ist ja auch diese in ein Postulat gewandelte Partizipationsmotion bei den SP-Migranten und -Migrantinnen entstanden. Im Verein Haus der Bewegungen sind mittlerweile 45 verschiedene Organisationen vertreten. Der Bedarf nach einem solchen Haus ist also unbestritten. Es ist nur noch die Frage, ob das in den nächsten Jahren in Bern umgesetzt werden kann. Es ist also ein grosses Engagement der Zivilbevölkerung vorhanden und es braucht jetzt die Unterstützung der Politik und der Verwaltung, um das Projekt zu konkretisieren. Der Verein Haus der Bewegungen konnte ein bisschen Geld organisieren, hat Leute niederprozentig angestellt, die Zeit genug hatten, um das Projekt weiterzuverfolgen. Es sind auch Leute hier anwesend. Sie haben grosse Arbeit geleistet, eine Machbarkeitsstudie ausgearbeitet, die gerade gestern in einer ersten Version fertiggestellt wurde. Und diese Bedarfsanalyse wurde vom Verein gemacht. Sie hat ergeben, dass verschiedene Gruppen Interessen an einem gemeinsamen Haus hätten und in den nächsten Jahren unbedingt zentral gelegene Räume brauchen. Dabei ist beispielsweise das Gemeinschaftsradio Radio RaBe, das ja selber auch ein sehr erfolgreiches Integrationsprojekt ist, indem es ganz vielen Leuten die Möglichkeit gibt, sich auszudrücken, für ihre Anliegen einzustehen und diese in verschiedene Communities auszusenden. Dieses Radio ist seit fast 30 Jahren am Randweg in der Lorraine zu Hause, hat aber die Kündigung bekommen und wäre sehr interessiert, an einem Projekt mitzuwirken, das mehr ist als nur ein Radiostudio. Aber die Zeit drängt. Es gibt noch andere Projekte, die interessiert wären und auch schon etabliert sind, die bereit wären, dabei zu sein. Es gibt aber auch das geplante Theater- und Tanzhaus für Kinder und Jugendliche, das entstehen soll, die sich das auch vorstellen können. Es wäre also eine grosse Chance für Bern, ein solches Haus entstehen zu lassen und mit der Unterstützung des Stadtrats, des Gemeinderats wäre das sicher möglich in den nächsten Jahren. Also die Aussichten, dass ein solches Haus der Bewegungen oder ein Haus der transkulturellen Begegnung im Kirchgemeindehaus Johannes umgesetzt werden kann, sind jedoch leider nicht ganz so rosig. Es gibt diese RefBernImmo AG, die Immobiliengesellschaft der reformierten Kirche in Bern, die die Aufgabe hat, dieses Gebäude und die Kirche zu verkaufen wegen des teuren Umbaus der Markuskirche. Die Johannes- und Markuskirche haben fusioniert. Und darum geht die Johanneskirche in die Markuskirche. Das kostet viel Geld, dieser Umbau. Darum will die Kirche und das Haus an den Meistbietenden verkaufen. Sehr wahrscheinlich ist unser Verein nicht der Meistbietende. Es gibt noch andere Probleme. Einsprachen von Kircheninternen, die das Projekt verzögern. Es ist gerade sehr unklar, wie es weitergeht. Darum braucht es einen Plan B und darum sind wir auch in Kontakt mit Michael Aebersold, als oberstem Immobilienverwalter der Stadt Bern. Wir brauchen auch eventuelle Alternativen zum Johannes. Eine Möglichkeit sehe ich am Wildhainweg, ihr kennt alle die Gebäude dort, wisst, dass der Schweizerische Nationalfonds in den nächsten Jahren ausziehen wird. Es werden schöne, grosse, zentral gelegene Büroflächen in der Hand der Stadt Bern frei. Wir haben bereits bei Immobilien Stadt Bern (ISB) deponiert, dass das eine Möglichkeit wäre. Ich will das jetzt hier einfach auch mal erwähnen, damit ihr das im Hinterkopf behalten könnt.

Ich komme zurück zum Bericht des Gemeinderats. Die Fraktion AL-PdA schliesst sich den Vorrednern und -rednerinnen an. Wir werden diesen Bericht zurückweisen, weil er zu wenig konkret ist. Es ist zwar erfreulich, dass der Gemeinderat das Anliegen ernst nimmt. Aber dieser Bericht ist, wie schon gesagt, ungenügend. Gerne erinnere ich den Gemeinderat an sein Legislaturziel unter dem Motto "Pulsierende Hauptstadt der Partizipation". Eine solche Partizipation ist eben nicht gratis. Neben den schönen Worten braucht es auch Taten. Und deshalb finden auch wir, dass es eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe braucht, die sich bilden soll, in der zusammen mit den SP-Migranten, -Migrantinnen und den Vereinen aus der Bewegung an einer Umsetzung gearbeitet werden kann. Es leuchtet schon rot, ich komme zum Ende. Wir werden sicher auch im Rahmen der Budgetdebatte einen Antrag stellen, dass ein Kredit für diese Vorbereitungsarbeiten verabschiedet wird. Wir wären euch dankbar, wenn ihr diesen Bericht zurückweisen und dazu beitragen würdet, dass in Bern ein solches Projekt entstehen kann, wie es ja auch schon in Biel, Lausanne, Freiburg, Morges, St. Gallen usw. gibt. Bern, die pulsierende Hauptstadt der Partizipation, kann das auch.

Präsidentin: Vielen Dank, David. Dann kommt Halua Pinto für die SP-JUSO-Fraktion.

Halua Pinto de Magalhães (SP) für die Fraktion: Auch ich freue mich sehr über die vielen Menschen im Publikum und möchte mich herzlich bedanken bei den Erstunterzeichnenden der Partizipationsvorstösse, die den Mut haben, hier diese Anliegen im Stadtratssaal zu vertreten.
Die vorliegende Forderung, das Haus der transkulturellen Begegnung, knüpft eigentlich direkt an die Grundidee einer Partizipationsmotion an. Es geht darum anzuerkennen, dass nicht alle Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt die gleichen Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe haben. Es ist daher an uns als Solidargemeinschaft, innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen entsprechende Möglichkeitsräume zu eröffnen. Im konkreten Fall soll dies durch niederschwellige Räumlichkeiten geschehen, welche eine plurale, zivilgesellschaftliche Selbstorganisation ermöglichen, die eben vielstimmig und inklusiv sein kann. Das Potenzial solcher Angebote ist umso grösser, wenn sie von Anfang an breit aufgestellt sind und verschiedene Bedürfnisse vereinen können. Die Idee des Vorstosses, zusammen mit dem sich bereits im Entstehen befindenden Projekt Haus der Bewegungen zu denken, macht daher mehr als Sinn. Trotzdem bewegen sich die betreffenden Prozesse mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und auf sehr unterschiedlichen Zeitachsen, um alle potenziellen Interessengruppen mitzunehmen. Das ist eine nicht ganz einfache Angelegenheit und das braucht eben auch entsprechende Ressourcen. Im Austausch mit verschiedenen involvierten Personen und Gruppen hat sich gezeigt, dass erhebliches Interesse besteht, die Forderungen des vorliegenden Vorstosses im Rahmen des Hauses der Bewegungen vertieft abzuklären. Zudem wäre auch die Motivation vorhandenen, personelle Ressourcen bereitzustellen. Soweit ich das richtig interpretiere, wäre das eben auch ganz im Sinn der Verwaltung.
Um die aktuelle Dynamik der Zivilgesellschaft nutzen zu können, müsste eine Unterstützung allerdings in absehbarer Zeit erfolgen. Weitere Vorstösse aus dem Stadtrat werden diesem Ziel nicht gerecht, und daher möchten die SP-JUSO und auch andere Fraktionen die entsprechenden Mittel beispielsweise durch Anträge im Budgetprozess einbringen. Wenn also der Stadtrat das Werkzeug der Partizipationsmotion wirklich ernst nimmt, müssen wir auch bereit sein, auf ausserparlamentarische Entwicklungen

einzugehen und der tatsächlichen Realisierung der Forderung den notwendigen Handlungsraum zu eröffnen. Wir folgen daher den Erstunterzeichneten und lehnen den Postulatsbericht ab, weil zu wenig skizziert wird, wie diese Forderung in der Stadt Bern tatsächlich umgesetzt werden kann. Alle weiteren Punkte wurden bereits von meinen Vorredner*innen ziemlich genau skizziert.

Präsidentin: Danke, Halua. Als Nächster hat Nik Eugster von der FDP/JF-Fraktion das Wort.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Es ist schon komisch. Dieser Vorstoss fordert, dass der Gemeinderat die Einrichtung und Finanzierung eines solchen Hauses prüft. Das hat er gemacht. Inzwischen wurde aber ein fixfertiges Projekt erstellt und nun wird auf den Gemeinderat eingedroschen, weil die Antwort nicht eins zu eins dem ausgearbeiteten Projekt entspricht – irgendwie schräg. Es soll ein Haus entstehen, das ein transkultureller Treffpunkt, Begegnungs- und Weiterbildungsort ist – grundsätzlich eigentlich eine gute Idee. Das muss ich auch sagen. Deshalb gibt es das ja auch schon mehrfach, zum Beispiel wurde das Kirchgemeindehaus Johannes genannt. Es gibt in der ganzen Stadt schon Treff- und Begegnungsorte oder Orte, wo man sich weiterbilden kann. Die Frage ist nicht, ob es ein solches Haus braucht, sondern ob es noch ein weiteres solches Haus braucht. Und wir gehen mit dem Gemeinderat einig, dass es gut abzuwägen ist. Das ist das, was er gemacht hat. Inzwischen ist das eben doch ein Prüfbericht geworden und das finden wir gut.
Wir kommen zum Schluss, dass es viele Möglichkeiten gibt in der Stadt Bern für transkulturelle Begegnungen. Und ich möchte auch das Generationenhaus der Burgergemeinde erwähnen. Das ist auch ein Haus der Begegnungen und der Weiterbildung. Also, es gibt viele privatrechtliche Organisationen, Kirchen und Burgergemeinden, die schon voll dran sind. Und deshalb nehmen wir den Bericht des Gemeinderates mit Wohlwollen zur Kenntnis. Ein Reingrätschen von städtischer Seite wäre nicht richtig und wir stellen auch ein finanzielles Fragezeichen. Es gibt ja noch andere Forderungen nach "Haus der ...", "Haus der ...", "Haus der ...". Und alle soll die Stadt finanzieren. In der aktuellen finanziellen Lage der Stadt sollte nicht das Geld in ein weiteres "Haus der ..." fliessen. Vielmehr sollte die Stadt sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren. Dazu gehört durchaus auch, dass man solche Initiativen fördert, dass man den kulturellen Austausch fördert etc. Aber das sollte meines Erachtens nicht immer übers Budget geschehen. Insofern ist dieser Ansatz hier falsch. Es wurde schon angekündigt, dass es im Budget noch einmal eingegeben wird und so weiter. Hier sehen wir schon, wohin es geht.
Das werden wir sicher nicht unterstützen. Wir nehmen diesen Bericht mit Wohlwollen zur Kenntnis.

Präsidentin: Danke Nik. Für die GFL-Fraktion, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Der Auftrag an den Gemeinderat lautete, eine Vorlage über die Einrichtung und Finanzierung eines Hauses der transkulturellen Begegnung: "Wir Stadtbewohner*innen" zu unterbreiten.
Der Gemeinderat unterbreitet uns eine Auswahl an Projekten, welche in anderen Städten laufen und die Berechtigung des Anliegens eigentlich unterstreichen. Dann wird auf 2 Projekte verwiesen, deren Umsetzung von privater Hand vorangetrieben wird und

deren Verwirklichung entweder in den Sternen steht, wie bei der Polizeikaserne, oder im Entscheidungsbereich anderer liegt, im Falle der freiwerdenden Räumlichkeiten in der Johanneskirche nämlich der Kirche.
Liebe Kolleg*innen, den Projektleiter oder die Projektleiterin, die einen Auftrag so erledigen würde, würde ich entlassen. Es ist zu begrüssen, dass von der Stadt her versucht wird, ohnehin bestehende ähnliche Initiativen zu vernetzen und zu koordinieren. In diesem Fall und mit diesem Auftrag hätte ich von der Stadt erwartet, den Lead im einen oder anderen Projekt zu übernehmen und so konkreter auf das Projekt Einfluss zu nehmen im Sinne der Auflage und des Auftrags. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist: Ihr wollt eine Partizipation, ihr wollt ein Haus, in dem sich die Leute partizipativ einbringen und gleichzeitig wollt ihr vom Staat den Lead nicht nur finanziell, sondern eigentlich auch inhaltlich. Dahingehend habe ich persönlich Fragezeichen, denn wie unabhängig ist so ein Haus der Bewegungen, wenn es von Anfang an vom Staat mitfinanziert wird und sogar inhaltlich den Lead übernehmen muss. Deshalb sehe ich das auch kritisch, und meine Fraktion ist mir gefolgt. Die GFL enthält sich deshalb hier der Stimme.

Präsidentin: Gibt es noch Fraktionsvoten? – Einzelvoten? – Dann hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Schön, dass Sie heute alle hier sind, schön, dass Sie heute im Parlament sind, auch wenn ich weiss, dass viele von Ihnen leider kein Stimmrecht und kein Wahlrecht haben. Ich würde es schön finden, wenn es immer so wäre, dass alle Menschen hier auch abstimmen und wählen könnten in der Stadt Bern. Aber Sie wissen: Das Ausländer*innenstimmrecht haben wir noch nicht geschafft, und deshalb bin ich sehr froh, dass es wenigstens diese Partizipationsmotion gibt, bei der die Anliegen und Wünsche und Forderungen aus Ihren Kreisen auch in den Stadtrat gelangen.
Der Gemeinderat – und ich glaube auch viele Votantinnen und Votanten – sind sich eigentlich einig, dass es ein solches Haus braucht. Ein Haus der Begegnung, ein Haus für kulturelle Begegnungen, andere Begegnungen, einfach ein Haus, in dem die Stadt in ihrer Vielfalt einen Ort hat, an dem man sich begegnen kann, sich austauschen kann, wo man Dinge miteinander machen kann.
Der Gemeinderat ist beim Vorgehen ein bisschen anders vorgegangen, als es von der Motionärin kritisiert wurde. Ich kann die Kritik nachvollziehen. Aber für den Gemeinderat war klar; Wir müssen zuerst ein Haus haben und dann erst können wir uns ein Konzept überlegen, was man in diesem Haus machen kann, denn das hängt ja auch ein bisschen davon ab, wie das Haus aussieht. Aber dass es einen Bedarf und ein Bedürfnis gibt, das stellt auch der Gemeinderat nicht in Frage. Also, der Gemeinderat steht voll und ganz hinter solch einem Haus der transkulturellen Begegnungen und wir möchten es ja auch gerne ermöglichen. Und deshalb hat der Gemeinderat vor Jahren schon sehr auch auf dieses Haus am Ringhof gesetzt. Es wäre super gewesen, wenn die Polizei dort ausziehen würde, damit man ein grosses Haus hat, an dem sich wirklich alle beteiligen könnten.
Leider sieht es eben so aus, dass der Kanton das weiter behalten will. Und auch das Kirchgemeindehaus Johannes findet der Gemeinderat sicher auch eine gute Idee. Ich habe jetzt aus den Voten entnommen, dass es nicht so rosig aussieht – das war ein Zitat – und dass es unterschiedliche Zeitachsen gibt. Und das ist natürlich sehr schade,

weil diese Idee eigentlich noch länger warten muss. Und das verstehe ich, das finde ich schwierig.
Ich persönlich finde, ein solches Haus muss im Zentrum stehen, wie Sie das auch vorgeschlagen haben. Ich persönlich habe einmal in einer Wahlkampagne vorgeschlagen, man könnte ja aus der Polizeikaserne beim Meret Oppenheim-Brunnen, wenn die Polizei nach Niederwangen zieht, ein Haus der Begegnung machen, ein Haus für die Stadt, für alle. Das hat, glaube ich, die Polizei nicht so gut gefunden, der Kanton, aber auch der Gemeinderat leider auch nicht. Ich finde immer noch, dass Räumlichkeiten mitten in der Stadt gut für solche Begegnungen wären. Aber das ist schwierig umzusetzen. Um Ihnen eine Idee mit auf den Weg geben zu können, damit man nicht ewig lange warten muss, kann ich eben die Idee mit auf den Weg geben, dass man im Rahmen der Zwischennutzung im Tiefenauspital etwas machen würde. Das ist zwar nicht zentral, gebe ich gerne zu, aber dort stehen ab Herbst, 2024 Räumlichkeiten zum einen für den Asylbereich zur Verfügung. Aber es stehen zusätzliche Räumlichkeiten zur Verfügung und man könnte sich ja auch vorstellen, dass wir dort im Rahmen der Zwischennutzung einmal etwas ausprobieren, das so in Richtung Haus der transkulturellen Begegnungen gehen könnte. Man hätte dann zwar nicht das, was man als Ziel ansieht, aber man hätte vielleicht im Rahmen einer Zwischennutzung bereits die Möglichkeit, etwas dort zu leben. Wenn Sie das mitnehmen und wenn Sie das eine gute Idee finden, dann ist es wichtig, dass Sie rasch auf die Stadt zukommen, weil wir im Moment daran sind, uns zu überlegen, wie wir die Räumlichkeiten dort brauchen. Hier muss ich sagen, das ist die Idee meiner Direktion, aber wenn Sie das begrüssen, würde ich das dann auch im Gemeinderat vorbringen, damit wir schauen können, ob wir vielleicht hier im Rahmen der Zwischennutzungen, wo wir eben manchmal auch Dinge ermöglichen können, die wir sonst nicht können, einen Schritt weiter vorankommen. Denn ich gebe gerne zu, es wäre schön, ein Haus im Zentrum der Stadt zu haben oder in einem zentrumsnahen Quartier. Aber wir haben es von der Kirchgemeinde gehört. Es ist auch sehr schwierig, ein Haus zu finden, ein bezahlbares Haus zu finden. Aber der Gemeinderat hilft weiter, dranzubleiben. Und auch, wenn es unterschiedliche Zeitachsen gibt, wie vorher vom SP-Sprecher gesagt wurde, denke ich: Wenn wir miteinander die Idee verfolgen können, können wir sie hoffentlich schrittweise auch verwirklichen. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Danke, Franziska. Wir kommen zur Abstimmung über den Prüfungsbericht.

Abstimmung Nr. 006

2022.SR.000181: Prüfungsbericht

Ablehnung

Ja	28
Nein	40
Enthalten	8

Präsidentin: Ihr habt den Prüfungsbericht abgelehnt. Das bedeutet, dass wir eine neue Frist festsetzen müssen. Ich schlage ein halbes Jahr vor, bis Ende Oktober. Ist dieser Vorschlag in Ordnung? – So. Dann stimmen wir über diese Frist ab.

Abstimmung Nr. 007

2022.SR.000181: Neue Frist bis 31. Oktober 2024	
Annahme	
Ja	57
Nein	14
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt diese neue Frist angenommen.

2021.SR.000134

4 Partizipationsmotion: Kreditantrag für bedürfnisgerechte und zielgruppenspezifische Programme zur Förderung der Berufstätigkeit von Migrantinnen

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 4, die Partizipationsmotion. Es ist ein Kreditantrag für bedürfnisgerechte und zielgruppenspezifische Programme zur Förderung der Berufstätigkeit von Migrantinnen. Die Motion ist bestritten. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Das werden sich Olga Pisarek und Tahina Taghiyeva teilen. Und beginnen wird Olga Pisarek.

Olga Pisarek: Im Namen der Arbeitsgruppe Migration des Feministischen Streitkollektivs Bern möchten wir Ihnen unsere Argumente zu unserer Partizipationsmotion mitteilen. Wir haben den Bericht des Gemeinderates zur Partizipationsmotion zur Kenntnis genommen. Wir möchten dazu auch unsere Stellungnahme mit Ihnen teilen. Das Feministische Streikkollektiv Bern mit Unterstützung der SP-Migrantinnen Kanton Bern begrüsst, dass der Gemeinderat festhält, dass Angebotslücken bestehen. Das gilt besonders für Migrantinnen, die häufig zusätzlich zu ihrer Arbeitstätigkeit Familienbetreuungsarbeit wahrnehmen. Wir begrüssen auch, dass der Gemeinderat festhält, dass die Finanzierungswege für Personen fehlen, die keinen Anspruch oder keinen Zugang zu sozial staatlichen Leistungen haben oder zu Angeboten, wie beispielsweise zu arbeitsmarktlichen Massnahmen oder Arbeitsintegrationsangeboten.
Damit werden aber nur einige Aspekte von vielen thematisiert. Die Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung, im Besonderen der Migrantinnen, sind heterogen. Es geht um hochqualifizierte Personen, die ihre Kompetenzen nicht nutzen können oder dürfen, da ihre Diplome in der Schweiz nicht anerkannt sind. Es geht um Personen mit wenig Qualifikationen, um Vereinbarkeit von Familie und Kinderbetreuung, um Schwierigkeiten bei der beruflichen Integration und um nicht existenzsichernde Arbeitsverhältnisse. Diese Feststellung des Gemeinderates ist unvollständig. Zu erwähnen sind etwa Diskriminierungen bei einer Anstellung aufgrund der Hautfarbe oder der Religion, fehlende Anerkennung von Diplomen und von Kompetenzen oder geringe Sprachkenntnisse oder dass die Kinderbetreuung in den meisten Fällen von der Mutter allein wahrgenommen wird. Zum Beispiel arbeiten Migrantinnen oft als Reinigungskraft oder machen andere prekäre Arbeit. Sie haben Schwierigkeiten, angemessene Kinderbetreuung zu finden, die ihnen ermöglicht, gleichzeitig zu arbeiten und an Deutschkursen teilzunehmen, um ihre Berufsaussichten zu verbessern.

Viele muslimische Migrantinnen erleben regelmässig Vorurteile und Diskriminierung aufgrund ihres Kopftuchs während Vorstellungsgesprächen, was ihre Berufschancen stark beeinträchtigt. So werden viele hochqualifizierte Migrantinnen regelmässig aufgrund ihres Akzents und ihrer nicht deutschen Herkunft bei Bewerbungen diskriminiert, was ihre Suche nach einer angemessenen Anstellung behindert.
Die Suche nach Unterstützung gestaltet sich für die Migrationsbevölkerung zudem aktuell als sehr kompliziert. Es ist sehr schwierig, Informationen über die bestehenden Programme zur Unterstützung von Migranten bei der Arbeitsintegration zu finden. Diese Angebote sind vielen Menschen nicht bekannt, einschliesslich das RAV. Die Dienste der Asylsozialhilfe informieren ihre Klienten nicht aktiv über diese Angebote. Und es ist auch sehr schwierig, von ihnen Unterstützung für die Teilnahme an solchen Programmen zu erhalten, wenn die Klienten selbst darum bitten.

Tahina Taghiyeva: Die vom Gemeinderat erwähnte Angebotslandschaft müsste verbessert werden. Vor allem bestehen auch Lücken in der Finanzierung, insbesondere der bestehenden Vereine. Ein wichtiger Punkt, der in der Motion betont wird, ist, dass diese Angebote für alle Migranten unabhängig vom aktuellen Aufenthaltsstatus zugänglich sein sollen. Von allen Angeboten ist nur eines für Asylsuchende vorgesehen. Das Kompetenzzentrum Arbeit verfügt über ein Qualifizierungsprogramm in den Bereichen Küche und Reinigung. Doch unter den Asylsuchenden gibt es viele hochqualifizierte Migranten, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus keine anderen Programme in Anspruch nehmen können. Viele müssen unter solchen Bedingungen jahrelang auf Asyl warten, was ihre Integration in den Arbeitsmarkt zusätzlich erschwert. Was ist mit den abgewiesenen Asylsuchenden? Es ist bekannt, dass viele von ihnen trotz eines abgelehnten Asylgesuchs die Schweiz nicht verlassen und weiterhin unter prekären Bedingungen in Rückkehrzentren leben müssen. Einigen gelingt es sogar, nach jahrelangen menschenunwürdigen Bedingungen das Recht auf einen Aufenthalt zu erlangen. In all den Jahren wurde ihnen jedoch die Möglichkeit verwehrt, an Integrationsprogrammen teilzunehmen oder Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erhalten. Diese Unterstützung wäre für sie entscheidend, um ihre vorhandenen Qualifikationen zu verbessern oder neue zu erwerben sowie Zugang zu Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu erhalten.
Es ist aus Sicht des Gemeinderats anzuerkennen, dass nicht alle bestehenden Herausforderungen in diesem Bereich allein durch Angebote und Finanzierungshilfen der Stadt gelöst werden können. Es ist jedoch ebenfalls erwähnenswert, dass sich die Regierungsbehörden bei der Finanzierung solcher Programme häufig darauf beschränken, Personen in ähnlichen Zielgruppen einzubeziehen. Wie die Partizipationsmotion betont, benötigen Migrantinnen spezifische Unterstützung, etwa die Finanzierung der Kinderbetreuung während der gesamten Programmdauer. Auch für Migranten sind die Sprachkurse ungenügend. Der Deutschbon, den die Stadt Bern umsetzt, ist lediglich ein einmaliger Gutschein für einen Deutschkurs. Er ermöglicht jedoch nicht die Finanzierung der gesamten Ausbildung zum Erwerb des erforderlichen Sprachniveaus.
Schliesslich vermissen wir in der Antwort des Gemeinderats, wie er die bestehenden Angebote nicht nur konkret verbessern will, sondern vor allem, wie diese koordiniert werden. Daher sind wir der Ansicht, dass die Antwort des Gemeinderates zu den Bedürfnissen der Migrationsbevölkerung der Stadt Bern nicht genügend ist. Besonders ist unklar, wie er die Angebotslandschaft im Allgemeinen und unabhängig vom aktuellen Aufenthaltsstatus verbessern will, wie er die Unterstützung der Migrationsbevölkerung

aktuell finanziert, wie er Massnahmen für die Sprachkenntnisse der Migrationsbevölkerung verbessern will, wie er die Finanzierungswege für die Migrationsbevölkerung verbessern will, ob er die bestehende Finanzierung des besonders der bestehenden Vereine verbessern will, warum er keine zusätzlichen Angebote für Frauen im Sinne der Gleichstellung schaffen will, insbesondere betreffend die Vereinbarkeit von Familie und Kinderbetreuung –

Die Präsidentin bittet die Votantin, zum Schluss zu kommen.

Ich bin schon am Ende, – wie er Diskriminierungen bei einer Anstellung aufgrund der Hautfarbe oder der Religion verhindern will und wie er die Angebote koordinieren will. Die Koordination der Angebote ist ein zentrales Ziel der Motion. Wir bitten Sie daher, diese Partizipationsmotion als Motion erheblich zu erklären und an den Gemeinderat zu überweisen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank, Olga und Tahina. Dann kommen wir zu den Fraktionsvoten. Alex Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wenn ich nur den Titel lesen würde, dann müsste ich sagen: Kreditantrag für bedürfnisgerechte und zielgruppenspezifische Programme zur Förderung der Berufstätigkeit von Migrantinnen – da kann man ja nicht dagegen sein. Wir haben nachher etwas recherchiert. Wer sind die Leute, die diesen Kreditantrag eingereicht haben? Und Sie wissen, die SVP ist immer sehr liberal. Wir haben durchaus auch Anträge unterstützt. Ich denke an Luzius Theiler bei den Anträgen. Was ging? Viererfeld. Wir haben unterstützt die Anträge der Alternativen Liste für eine Produktionsküche. Das war für uns überhaupt nie ein Hindernis. Im Gegensatz zu anderen Parteien, ist für uns die einreichende Fraktion nebensächlich. Wir schauen immer den Vorstoss genau an. Hier sagen wir jetzt: Wir haben es genauer recherchiert. Ich habe vor allem recherchiert in diesem Manifest für eine solidarische Stadt Bern und habe einfach Ausführungen gelesen. Dazu muss ich sagen, dass es hier nicht geht. Zum Beispiel Ausführungen: "Wir setzen uns für eine solidarische Stadt, die den Aufenthaltsstatus ihrer Bewohner*innen aktiv ignoriert und sich gegen Ausschaffungen zur Wehr setzt." Das steht in diesem Manifest. Wir haben eine gesetzliche Grundlage. Es gibt ein Ausländergesetz, es gibt die Integration. Wenn man sich jetzt dagegen zur Wehr setzt, dass eine Ausschaffung vollzogen wird, ist es eine Hinderung einer Amtshandlung oder was auch immer. Es ist eine strafbare Handlung. Wir haben schon die grössten Bedenken. Und nachher weiter: "Mitbestimmung soll nicht die Belohnung für eine gute Integration sein." Wir sagen, die Integration ist wichtig, die Sprache ist wichtig. Weiter. Sie lachen jetzt. Ich habe hier dieses Manifest. Ich zitiere hier wörtlich aus diesem Manifest. Und hier heisst es: "Neben der Aufenthaltssicherheit beinhaltet eine solidarische Stadt für uns den Zugang zu Wohnraum, Arbeit und Bildung und die Gewährung sämtlicher Grundrechte für alle – unabhängig vom Aufenthaltsstatus." Das hat nicht Feuz geschrieben, das steht hier in diesem Manifest. "Damit dieser gelingen kann, brauchen wir eine Demokratisierung der Demokratie anstelle eines Auslaufmodells, in dem die Privilegierten und Mächtigen über das Schicksal der Ausgeschlossenen ent-scheid-en." Das ist das Manifest. Ich habe nichts abgelesen, was ich selbst erfunden habe. Ich kann das allenfalls durchaus auch zu den Akten legen. Das ist die Ausgangslage. Und wenn wir weiterlesen, auch im Interview, was sie hier alles fordern, da

muss ich sagen: "Wir fordern darüber hinaus eine Anerkennung von Migration als gesellschaftliche Realität und eine Demontage der bestehenden Dominanzkultur, welche uns durch strukturellen Rassismus in 'Einheimische' und 'Fremde' einteilt."
Ich bin Schweizer, ich bin stolz, Schweizer zu sein. Ich bin mit einer Ausländerin verheiratet. Aber diese Forderungen, die hier gestellt sind, die weisen wir ganz klar zurück. und sehen Sie das einfach: Das sind die Ausgangspositionen. Und jetzt komme ich zu den Forderungen. Sie sehen, ich könnte das alles jetzt noch beiseitelassen und sagen: Gut, ich schaue jetzt diese Forderungen an. Und jetzt gehe ich zifferweise vor. Ziffer 1: Wir hatten schon einen ähnlichen Vorstoss. Wir haben gesagt, welches für uns die Gründe sind, die wir skeptisch anschauen. Nachher die Ziffer 2: "Die Kinderbetreuung muss während der gesamten Programmdauer gesichert sein." Eine Schweizerin, die sich weiterbilden kann, hat auch nicht das Recht und die Möglichkeit, dass für sie die Kita vom Staat bezahlt wird. Sie muss es selber bezahlen. Das ist eine Ungleichbehandlung der Schweizerinnen und der Niedergelassenen.
Nachher das Zweite: "... ergänzt werden und bei neuen Angeboten von Beginn an inkludiert sein." Und jetzt entscheidend – Ziffer 4: "Diese Angebote sollen unabhängig vom aktuellen Aufenthaltsstatus und Zivilstand für alle Migrantinnen zugänglich sein." Das heisst, das gilt auch für Leute, die die Schweiz verlassen müssen. Leute, die aus strafrechtlichen Gründen ausgeschafft werden müssen, haben Zugang zu diesem Programm. Leute, die aus strafrechtlichen Gründen ausgeschafft werden sollen, die untergetaucht, sollen Zugang haben zu diesem Programm. Da weichen wir den Rechtsstaat auf. Wir sind bereit, wie ich es zuerst gesagt habe, uns zur Wehr zu setzen. Wir ignorieren die bestehenden Gesetze. Und nachher: "Die Programme sollen sowohl die Bedürfnisse von qualifizierten Migrantinnen als auch von beruflich nicht ausgebildeten Migrantinnen erfüllen." Und wenn Sie jetzt diese Voraussetzungen sehen und nachher auch wiederum Kenntnis davon haben, welche Forderungen das Ausländergesetz stellt, ist es ganz klar, steht das im Widerspruch. Ich verweise auf das Bundesrecht über die Ausländerinnen und Ausländer. Das ist keine städtische Gesetzgebung. Das ist eine schweizerische Gesetzgebung und dort heisst es genau: "Ziel der Integration ist das Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Wohnbevölkerung auf der Grundlage" – und jetzt entscheidend – "der Werte der Bundesverfassung und gegenseitiger Achtung und Toleranz." Und wenn man jetzt mit diesem Manifest sagt, man müsse die bestehende Dominanzkultur überwinden, ist es ein Widerspruch. Ich will hier nicht Verhältnisse wie in Nordkorea oder Venezuela, wo die bürgerliche Opposition unterdrückt wird. Wenn Sie nachher die weiteren Ziffern sehen: "Die Integration soll längerfristig und rechtmässig anwesenden Ausländern" - rechtmässig ist für mich entscheidend – "ermöglichen, am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft teil zu haben." Hier verlangt die Bundesgesetzgebung, dass sie rechtmässig anwesend sind, sonst gilt das eben nicht. Sie verlangen etwas anderes. Das steht ganz klar im Widerspruch zur Verfassung, im Widerspruch zum Gesetz. Deshalb lehnen wir diesen Vorschlag auch in Postulatsform ab, denn er ist für mich so nicht durchsetzbar. Weiter: "Die Integration setzt sowohl den entsprechenden Willen der Ausländerinnen und Ausländer als auch die Offenheit der schweizerischen Bevölkerung voraus." Wir sind offen, aber es setzt auch von Ihnen diese Offenheit voraus. Und wenn Sie nachher in diesem Satz sagen, dass Mitbestimmung nicht die Belohnung für eine gute Integration sein soll, ist es auch hier wieder ein klarer Widerspruch. Deshalb wird die SVP-Fraktion diesen Vorstoss geschlossen ablehnen, sowohl in Motions- als auch in Postulatsform. Wir sind für eine erfolgreiche Integration, aber nicht auf Kosten und unter

Verletzung verfassungsmässiger und gesetzlicher Rechte. Ich danke Ihnen für die Unterstützung und bitte Sie, diesen Vorstoss ganz klar abzulehnen. Und hier erwarte ich auch vom Gemeinderat erklärende Worte.

Präsidentin: Danke, Alex. Dann kommt Debora Alder-Gasser von der GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: In der GLP/JGLP/EVP-Fraktion teilen wir die Ansicht der Motionärinnen, wonach die Partizipation, die Chancengleichheit und die Chancengerechtigkeit für Migrantinnen in Bezug auf das gesellschaftliche Leben und insbesondere auch auf den Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung sind. Es ist unserer Fraktion ein grosses Anliegen gerade im Hinblick auf den zunehmenden Fachkräftemangel, dass Migranten bestmöglich und ihrer Qualifikation entsprechend in den Arbeitsmarkt integriert werden. Das macht nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht Sinn, sondern ist vor allem diesen Personen gegenüber würdig. Der vorliegenden Forderung, neue Programme zu entwickeln, stehen wir jedoch kritisch gegenüber. Wir stimmen mit dem Gemeinderat überein, dass es zuerst darum geht, bestehende Angebote zu öffnen und allenfalls neue Finanzierungswege zu schaffen, um entsprechende Angebote auszubauen, dass sie auch Personen offenstehen, die heute von keiner Unterstützungsmöglichkeit profitieren können. Unser Dank geht bei dieser Gelegenheit an alle Institutionen, welche sich dafür einsetzen, Migrantinnen den Weg in die Berner Arbeitswelt zu erleichtern. Auch wenn wir das Instrument der Partizipationsmotion sehr begrüssen, stellt das interfraktionelle Postulat unter Traktandum 2 "Anreizsysteme für Migrantinnen zur Erleichterung des Einstiegs in den Arbeitsmarkt der Stadt Bern" aus unserer Sicht die besseren und zielführenderen Fragen. Wir begrüssen es, zuerst zu prüfen, wie bestehende Instrumente optimiert werden können und welche Anreizsysteme möglich sind, um Migrantinnen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, bevor Kosten gesprochen werden. Aus diesem Grund hat unsere Fraktion das erwähnte Postulat unter Traktandum 2 angenommen, wird aber den vorliegenden Vorstoss sowohl als Motion wie auch als Postulat ablehnen. Danke.

Präsidentin: Danke, Debora. Dann kommt Nik Eugster für die FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Es geht uns etwa gleich wie meiner Vorrednerin. Ich habe vorhin bei Traktandum 2 gesagt, dass wir das besprochene Postulat unterstützen, aber eben mit den folgenden Traktanden eher unsere Mühe haben. Dieser Motion liegt eigentlich eine wichtige Sache zugrunde, aber sie ist leider so ausgestaltet und formuliert, dass sie definitiv zu weit geht. Das hat auch der Gemeinderat erkannt. Die Antwort des Gemeinderats ist klar und deutlich. Die bestehende Angebotslandschaft im Bereich der beruflichen und sozialen Integration sei schon sehr gut ausgebaut, schreibt er. Es werden Beispiele genannt wie das Kompetenzzentrum Arbeit, das Projekt Bernetz, das Mentoringprogramm von Frieda oder MosaiQ des HEKS. Es müssen laut Gemeinderat nicht neue Programme geschaffen werden, sondern die bestehenden müssen besser kommuniziert werden und neue Finanzierungen müssen gefunden werden. Und bezüglich Finanzierung ist nicht nur die Stadt da. Auch Kanton, Bund und Privatorganisation können da in die Bresche springen. Es ist wieder einmal ein Fall, in dem nicht nur wir bezahlen sollten. Ich gehe insofern eben mit meiner Vorrednerin einig: Schade fordert die Motion alles in einem: die Entwicklung, Koordination und

den Ausbau solcher Programme. Ginge es nur um die Koordination, würden wir dem zustimmen. Aber ich habe es gesagt, das Thema ist wichtig und ernst zu nehmen. Aber wenn die Motion auch die Entwicklung und den Ausbau fordert, was eben schon passiert, dann finden wir die Motion zu weitreichend. Und auch hier wieder: Bestehende Strukturen durch die Stadt gar zu konkurrenzieren, kann nicht Kernaufgabe der Stadt sein. Und deshalb folgen wir der Empfehlung des Gemeinderats, die Motion abzulehnen.

Präsidentin: Danke, Nik. Dann kommt Anna Jegher für die GB/JA!-Fraktion.

Anna Jegher (JA!) für die Fraktion: Zuerst möchte ich mich ganz herzlich bei den Einreichenden für ihre Arbeit bedanken und dafür, dass wir heute über die sehr wichtigen Anliegen dieser Motion diskutieren können.
Migrantinnen darin zu unterstützen, hier einem Beruf nachgehen zu können, der ihren Qualifikationen entspricht, Weiterbildungen zu machen und ihre Sprachkenntnisse zu verbessern, sind zentrale Faktoren, um eine gleichberechtigte Gesellschaft aufbauen zu können. Wie die Einreichenden in ihrem Votum bereits erklärt haben, gibt es heute schon unterschiedliche Angebote, die diese Unterstützung anbieten. Aber nicht alle betroffenen Personen haben Zugang zu diesen Programmen. Ein Grund ist beispielsweise, dass viele dieser Angebote an sozialstaatliche Leistungen geknüpft sind. Genau damit werden Personen ausgeschlossen, die zwar auf solche Angebote angewiesen sind, aber keinen Anspruch auf die sozialstaatlichen Leistungen haben. Ein weiterer Grund ist, dass für Personen mit Kindern während den Angeboten die Kinderbetreuung nicht immer gewährleistet werden kann. Da Care-Arbeit und Kinderbetreuung immer noch grösstenteils in der Verantwortung von Frauen liegen, haben damit insbesondere migrantische Frauen einen erschwerten Zugang zu diesen Angeboten.
Dieser Vorstoss ist genau deshalb so wichtig, weil er fordert, dass diese Lücken geschlossen werden und die Programme zugänglicher gemacht werden. Die GB/JA!-Fraktion begrüsst es zudem sehr, dass diese Angebote explizit allen zugänglich gemacht werden sollen, unabhängig von beruflichen Qualifikationen, Aufenthaltsstatus und Zivilstand. Auch der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass diese Angebotslücken bestehen, und verortet das Problem vor allem in der fehlenden finanziellen Unterstützung und nicht unbedingt in den fehlenden Programmen. Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Subjektfinanzierung, um diese Angebote zugänglicher zu machen, finden wir eine gute und unterstützenswerte Idee. Wie wir aber vorhin von den Motionären gehört haben, besteht noch viel mehr Handlungsbedarf. Wir fordern den Gemeinderat deswegen auf, diesen Handlungsbedarf umfassend abzuklären und entsprechende Massnahmen zu treffen. Warum der Gemeinderat diese Motion in ein Postulat wandeln will, ist uns nicht klar. Wir werden den Vorstoss jedenfalls sowohl als Postulat als auch – noch lieber – als Motion annehmen.

Präsidentin: Danke, Anna. Für die SP-JUSO-Fraktion Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Ich möchte den Einreichenden zuerst für diese Partizipationsmotion und natürlich der ganzen Gruppe Migration des Feministischen Streikkollektivs Bern danken. Wir finden es enorm wichtig, wird dieses Instrument gebraucht und bringt ihr heute ein so wichtiges Thema vor. Inhaltlich finden wir das Thema, welches ihr aufwerft, enorm wichtig. Es geht um die Arbeitsintegration von Migrantinnen und somit um die Zugänglichkeit zum Arbeitsmarkt. Es geht zum einen um

qualifizierte Migrantinnen, welche Qualifikationen und Ausbildungen hätten, diese aber nicht einsetzen können, weil ihre Diplome in der Schweiz nicht anerkannt werden. Es geht aber auch um Personen, welche diese Qualifikationen noch nicht haben, sie aber gerne erwerben würden. Nicht zuletzt geht es aber auch um die Vereinbarkeit von Familie und dem Wunsch, sich weiterbilden zu können. Ich muss, glaube ich, nicht erwähnen, dass Kinderbetreuung in vielen Fällen immer noch von Frauen übernommen wird. Oft werden dadurch Migrantinnen in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen und müssen zu einem nicht existenzsichernden Lohn arbeiten. Das Problem reicht aber leider noch weiter. Wir haben auf dem heutigen Arbeitsmarkt oft ein Diskriminierungsproblem aufgrund von Hautfarbe oder Religion. Das, liebe Anwesende, darf nicht sein. Lieber Gemeinderat, Sie stellen richtig fest, dass es Angebotslücken bei der Förderung der Berufstätigkeit von Migrantinnen gibt. Sie anerkennen auch, dass besonders bei Migrantinnen, welche zusätzlich Kinderbetreuung wahrnehmen, ein Problem der Vereinbarkeit auftaucht. Doch das einfach festzustellen, reicht nicht. Die Suche nach Unterstützung ist heute ein undurchsichtiger Dschungel. Von einer Stelle wird auf die nächste verwiesen. Das kenne auch ich aus meinem Arbeitsalltag. Es ist schwierig, die richtigen Informationen zu den bestehenden Programmen und Angeboten zu finden. Sowohl das RAV wie auch diverse Asylsozialdienste informieren nicht proaktiv über Angebote. Sogar wenn Klient*innen nachfragen, bekommen sie oft nur spärliche Informationen. Das heisst, es gibt Nachbesserungsbedarf. Die Lücken bei der Finanzierung müssen geschlossen werden und die Zugänglichkeit zu den Informationen muss gewährleistet sein. Wir sind uns einig, lieber Gemeinderat. Wir finden auch nicht, dass jetzt 10 neue Angebote geschaffen werden müssen, wenn es denn schon genau diese Angebote gibt. Aber wir müssen sicherstellen, dass sie erstens finanzierbar und zweitens zugänglich sind. Das heisst, dass die Leute, welche Angebote beanspruchen möchten, aktiv und niederschwellig darüber informiert werden, wie und wo sie die Unterstützung erhalten. Wo es weiter Nachholbedarf gibt und man nicht einfach bestehende Angebote ein bisschen fördern kann, sind Angebote für Asylsuchende. Denn hier gibt es – und das wurde vorhin von den Einreichenden auch schon erwähnt – nur ein Qualifikationsprogramm, und zwar im Bereich Küche und Reinigung. Das reicht nicht, denn es gibt auch unter den Asylsuchenden viele qualifizierte Migrantinnen. Noch prekärer ist die Situation, wenn es Menschen mit abgewiesenem Asylstatus oder Sans-Papiers sind. Wir sind der Meinung, dass die Angebotslandschaft für alle verbessert werden soll, unabhängig vom Asylstatus. Ein weiterer Punkt – und zu diesem kommen wir heute später noch einmal, wenn es um das interfraktionelle Postulat "Deutschkurse auch für qualifizierte Migrant*innen fördern" geht: Der Deutschbon, wie er heute existiert, reicht schlichtweg nicht. Er deckt nur tiefere Niveaus ab und ist ein einmaliger Gutschein für eben einen Kurs. Wenn wir aber Migranten wirklich beim Arbeitsmarkteintritt unterstützen möchten, braucht es mehr für den Erwerb der geforderten Sprachkenntnisse. Neben all diesen Punkte, welche wir im Antrag des Gemeinderates vermissen, finden wir das vorgeschlagene Budget auch eher sehr knapp berechnet. Wir bezweifeln, dass es reicht, wenn wir jetzt einfach bei 5 Angeboten monatlich einen kleinen Beitrag dazurechnen. Wir denken, es braucht mehr Koordinationsarbeit, um sicherzustellen, dass die Informationen durchgängig sind und Migrantinnen aktiv dazu ermutigt werden, diese Angebote auch wahrzunehmen.
Sie haben es vielleicht gemerkt. Wir finden den vorliegenden Bericht des Gemeinderates nicht genügend und werden die Partizipationsmotion als Motion unterstützen. Es reicht nicht, einfach zu sagen: "Ja, wir sehen Bedarf." Man muss auch konkret aufzei-

gen, wie man diese Bedarfslücke schliessen will und somit die Zugänglichkeit verbessern. Ich hoffe, Sie folgen mir und unterstützen diese Partizipationsmotion ebenfalls als Motion und helfen, die Arbeitsintegration von Migrantinnen zu verbessern. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Danke, Barbara. Das Wort hat Mirjam Roder von der GFL-Fraktion.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Auch wir möchten für diesen Vorstoss danken und unterstützen dieses wichtige Anliegen. Wir finden auch, dass noch Handlungsbedarf bei der Förderung des Berufseinstiegs bei Migrantinnen besteht und dass es noch relevante Angebotslücken gib. Auch teilen wir die Ansicht, dass Handlungsbedarf bei der Schaffung neuer Finanzierungs- und Zugangswege besteht. Wie der Gemeinderat ausführt, existieren bereits zahlreiche verschiedene Programme. Wir finden aber, dass das Programmspektrum sehr unübersichtlich ist und einige Programme zum Teil wenig bekannt sind. Die Prüfung der Bekanntmachung bestehender Angebote wird im nächsten Traktandum gefordert, welches wir sehr unterstützen – um das gleichwohl vorwegzunehmen. In einer Interpellation haben wir vor 3 Jahren gefragt, ob es eine Übersicht zu allen im Bereich Migration/Integration tätigen Organisationen und deren Aufgaben, Angeboten und Finanzierung gibt. In seiner Antwort hielt der Gemeinderat dazu fest, dass es diese nicht gäbe und er eine solche auch nicht für sinnvoll halte. Die Isa-Fachstelle Migration hat einmal eine nicht abschliessende Zusammenstellung der in diesem Bereich in Bern und Agglomeration tätigen Trägerschaften erstellt. Die Liste beinhaltete 117 verschiedene Trägerschaften mit mehr als 270 Angeboten. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass es viele Doppelspurigkeiten in den Angeboten gibt und andererseits fast alle Organisationen über mangelnde Finanzierung und Ressourcen klagen und darüber, dass die Nachfrage das Angebot übersteige. Wir finden nicht, dass es eine städtische Aufgabe ist, alle Programme bereitzustellen, schon nur deshalb nicht, um nicht als Konkurrentin für die bestehenden, gut funktionierenden und teilweise schon sehr gut etablierten Programme aufzutreten. Hingegen finden wir, dass es eine städtische Aufgabe ist, die Übersicht über diese Programme, die Koordination dieser Programme, die Zugänglichkeit zu diesen Programmen und eben die Bekanntmachung dieser Programme zu übernehmen, wie es in der Motion gefordert wird. Genau das hatten wir vor 2 Jahren auch in einem Postulat gefordert, das übrigens auch von der EVP miteingereicht wurde, und welches dann auch überwiesen wurde. Im Prüfungsbericht verwies der Gemeinderat auf den Kanton und erachtet eine städtische Koordinationsstelle als nicht zielführend. Wir sind aber der Meinung, dass eine bessere Koordination zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten beitragen und dazu führen könnte, dass das Angebotsspektrum für die Benutzer*innen übersichtlicher gestaltet wird und dass die vorhandenen knappen finanziellen Mittel effizienter und zweckmässiger eingesetzt werden. Das für eine solche Koordinationsstelle eingesetzte Geld käme so der Migrationsbevölkerung in doppelter Weise zugute. Nur eine staatliche Stelle hat die dazu notwendige institutionelle Kompetenz.
Da wir dies in einem Postulat schon gefordert hatten, erachten wir eine erneute Prüfung in einem Postulat, wie es der Gemeinderat vorschlägt, nicht als zielführend, und nehmen diesen Vorstoss als Motion an.

Präsidentin: Danke, Mirjam. Wir sind bei den Einzelvoten. – Dann hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Hier möchte ich zu Beginn ein paar Ausführungen machen zum Thema Integration und Arbeitsmarktzugang für Migrantinnen und Migranten aus Sicht des Gemeinderates. Das kommt vielleicht in der Antwort ein bisschen zu kurz. Der Gemeinderat ist sich sehr bewusst, dass es viele Hürden für Menschen mit Migrationshintergrund gibt: in der Ausbildung, bei der Berufslehre und dann auf dem Arbeitsmarkt. Und wir setzen alles daran, dass diese Hürden abgebaut werden. Aber auch hier muss man sagen: Man kann dieses Thema nicht an den Gemeinderat delegieren. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Thema und wir müssen überall miteinander gesamtgesellschaftlich wirken, damit diese Diskriminierungen endlich verschwinden. Ich denke, wir sind im Moment in einer sehr schwierigen, anspruchsvollen Zeit. Wir erleben Kriege, Nahostkriege. Und die Diskriminierungen sind wieder voll aufgebrochen. Und ich denke hier, das ist für den Gemeinderat ein wichtiges Anliegen. Wir verurteilen alle Diskriminierungen in allen Bereichen und daran arbeiten wir und deshalb haben wir auch den Schwerpunktplan Migration und Rassismusfragen, der noch bis 2025 dauert. Und dort haben wir verschiedene Themen: Zugang auch zum Arbeitsmarkt, wo wir aufgezeigt haben – mit Finanzen hinterlegt –, was wir als Stadt machen können. Die Stadt Bern als Arbeitgeberin: Wir haben auch im Rahmen des Schwerpunkteplans, aber auch im Rahmen der Legislaturrichtlinien des Gemeinderates, aber auch in unserer Personalpolitik die Diversität als spezifisches Thema, das wir auch beim Zuteilen von Lehrstellen und bei Anstellungen immer wieder berücksichtigen, weil der Gemeinderat davon überzeugt ist, dass die Stadt hier auch in der Verantwortung ist und wir auch hier Vorbild sein müssen.
Ich komme jetzt auf die Antwort des Gemeinderates auf diesen Vorstoss zurück. Es wurde gesagt: Der Gemeinderat teilt das Anliegen des Vorstosses, aber er findet, es sei sehr umfassend und schwierig, mit Programmen wirklich dort zu wirken, wo es Lücken gibt. Und deshalb möchte der Gemeinderat den Schwerpunkt eben auf die Schaffung neuer Finanzierungswege legen, damit man dann auch die bestehenden Programme und allenfalls neue Programme finanzieren und zugänglich machen könnte. Und es wurde auch von den Motionärinnen gesagt: Die Gruppe ist ja sehr heterogen. Und deshalb: Wenn wir alles miteinander bearbeiten, befürchtet der Gemeinderat auch, dass es ein riesiges Projekt gibt. Das Thema ist riesig und es würde ein riesiges Projekt brauchen und viele Finanzen. Aber angesichts all der Ansprüche, die der Gemeinderat auch an seine Finanzpolitik gestellt hat, möchte sich der Gemeinderat eben auf einzelne Themen beschränken und deshalb auch dieser Vorschlag der Subjektfinanzierung. Ob jetzt 5 zu viel sind oder zu wenig, das ist nicht der Hauptfokus des Gemeinderates. Der Gemeinderat möchte aufzeigen, dass man mit dem Ausprobieren der Subjektfinanzierung auch konkret etwas erreichen könnte. Und wenn es dann erfolgreich wäre, könnte man das auch wieder ausbauen.
Seit der Antwort des Gemeinderates muss man auch festhalten, dass sich jetzt auf kantonaler Ebene auch Entwicklungen – zum Glück, muss man sagen – in dieser Richtung ergeben. Der Kanton hat ein zusätzliches Projekt, HEKS MosaiQ, seit letztem April finanziert, wo eben auch Menschen sich selber zuweisen können und lediglich einen kleinen Grundbetrag selber bezahlen müssen. Aber das Programm steht ihnen dann zur Verfügung. Und ich bin sehr froh, dass auch der Kanton, die Direktion Gesundheit, Sicherheit und Integration, den Handlungsbedarf entdeckt hat. Auch in diesem Bereich muss der Kanton mit den Gemeinden zusammenarbeiten. Es wurde gefragt, warum der Gemeinderat hier ein Postulat möchte. Der Gemeinderat möchte aus verschiedener Sicht ein Postulat, weil er der Meinung ist, es gehe nicht darum, neue Programme zu lancieren, sondern Programme zu lancieren dort, wo es Lücken gibt. Und die Lücken

müssen wir einschränken und schauen, dass wir in verschiedenen Bereichen Projekte haben, eben vielleicht tatsächlich nicht nur im Putz- und Gastrobereich, sondern breit abgestützt, aber fokussiert. Und wir möchten dann diese Finanzierungshilfen ausprobieren, denn wir denken, mit der Grössenordnung von ein paar 100'000 Franken kommen wir vielleicht weiter. Mit einem grossen Programm – das schreiben Sie, glaube ich, auch in Ihrem Vorstoss –, braucht es allenfalls eine Volksabstimmung, dann geht es halt auch wieder länger. Und der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass, wenn wir hier schrittweise vorgehen, wir schneller am Ziel sind – zwar nicht überall –, als wenn wir ein grosses Projekt starten, das wir dann nicht umsetzen und finanzieren können. Und wenn ihr jetzt diese Motion überweist, möchte ich euch einfach mit auf den Weg geben: Dafür haben wir kein Geld eingestellt. Wir haben Budgetvorgaben, wonach wir keine neuen Projekte/Aufgaben übernehmen können. Wenn ihr das wollt, und das gilt auch für die Ausführungen von Mirjam Roder zu den überwiesenen Vorstössen – wir haben dort immer gesagt, wir hätten keine Finanzen, man könne nicht immer von der Verwaltung mehr verlangen –, aber wenn ihr alle diese Dinge wollt, wehre ich mich inhaltlich nicht gegen viele Dinge, aber dann muss die Finanzierung auch durch den Stadtrat mitgetragen werden.
Und deshalb finde ich und bin davon überzeugt, dass der Gemeinderat euch mit dem Vorschlag, dass wir das jetzt im Postulat gezielt schrittweise vorbringen, den richtigen Weg vorschlagen, und beantrage euch im Namen des Gemeinderates, dem Postulat zuzustimmen.

Präsidentin: Danke, Franziska. Dann stimmen wir jetzt über die Partizipationsmotion ab.

Abstimmung Nr. 008

2021.SR.000134

Annahme

Ja	47
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Die Motion ist angenommen.

2023.SR.000075

5 Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, AL/PdA, GB/JA (Valentina Achermann, SP / Chandru Somasundaram, SP / Matteo Micieli, PdA / Franziska Geiser, GB): Bekanntmachung von bestehenden Angeboten und Projekten für qualifizierte Migrant*innen

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 5, ein interfraktionelles Postulat: "Bekanntmachung von bestehenden Angeboten und Projekten für qualifizierte Migrant*innen". Ist dieses Postulat bestritten? - Es ist bestritten. Dann erteile ich den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden spricht Chandru Somasundaram.

Chandru Somasundaram (SP) für die Einreichenden: Die Situation in der Stadt Bern ist, wie wir heute Abend schon öfters gehört haben, wie folgt: Viele qualifizierte Berner*innen und Fachkräfte ohne Schweizer Pass finden keine adäquate Beschäftigung, weil ihre Qualifikationen und Fähigkeiten nicht anerkannt werden oder weil sie schlicht nicht über die notwendigen Informationen über die vorhandenen Unterstützungsangebote verfügen – ein Problem, welches sogar "Der Bund" in einem Artikel im vergangenen Jahr aufgegriffen hat. Darin wird beschrieben, dass es eine grosse Anzahl an zivilgesellschaftlichen und öffentlichen Angeboten gibt, um qualifizierten Migrant*innen den Einstieg in die Arbeitswelt zu erleichtern, sei es über Sprachkurse, das Erlernen neuer Kompetenzen oder über Berufsberatungen. Das Angebot ist gross und wichtig, kommt aber beim Zielpublikum nicht an – wie auch, bei so einem Dickicht von Internetseiten, Plattformen. Und dann wird man noch von Stelle zu Stelle verwiesen. Im schlimmsten Fall bleibt die Arbeitssuchende erfolglos und eine Arbeitgeberin kann ihre Stelle nicht besetzen. Ja, es ist offensichtlich, dass eine bessere Koordination und Bekanntmachung des Angebots wichtig und nötig sind, um den Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dieser Vorstoss fordert deshalb, dass die Stadt Bern als ersten Schritt prüfen soll, welche Massnahmen zur Zielerreichung erforderlich sind und ob es dafür eine zentrale Stelle braucht. Auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen in diese Überlegungen miteinbezogen und für das grosse Potenzial an qualifizierten Arbeitssuchenden sensibilisiert werden.
Nicht zuletzt muss aber auch das Stadtpersonal, das im Bereich Migration tätig ist, über diese Angebote informiert werden, damit bei Anfragen sachlich und zielgerichtet Auskunft gegeben werden kann. Indem wir die Integration von hochqualifizierten Personen erleichtern, können wir dem individuellen Lebensweg gerecht werden und das konkrete Leben der Menschen dann auch verbessern. Ausserdem können wir dem heute so oft erwähnten Fachpersonenmangel entgegentreten – schlussendlich eine Win-win-Situation.

Präsidentin: Danke, Chandru. Wir sind bei den Fraktionsvoten. – Gibt es Einzelvoten? – Möchte die Gemeinderätin etwas sagen? Sie verzichtet. Dann kommen wir direkt zur Abstimmung über das Postulat.

Abstimmung Nr. 009

2023.SR.000075	
Annahme	
Ja	54
Nein	12
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt das Postulat angenommen.

2023.SR.000076

6 Interfraktionelles Postulat AL/PdA, GB/JA, SP/JUSO, GFL/EVP (Eva Chen, AL / Franziska Geiser, GB / Barbara Keller, SP / Mirjam Roder, GFL): Deutschkurse auch für qualifizierte Migrant*innen fördern

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 6, ebenfalls ein interfraktionelles Postulat: "Deutschkurse auch für qualifizierte Migrant*innen fördern." Das Postulat ist bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort. Ich gehe davon aus, dass das Franziska Geiser ist. Könnte sie jemand bitte anmelden?

Franziska Geiser (GB) für die Einreichenden: Zuerst vielen herzlichen Dank an Nilguen Oezdal, Maria, Bemy und Elif Sumeyra. Sie haben die Impulse für diesen Vorstoss gegeben und ihn mit uns ausgearbeitet. Dieser Vorstoss geht von der Situation aus, dass das Angebot an Deutschkursen, das in Bern besteht, nicht allen Bedürfnissen von Migrant*innen gerecht wird. Die Deutschbons unterstützen Migrant*innen finanziell, wenn sie Deutschkurse besuchen wollen. Die ehemaligen Mentees des CFD haben aber die Erfahrung gemacht, dass sie oft berufsspezifische Kurse brauchen würden, zum Beispiel für den technischen oder den sozialen Bereich oder für Informatikberufe. In diesem Bereich gibt es kaum Angebote.
Eine weitere Erfahrung der Migrant*innen, die das Mentorenprogramm von CFD durchlaufen haben, ist, dass es wenige Kursangebote gibt für Deutschlernende, die schon ein höheres sprachliches Niveau haben, mehr als B1. Es gibt kaum Angebote für geübte Lerner*innen, die vielleicht schon mal eine andere Fremdsprache gelernt haben und schnell vorwärtskommen. Und es fehlt an Kursangeboten für Lernende, die für ihren Beruf hohe Deutschkompetenzen vorweisen müssen, zum Beispiel ein C1 oder sogar ein C2. Dazukommt: Je höher die Sprachniveaustufen nach dem europäischen Referenzrahmen sind, desto teurer werden die Kurse.
Ein weiteres Bedürfnis der befragten Migrant*innen ist, dass es mehr Kurse gibt, während eine Kinderbetreuung stattfindet; dies, um die Vereinbarkeit zu verbessern. Aus diesen Erfahrungen und Bedürfnissen heraus ist das vorliegende Postulat entstanden. Die Stadt soll erstens den genauen Bedarf an Kursen abklären. Sie soll zweitens das Modell der Deutschbons so ausweiten, dass auch Kurse für berufsspezifische Qualifikationen besucht werden können und sie soll drittens abklären, wie die Kinderbetreuung während der Kurse ausgeweitet werden kann.
Der Gemeinderat empfiehlt, den Punkt 1 erheblich zu erklären, die Punkte und 2 und 3 abzulehnen. Die Überlegung dabei ist, dass die Punkte 2 und 3 einer Richtlinienmotion entsprechen würden und nicht einem Postulat. Punkt 2 ist hier wohl etwas uneindeutig. Punkt 3 ist aber schon als Forderung formuliert – die Forderung nach einer Abklärung. Wir empfehlen deshalb, das Postulat als Ganzes erheblich zu erklären. Der Gemeinderat kann so vorgehen und alle Forderungen prüfen.
Zum Fraktionsvotum: Die Fraktion GB/JA! unterstützt das Postulat natürlich, auch alle Punkte. Uns ist vor allem wichtig, dass alle Bevölkerungs- und Interessensgruppen sich in der Stadt aktiv einbringen können, dass ihre spezifischen Interessen und Bedürfnisse ernstgenommen werden und dass wir versuchen, die Lebensbedingungen aller Menschen kontinuierlich zu verbessern.

Präsidentin: Danke, Franziska. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Barbara Keller für die SP-JUSO-Fraktion.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Die Arbeitsintegration ist ein wichtiger Faktor für die Teilhabe an der Gesellschaft. Dazu sind Sprachkompetenzen zentral. Wir haben in der Stadt Bern viele qualifizierte Migrant*innen, welche unterschiedliche Fachkompetenzen mitbringen. Oft scheitert ihre Stellensuche heute an den Sprachkenntnissen. Es gibt in der Stadt Bern den Deutschbon. Dieser bietet aber nur Sprachkurse bis zum Niveau B1 an. Berufsspezifische Kurse in Bereichen wie Informatik, Sozialarbeit oder Medizin werden vergeblich gesucht – blöde, besonders beim aktuellen Fachkräftemangel. Wir haben vom Gemeinderat in dem Postulat gefordert, 3 Sachen zu prüfen: erstens eine Bedarfsabklärung für Kurse. Diese muss fundiert sein und darf nicht einfach auf Umfrageergebnissen nur einer Organisation basieren. Wir müssen wissen, wo und welchen Handlungsbedarf es gibt. Zweitens, das Modell der Deutschprüfung so auszuweiten, damit sie nicht nur für den Erwerb von Grundkenntnissen genutzt werden kann, sondern auch für weiterführende Qualifikationen, und drittens, dass die Kinderbetreuung während der Kurse so ausgeweitet werden kann, damit wir wirklich eine Verbesserung der Vereinbarkeit hinkriegen.
Der Gemeinderat will nur den ersten Punkt des Postulats erheblich erklären und somit immerhin den Bedarf analysieren. Für uns geht es aber nicht weit genug. Falls festgestellt wird, dass der Bedarf vorhanden ist, muss weiter die Möglichkeit geklärt werden, wie man das Modell auf den Deutschbon ausweiten kann. Es kann doch nicht sein, dass man für viele Berufe mindestens ein Niveau B2 verlangt, die angebotenen Kurse aber beim B1 enden. Ich meine, da kann doch etwas nicht stimmen. Das sind auch wertvolle Fachkräfte und Ressourcen, welche wir nicht nutzen können. Ich will aber eigentlich gar nicht auf die wirtschaftlichen Aspekte eingehen. Es geht uns primär darum, qualifizierte Migrant*innen bestmöglich zu unterstützen. Kommen wir zum Punkt der Vereinbarkeit. Wenn es um dieses Thema geht, sind eigentlich immer alle dafür, aber wenn es dann um konkrete Massnahmen geht, wollen plötzlich einige nicht mehr richtig mithelfen. Die Vereinbarkeit von Familie und dem Wunsch, sich aus- und weiterbilden zu lassen, sind elementar, wenn wir die Gleichstellung fördern wollen. Wir von der SP-JUSO-Fraktion meinen es ernst mit der Gleichstellung. Denn Kinderbetreuung, und das habe ich in meinem vorherigen Votum bereits erwähnt, wird immer noch grösstenteils von Frauen oder Flinta-Personen übernommen. Auch hier erwarten wir vom Gemeinderat, dass er mindestens prüft, welche Möglichkeiten es für die Kinderbetreuung gibt. Wir werden alle Punkte in diesem Postulat annehmen, weil wir Deutschkurse für qualifizierte Migrant*innen fordern und auch die Rahmenbedingungen dafür schaffen wollen. Vielen Dank, dass ihr uns dabei unterstützt.

Präsidentin: Das Wort hat Nik Eugster für die FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Grundsätzlich – ich werde auch sehr kurz sein – bevor man etwas tut, muss man genau wissen, was der Bedarf ist. Insofern danke ich für das Postulat. Es ist ein guter Ursprung. Wir anerkennen grundsätzlich, was in diesem verlangt wird. Und eine Prüfung, wo genau Handlungsbedarf besteht, ist sicher gerechtfertigt. Ich finde es allerdings schade, dass die Bedarfsabklärung mit Massnah-

men vermischt wird. Wir wollten ja zuerst eben genau den Bedarf wissen. Wir unterstützen eine punktweise Abstimmung. Wir würden Punkt 1 annehmen, die Punkte 2 und 3 lehnen wir aber ohne vorherige Prüfung und Bedarfsabklärung ab.

Präsidentin: Danke, Nik. Gibt es noch Einzelvoten? – Dann hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Wie die Postulantinnen ausführen, stellt der Erwerb der Sprache für fremdsprachige Menschen eine wichtige, ich würde sagen, eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine rasche Teilhabe bei uns in der Stadt Bern am Arbeitsmarkt und an vielen Lebensbereichen dar. Deshalb hat die Stadt Bern eben auch schon viele Angebote in diesem Bereich aufgestellt. Das Thema Deutschbons wurde mehrmals erwähnt. Der Gemeinderat ist immer noch davon überzeugt, dass die Deutschbons ein Erfolgsmodell sind, auch wenn er mit den kritischeren Voten einig geht, dass sie halt beschränkt sind auf einen gewissen Teil. Aber hier muss ich euch auch wieder ein bisschen mit auf den Weg geben: Der Gemeinderat muss halt jeweils abwägen, wie viel ein Angebot kosten darf. Und wir sind davon überzeugt, dass gerade der Spracherwerb zu Beginn halt für viele Menschen nicht finanzierbar ist, wenn das nicht über ein Angebot finanziert wird. Und deshalb haben wir halt den Fokus gesetzt, dass man diese wirklich zu Beginn mit Deutschbons bis zu einem gewissen Niveau unterstützen kann. Aber im Rahmen des Postulats könnten wir selbstverständlich auch prüfen, ob das erweitert werden kann. Und auf der anderen Seite muss man schon auch sagen: Ein Deutschkurs reicht eben leider meistens nicht, damit man den genügenden Spracherwerb hat, um den Anschluss beispielsweise an eine Ausbildung oder an die Berufswelt zu finden.
Wir haben auch noch andere Angebote, die ich hier gerne erwähne. Zum Beispiel: "Deutsch lernen vor dem Kindergarten" ist dem Gemeinderat auch ein sehr wichtiges Anliegen, weil der Gemeinderat davon überzeugt sind, dass, wenn Kinder Deutsch können, wenn sie in den Kindergarten kommen, sie dann auch eine einfachere Schullaufbahn haben und so auch bessere Möglichkeiten eben später haben, weitergehende Schulen oder eine Berufslehre zu machen. Und wir als Stadt nehmen auch hier wieder unsere Vorbildrolle wahr. Wir sind uns bewusst, welche Verantwortung wir haben. Deshalb bietet die Stadt auch Deutschkurse an für fremdsprachige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
Auf die Frage, ob ihr jetzt alle 3 Punkte als Postulat annehmt oder, wie der Gemeinderat vorschlägt, den Punkt 1 als Postulat und die 2 anderen dann im Punkt 1 integriert, sage ich: Das ist, glaube ich, nicht so matchentscheidend. Der Gemeinderat wird sicher die 3 Punkte prüfen. Ah, das habe ich vorhin vergessen zu sagen und ich sage es hier gleich auch noch einmal, denn auch das ist wieder ein Thema: Bei der Kinderbetreuung kann ich euch alle wenigstens ein bisschen beruhigen. Wir haben im Rahmen des Kompetenzzentrums Arbeit Angebote, damit wirklich eben die Menschen, die auch Kinder betreuen – und das, wir haben es heute auch mehrmals gesagt, sind halt primär Frauen –, Deutschkurse, Integrationskurse besuchen können mit einem entsprechenden Kinderbetreuungsangebot. Aber auch hier gilt es wieder festzuhalten: Wir wollen auch Kinderbetreuung mit guter Qualität. Und die ist dann manchmal schwierig. Dort sind wir schon nicht ganz dort, wo ihr vielleicht wünscht. Wenn es am Abend um Kinderbetreuung geht, wird es sehr schwierig, Angebote zu finden, denn es ist auch schwierig, Kita-Mitarbeitende zu finden und wir wollen auch gute Arbeitsbedingungen bieten. Deshalb ist es auch immer ein bisschen ein Spannungsfeld. Aber wir haben die Kenntnis, dass

es schwierig ist wegen den Kita-Zeiten, aber auch mit dem Druck, der auf den Kitas lastet, wirklich gute Angebote für Menschen zu schaffen, die eben beispielsweise Sprachkurse beanspruchen oder unregelmässig arbeiten oder Ausbildungskurse besuchen. Wir sind uns dessen bewusst. Wir arbeiten hier schrittweise, aber wir sind natürlich auch in diesem Bereich eigentlich nicht dort oder noch nicht dort, wo wir gerne wären.

Präsidentin: Danke, Franziska. Die Einreichenden sind einverstanden, dass wir punktweise abstimmen. Es sind 3 Punkte. Wir stimmen über den Punkt 1 ab.

Abstimmung Nr. 010

2023.SR.000076: Punkt 1	
Annahme	
Ja	65
Nein	7
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den ersten Punkt angenommen. Wir stimmen über den zweiten Punkt ab.

Abstimmung Nr. 011

2023.SR.000076: Punkt 2	
Annahme	
Ja	45
Nein	25
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den zweiten Punkt angenommen. Wir stimmen über den dritten Punkt ab.

Abstimmung Nr. 012

2023.SR.000076: Punkt 3	
Annahme	
Ja	46
Nein	25
Enthalten	0

Präsidentin: Auch diesen Punkt habt ihr angenommen.

2019.SR.000213

7 Interpellation Erich Hess (SVP) - übernommen durch Janosch Weyermann (SVP): Kostentransparenz zu den Integrationskursen an Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene

Präsidentin: Das nächste Traktandum ist eine Interpellation. Ist die Diskussion gewünscht? Sie ist nicht gewünscht. Möchtet ihr ein Votum halten? -Gut. – Der Zufriedenheitsgrad ist zufrieden. Gut. – Wie lange ist das Votum der Einreichenden? Weniger als 4 Minuten? Okay, okay, dann machen wir Pause und wir sehen uns um 20.30 Uhr wieder. Vielen herzlichen Dank für die Debatte.

Schluss der Sitzung: 18.56 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin	für das Protokoll
02.07.2024	22.07.2024
X	X
Signiert von: VALENTINA ACHERMANN	Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Muriel Graf	Szabolcs Mihalyi
Janina Aeberhard	Lukas Gutzwiller	Tanja Miljanovic
Timur Akçasayar	Bernadette Häfliger	Niklaus Mürner
Debora Alder-Gasser	Bernhard Hess	Dominic Nellen
Lena Allenspach	Thomas Hofstetter	Barbara Nyffeler
Ruth Altmann	Matthias Humbel	Mehmet Özdemir
Emanuel Amrein	Seraphine Iseli	Florence Pärli Schmid
Ursina Anderegg	Ueli Jaisli	Halua Pinto de Magalhães
Oliver Berger	Bettina Jans-Troxler	Simone Richner
Tom Berger	Anna Jegher	Claudio Righetti
Natalie Bertsch	Raffael Joggi	Mirjam Roder
Lea Bill	Nora Joos	Michael Ruefer
Laura Binz	Barbara Keller	Mahir Sancar
Gabriela Blatter	Ingrid Kissling-Näf	Judith Schenk
David Böhner	Fuat Köçer	Nicole Silvestri
Francesca Chukwunyere	Nora Krummen	Chandru Somasundaram
Milena Daphinoff	Anna Leissing	Ursula Stöckli
Sibyl Eigenmann	Corina Liebi	Irina Straubhaar
Nik Eugster	Maurice Lindgren	Bettina Stüssi
Alexander Feuz	Simone Machado	Michael Sutter
Jelena Filipovic	Denise Mäder	Johannes Wartenweiler
Sofia Fisch	Salome Mathys	Lukas Wegmüller
Katharina Gallizzi	Esther Meier	Janosch Weyermann
Franziska Geiser	Daniel Michel	Marcel Wüthrich
Thomas Glauser	Matteo Micieli	Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Mirjam Arn	Lionel Gaudy	Sarah Rubin
Michael Burkard		

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Franziska Teuscher BSS
Reto Nause SUE		

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Leiterin Ratssekretariat
Mago Flück, Ratsweibel
Cornelia Stücker, Sekretariat

2019.SR.000020

8 Interfraktionelle Motion AL/GaP/PdA, GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP, GLP/JGLP (Angela Falk, AL/Rahel Ruch, GB/Lena Sorg, SP/Michael Burkard, GFL/Peter Ammann, GLP): Die Stadt Bern soll Verantwortung im Bereich der medizinischen Grundversorgung von Sans-Papiers übernehmen: Für ein Pilot-Projekt nach Genfer Vorbild; Begründungsbericht

Präsidentin: Herzlich willkommen zurück. Wir fahren hier gerade fort mit Traktandum 8. Eine interfraktionelle Motion zum Bereich Gesundheitsversorgung von Sans-Papiers. Ich erteile den Einreichenden das Wort, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Ich hoffen ihr habt gut gegessen und seid bereit für die nächste Runde. Mindestens die, die hier sind oder hereinkommen. Ich fange gleich an. Also vor über 5 Jahren haben wir die interfraktionelle Motion eingereicht, die sich für das wichtige Anliegen von einer besseren Gesundheitsversorgung für alle einsetzt, insbesondere für Sans-Papiers. Jetzt endlich können wir über den Prüfungsbericht des Gemeinderates diskutieren, der auch schon vor 2 Jahren geschrieben worden ist. Die Situation hat sich in diesen letzten 5 Jahren nicht verbessert. Prekär beschäftigte Sans-Papiers haben grosse Schwierigkeiten, zu einer guten Gesundheitsversorgung zu kommen, dürfen nicht krank werden und keine Unfälle haben, sonst wird es sofort existenziell. Ein Armutszeugnis für ein solch reiches Land wie die Schweiz. Zum Glück gibt es das Projekt wie die Gesundheitsversorgung für Sans-Papiers (GVSP) des schweizerischen roten Kreuzes mit extrem wenig finanziellen Ressourcen – konkret 140 Stellenprozent für die Beratung und 10 Stellenprozent für eine Ärztin – und ganz viel freiwilliger Arbeit werden dort grosse Leistungen erbracht. Jährlich werden hunderte von Patienten und Patientinnen betreut und 1000 Konsultationen durchgeführt, dank medizinischem Personal, das freiwillig ihr Fachwissen zur Verfügung stellt. Und trotzdem bleibt es einen Tropfen auf dem heissen Stein. Das Budget vom GVSP trägt eine halbe Million Franken, massgeblich finanziert von der Stiftung Lindenhof Bern. Die Geldquelle versiegt, aber voraussichtlich Ende 2026. Wie es dann weitergeht, ist höchst ungewiss. Wir haben vor 5 Jahren ein Pilotprojekt gefordert, so wie es die Stadt Zürich mittlerweile umgesetzt hat respektive sie haben auch ein Pilotprojekt gestartet, ein 3-dreijähriges. Noch weiter ist der Kanton Genf. Dort gibt es schon seit 1997 eine staatliche, spitalexterne, medizinisch, soziale Anlaufstelle. Auch in den Kantonen Waadt, Neuenburg und Freiburg werden ähnliche Angebote durch öffentliche Gelder mitfinanziert. Es ist also höchste Zeit, dass wir in Bern in diesem Bereich vorwärts machen. Die Fraktion AL/PdA ist enttäuscht, dass der Gemeinderat es aus finanziellen Gründen ablehnt, ein solches Pilotprojekt zu starten, und wir wollen weiterhin an dieser Forderung festhalten. Wir erachten es, als positiv, dass der Gemeinderat den Handlungsbedarf anerkennt und das in der Rahmenstrategie nachhaltige Entwicklung angehen will. Allerdings bemängeln wir, dass der Bericht des Gemeinderates auch schon wieder über 2 Jahre alt ist und wir noch keine Massnahmen mitbekommen haben, wie er das Problem angehen will. Die Ideen im Bericht sind gut, es ist aber Zeit, dass sie jetzt auch umgesetzt werden. Wir hoffen, im Anschluss an die Debatte von der zuständigen Gemeinderätin konkrete Schritte und Termine zu hören. Aus Sicht des roten Kreuzes, also des GVSP, könnte sich die Stadt neben einem finanziellen Engagement dafür einsetzen und auch viel erreichen, wenn die Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Spital in der

Stadt entstehen könnte. Also der Gemeinderat soll sich beim Inselspital oder bei einem anderen Spital einsetzen, damit die GVSP ihre Triage und ihre Erstversorgungsaufgaben besser wahrnehmen und die Patientinnen bei Bedarf niederschwellig überweisen kann. So wie es jetzt eben in Zürich passiert oder in Genf. Danke, dass sie dieser Motion zustimmen.

Präsidentin: Merci, David. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ihr habt das schon in den Medien gelesen. Ich bin erleichtert, dass der Gemeinderat doch festgestellt hat, dass man die finanziellen Mittel nicht hat, für das zu machen. Wichtig ist auch für uns, dass die Leute die Betreuung haben, aber man hat ja jetzt eine Lösung, dass der rote Kreuz bezahlt und denkt daran, das ist der entscheidende Punkt. Wenn die Stadt Bern, das macht, ist es eine weitere Sogwirkung, dass man nach Bern kommt. Wenn ihr in Laupen, Walterswil, Zug, die Leistungen nicht habt und in Bern habt ihr sie – ihr habt ja jetzt schon wieder die anderen Vorstösse, die man gegen unseren Willen überwiesen hat –, macht ihr einen Riesensog. Ich möchte einfach ein bisschen an euch appellieren und auch an die Vertreter der SP. Was haben wir bei der Finanzkommission (FIKO) gesagt? Was haben wir gesagt bei den ganzen Sachen? Man muss sparen, man muss die Ausgaben im Griff haben und jetzt sind wir wieder drauf und dran, einfach das Kind mit dem Badewasser auszuschütten. Wir müssen das bezahlen und der Kanton wird uns dafür kein Geld geben. Wir können darüber diskutieren, ihr könnt es ja versuchen auf eidgenössischer Ebene oder auf kantonaler Ebene, da werdet ihr nicht durchkommen. Der Schweizer hat teilweise die Leistungen nicht. Man diskutiert in gewissen Fällen darüber, dass Leute, die die Krankenkassenprämien nicht zahlen, nachher nur noch gewisse Behandlungen haben sollen. Hier sieht es wiederum anders aus. Das ist eigentlich wieder einmal mehr eine rechtsungleiche Behandlung. Ich bin jetzt gespannt, wie die Diskussion weitergeht, aber das sind für mich ganz wichtige Punkte. Denkt daran die Sogwirkung, die ihr habt, in der Stadt Bern, nachher die finanziellen Konsequenzen und was ist denn die Konsequenz für die Bürger? Ihr seht jetzt das Risiko der Zweiklassenmedizin, ist denn der Schweizer Bürger nachher noch hintendran? Darum seht ihr, wieso wir unsere Bedenken angebracht haben. Merci.

Präsidentin: Danke, Alex. Als nächstes kommt Anna Jegher von der GB/JA!-Fraktion.

Anna Jegher (JA!) für die Fraktion: Alle Menschen haben ein Anrecht auf eine gute medizinische Versorgung. Wie wir schon letzte Woche gehört haben, gibt es aber auch in der Stadt Bern Menschen, die keinen oder nicht genügend Zugang zu medizinischer Versorgung haben, sei es zum Beispiel, weil sie keine Krankenversicherung haben oder weil die medizinischen Kosten schlicht nicht zahlbar sind. Sans-Papiers betrifft das besonders stark. Ein Grossteil der Sans-Papiers ist nicht krankenversichert, weil sich viele die Krankenkassenprämien nicht leisten können und zudem häufig die Angst besteht, aufgedeckt zu werden. Dadurch wird der Zugang zu medizinischer Versorgung stark eingeschränkt. Laut der Beratungsstelle für Sans-Papiers, leben zudem viele Sans-Papiers unter dem Existenzminimum. Diese Umstände führen dazu, dass sich viele erst dann in medizinische Behandlung begeben, wenn der Leidensdruck so hoch ist, dass es nicht mehr anders geht, was schliesslich schwere gesundheitsschädliche Folgen haben kann. In Bern sind deshalb viele Sans-Papiers auf die Gesundheitsversorgung

angewiesen, die vom SRK angeboten wird. Das Angebot ist zwar sehr wichtig, aber auch damit kann nicht alles abgedeckt werden. Gerade im Bereich Zahnmedizin und psychologische Versorgung fehlt es beispielsweise an Angeboten. Sowohl das SRK als auch die Beratungsstelle für Sans-Papiers haben deshalb beide, in einem kürzlich im Bund erschienen Artikel betont, dass zusätzliche Angebote nötig sind. Im Begründungsbericht zu dieser Motion sieht auch der Gemeinderat ein, dass die medizinische Versorgung der Sans-Papiers ungenügend ist. Trotz eines sehr ausführlichen Berichts, was die Stadt Bern alles machen könnte, wie wichtig eine gute Gesundheitsversorgung ist und wie sich das Genfer und das Zürcher Modell umsetzen lassen könnten, kommt der Gemeinderat zum Schluss, er werde nichts von all dem machen, weil er aufgrund des engen finanziellen Spielraums beschlossen hat, in den nächsten Jahren keine neuen Aufgaben zu übernehmen. Ist das euer Ernst? Eine gute Gesundheitsversorgung für alle zu gewährleisten ist ganz klar eine Kernaufgabe der öffentlichen Hand. Verschiedene Expert*innen sagen, dass Handlungsbedarf besteht, dass Stadt und Kanton mehr Verantwortung übernehmen müssen und dass die gegenwärtige Ausgangslage für Sans-Papiers ein grosses Problem darstellt. Und ihr findet ernsthaft, man könne keine neuen Aufgaben übernehmen? Was ist denn das Bitte für eine visionslose, rückwärtsgewandte und menschenfeindliche Art Politik zu machen? Die Jahresrechnung 2023 ist zwar wie schon 2021 und 2022 schon wieder positiv ausgefallen, aber anscheinend betreibt man lieber weiter Sparpolitik auf dem Rücken von marginalisierten Menschen, anstatt sich tatsächlich um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu kümmern. Das Ausmass dieser bürgerlichen Sparpolitik, die ihr hier betreibt, ist absurd und für eine anscheinend linke Stadt nur noch skandalös. Ich hoffe fest, dass ihr bei der Prüfung des Postulats für ein mobiles Gesundheitszentrum, das letzte Woche überwiesen wurde, diesen Vorstoss hier noch einmal aufnehmt und endlich umsetzt, damit alle Menschen in der Stadt Bern Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten.

Präsidentin: Danke, Anna. Das Wort hat Halua Pinto für die SP-JUSO-Fraktion.

Halua Pinto de Magalhães (SP) für die Fraktion: Noch immer ist in der institutionellen Politik der territoriale Nationalstaat der zentrale Referenzpunkt für das Aushandeln unserer Grundwerte und die Artikulation von entsprechenden Massnahmen zu dieser Umsetzung. Allerdings erleben viele Mitwohnenden dieser Stadt die Fortführung dieser geografischen, territorialen Grenzen als sehr konkrete und bedrohliche Hürde in ihrem Alltag, was sie an ihrer freien Gestaltung des Lebens hindert. Für viele von uns selbstverständliche Sachen, wie eine Konsultation bei einer Ärztin, werden für die Menschen mit einem unsicheren oder fehlenden Aufenthaltstitel zu einer grossen Herausforderung. Dem Ausschluss vom Zugang zu universellen Menschenrechten steht absurderweise eine fragwürdige, ökonomische Inklusion gegenüber, weil diese Menschen in arbeitsintensiven und prekären Arbeitsverhältnissen anscheinend willkommen sind. Das Recht auf soziale Sicherheit wird einer ökonomischen Logik untergeordnet, die die solidarische Umverteilung durch den Sozialstaat möglichst geringhalten will. Das führt die Menschen noch zu weiteren Abhängigkeiten und prekären Verhältnisse, die den Zugang zu weiteren Grundrechten noch weiter erschwert. Auf Bundesebene ist die Sicherstellung einer medizinischen Grundversorgung im Grundsatz zwar für alle möglich, doch der Zugang zu einer Krankenkasse ist in der Praxis unverhältnismässig schwierig. Die Stadt ist als Gemeinde sehr nah an den betroffenen Personen und steht so mit dem lokalen Solidarsystem besonders in der Pflicht. Im Bericht zur Motion bestätigt der Gemeinderat die Position und legt ausführlich dar, weshalb es notwendig ist, dass die

Stadt aktiv wird. Die bereits bestehenden karitativen Angebote der SRK finanzieren sich über Spenden und Stiftungen und stützen sich im grossen Mass auf ehrenamtliches Engagement. Doch damit ist die medizinische Grundversorgung weder genügend noch in sämtlichen Bereichen abgedeckt. Die längerfristigen Finanzierungsszenarien sind zum aktuellen Zeitpunkt sehr ungewiss und werden zum Beispiel das SRK vor gewichtige Herausforderungen stellen. Darum werden die Angebote von Zürich und Genf für Sans-Papiers durch die öffentliche Hand finanziert. Neben einer finanziellen Unterstützung bringt ein verstärktes Engagement der Stadt noch vielmehr zum Zugang der Gesundheitsversorgung von Sans-Papiers, denn durch eine engere Zusammenarbeit des SRK und weitere Leistungserbringenden im Bereich der Gesundheit und Sozialem können Ressourcen effizienter genutzt und eine verbesserte medizinische Grundversorgung gewährleistet werden. So kann beispielsweise eine Zusammenarbeit mit einem öffentlichen Spital in der Stadt Bern eine ressourceneffiziente Kooperationsmöglichkeit darstellen. Sowohl der Gemeinderat als auch das SRK attestieren, dass ein klarer Bedarf besteht, bestehende Angebote weiterzuführen und auszuweiten, um die steigende Nachfrage besser abzudecken. Die Stadt Bern prüft aktuell bereits, wie bestehende Angebote für die vulnerablen Personengruppen ausgebaut werden könnten. Und genau da sollten auch die Sans-Papiers in diese Überlegungen einbezogen werden. Als solidarische Stadt, die sich kürzlich zum sicheren Hafen ausgerufen hat, müssen solche Angebote grosse Priorität haben. Die SP-JUSO-Fraktion ist der Überzeugung, dass die Stadt Bern diese Aufgabe unbedingt übernehmen muss, und wir werden uns die Überlegung machen, für die Realisierung weiterführende parlamentarische Möglichkeiten zu prüfen.

Präsidentin: Merci, Halua. Gibt es Einzelvoten? Dann hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ja, wir haben das Thema schon vor 14 Tagen miteinander diskutiert, wie die Gesundheitsversorgung für vulnerable Personen in der Stadt Bern aussehen soll. Und auch hier sage ich noch einmal, die Pandemie und die Ukraine-Krise haben eigentlich alle Betroffenen auch in der Stadt Bern die Augen geöffnet, dass halt wirklich die Schicht von Leuten, die nicht eine gute Gesundheitsversorgung haben, dass die gross ist und dass das nicht nur Sans-Papiers sind oder Obdachlose oder Sexarbeiterinnen, sondern Alexander Feuz, das können auch durchaus deine Schweizerinnen und Schweizer sein, die einfach über wenig Einkommen verfügen, vielleicht Obdachlose. Also hier machen wir nicht eine Spezialbehandlung für irgendjemanden, wie von dir unterstellt wird. Die Fraktionssprecher oder die, die alle darauf hingewiesen haben, dass Genf und Zürich das schon machen: Da muss man hier trotzdem einwenden, dass die Kompetenzen in Zürich anders sind als in Bern. In Zürich gibt es Stadtspitäler. Sie haben in dem Sinn mehr Handlungsspielraum im Gesundheitsbereich, im Spitalbereich etwas zu machen. Und Genf, Waadt, Freiburg, das sind alles Kantone, die dort etwas machen. Und ich wäre die erste, die findet, der Kanton Bern sollte sich überlegen, wie er die Gesundheitsversorgung für alle zugänglich machen kann, denn es ist wirklich einfach in dem Sinn eine Aufgabe des Kantons, dessen müssen wir uns, glaube ich, bewusst sein. Aber nichtsdestotrotz schliesst der Gemeinderat nicht die Augen vor diesem Problem. Wir haben es letzte Woche oder vor 14 Tagen ausgeführt, dass eben wir die Versorgungslücke jetzt mit dem Postulat von Seraina Patzen noch genau anschauen wollen, dass wir nachher wissen, wenn wir müssen als Stadt investieren. Wenn wir sagen, wir wollen die Gesundheitsversorgung für alle

verbessern, dann wird es halt etwas kosten, aber wir wollen nachher gezielt vorgehen können. Die Gesundheitsversorgung für alle Personen ist auch ein Teil der Rahmenstrategie nachhaltige Entwicklung, die der Gemeinderat jetzt dann noch in diesem Jahr abschliessen wird und dort drin ist das sicher auch eine Massnahme. Es ist gesagt worden, der Bericht des Gemeinderates ist schon 2 Jahre alt und ich kann ihnen sagen, der Gemeinderat ist in diesen 2 Jahren nicht einfach stehen geblieben und hat nichts gemacht. Wir haben verschiedene Gespräche geführt mit Spitälern und dort möchte ich dann trotzdem einwenden, wenn man jetzt sagt, der Lindenhof und die Stiftung zahlen das. Ja, das bezahlt die Lindenhof-Stiftung. Der Lindenhof ist ein Privatspital und darum finde ich, auch ein Privatspital kann sich hier investieren und etwas für die Gesundheitsversorgung der Allgemeinheit in dieser Stadt Bern zahlen. Darum habe ich eigentlich nicht ein schlechtes Gewissen, wenn das die Lindenhofstiftung macht. Aber wichtig ist, dass man mit der Lindenhofstiftung sowie anderen Partnerinnen und Partnern wie miteinander festlegen kann, dass das Angebot nicht 2026 verschwindet. Sondern, dass ab 2026 das vielleicht weiterhin vom Lindenhof geführt wird, vielleicht von anderen Gremien vielleicht von mehreren zusammen. Das ist das minimale Ziel, das muss sein, sodass 2026 sicher das Angebot nicht einfach nicht mehr da sein wird. Wir haben aber auch diesen Spitälern und in diesen Gesprächen, die wir ausgeführt haben, die Situation geschildert. Da muss man einfach im Moment gerade sagen, viele Spitäler – und ihr lest ja alle die Medien – und auch die Insel sind finanziell sehr gefordert. Ihre Begeisterung neue Angebote zu machen, die nicht irgendwie gedeckt sind, ist natürlich ein bisschen zurückhaltend, aber nichtsdestotrotz wir werden da weiter sein. Wir haben auch im Rahmen des runden Tisches Armut, wie ich euch schon ein paarmal gesagt habe, das Thema Gesundheit natürlich auch immer auf dem Radar. Vonseiten der Stadt haben wir im Moment sehr beschränkte Mittel, mit denen wir etwas machen können in der Gesundheitsversorgung. Bei der Zahnmedizin haben wir schon ausgebaut, dass wir eben die Zahngesundheit den Menschen mit keinem Einkommen oder kleinen Einkommen wirklich zugänglich machen. Das ist Schulzahnmedizinische Dienst (SZMD) hat hier in den 2 letzten Jahren grosse Schritte in diese Richtung gemacht. Für die Bewohner*innen der Stadt Bern können wir auch über einen Fonds Mittel zur Verfügung stellen, wenn sie eine Zahnbehandlung brauchen. Es wird, leider muss ich sagen, rege nachgefragt, weil die Zahnkosten gross sind. Der Gemeinderat hat auch das Stadtarztamt, das habe ich, glaube ich, letztes Mal auch ausgeführt, in seiner Finanzplanung drin. Also wir haben es letzte Jahr rein genommen für ab 2025 einen Kredit zu haben im Budget für ein Stadtarztamt. Wie ich ihnen jetzt einmal ausgeführt habe, in diesem Zusammenhang überlegen wir uns, ob wir uns eher mobil oder eher fix mit einem Stadtarzt oder einer Stadtärztin entscheiden wollen. Ich hoffe natürlich, dass der Stadtrat diesen Kredit unterstützen und aufnehmen wird, denn es wurde schon gesagt, dass der Gemeinderat sich entschieden hat, keine neuen Aufgaben aufzunehmen und zu führen. Man kann das kritisieren. Ich kann das nachvollziehen. Es ist eine politische Frage, ob wir das wollen, und das letzte Wort hat im Budget der Stadtrat oder dann auch die Stimmbevölkerung und wenn man das dort hineinnehmen will, ist es letztlich eben ein politischer Entscheid, auch vom Stadtrat.

Präsidentin: Merci, Franziska. Wir nehmen ohne Abstimmung Kenntnis des Prüfungsberichtes und sind bei Traktandum 9, welches zurückgezogen ist. Darum kommen wir gerade direkt zu Traktandum 10.

2023.SR.000027

10 Interfraktionelle Motion AL/PdA, SP/JUSO, GB/JA! (David Böhner, AL/Barbara Keller, SP/Anna Leissing, GB/Mahir Sancar, JA!/Nicole Bieri, JUSO): Keine Unterbringung von Geflüchteten in unterirdischen Bunkern. Die Stadt Bern soll sich für oberirdische Alternativen zum Rückkehrzentrum in Bern Brünnen einsetzen.

Präsidentin: Das ist eine interfraktionelle Motion. Es geht um die Unterbringung von Geflüchteten in unterirdischen Bunkern. Die Motion ist bestritten und deshalb erteile ich das Wort den Einreichenden. Für die Einreichenden David Böhner.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Ich versuche es kurz zu halten, vor allem aus dem Grund, dass es eine Blackbox ist, dass der unterirdische Bunker ist, in dem abgewiesene Asylbewerber in Brünnen wohnen müssen. Ich habe vor einer Woche dem Kanton geschrieben. Ich wollte wissen, ob es dann wirklich so ist, dass die Leute, die dort untergebracht werden, nur wenige Wochen – wie es uns vor 2 Jahren gesagt worden ist, als es eröffnet worden ist – sich dort aufhalten. Ich wollte wissen, wie die Belegung ist. Ich wollte wissen, wie es jetzt aussieht mit der Tagesstruktur und den Möglichkeiten des oberirdischen Aufenthalts, ob das immer noch im Tscharnergut ist, zweieinhalb Kilometer weiter weg. Das wurde ja damals eingerichtet, nachdem die Stadt interveniert hat, da es am Anfang gar nichts gehabt hat. Ich habe leider keine Antwort vom Kanton erhalten. Ich habe nachher noch mit dem Seelsorger Kontakt aufgenommen. Er hat gesagt, er könne leider keine Auskunft geben, er sei eine Vertrauensperson und könne nichts sagen. Vielleicht weiss die Gemeinderätin mehr dazu. Auf jeden Fall gibt es die unterirdische Unterkunft, bei der die Stadt sagt, wir wollen das nicht. Es gibt mittlerweile 3 davon in der Stadt. Wir haben das Tiefenau, wo jetzt Asylbewerberinnen und -bewerber zum Glück unterkommen können, ab Herbst hoffentlich. Die Forderung bleibt gleich. Es soll keine unterirdischen Unterbringungen mehr geben, und allerspätestens finden wir, die Fraktion AL/PdA, dass im Moment in dem das Tiefenau aufgeht, müssen diese aufhoben sein. Lieber schon vorher. Merci.

Präsidentin: Merci, David. Gibt es Fraktionserklärungen? Anna Leissing für die GB/JA!-Fraktion.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion anerkennt die Herausforderungen in der Migrations- und Asylpolitik. Vielfache Krisen wie Krieg, Gewalt, Hunger und die Klimakrise sind für immer mehr Menschen absolut existenzbedrohend. Deshalb entscheiden sich immer mehr Menschen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und den gefährlichen Weg nach Europa auf sich zu nehmen in der Suche nach Schutz, Sicherheit und einer Perspektive. Die GB/JA!-Fraktion anerkennt ebenfalls die grossen Bemühungen der Stadt, geflüchteten Menschen den Schutz und die Sicherheit zu bieten. Uns ist bewusst, dass es gegenüber der eiskalten Politik des bürgerlichen Kantons und dem Bund schwierig ist, minimale Verbesserungen zu erreichen und wir möchten dem Gemeinderat und der Verwaltung für ihr unermüdliches Engagement in dieser Sache danken. Wir kommen trotzdem nicht darum herum, angesichts der prekären Situation in den unterirdischen Bunkern ein paar kritische und eindringliche Worte zu verlieren. Zu Punkt 1: Die Bedingungen, die der Gemeinderat mit Blick auf den Bunker in Bern-Brünnen formuliert hat, scheinen uns sinnvoll. Leider wissen wir nicht, wie auch

David Böhner vorhin gesagt hat, ob die Bedingungen tatsächlich eingehalten werden. Es ist uns ausserdem ein grosses Anliegen, hier festzuhalten, dass die unterirdische Unterbringung nicht nur für Frauen, Kinder und gebrechliche Personen nicht tragbar ist. Das wirkt so, als bräuchten die Männer kein Tageslicht, als hätten die Männer kein Bedürfnis nach Privatsphäre. Für uns bleibt es unterirdisch und das ist einfach unwürdig, auch für Männer. Zu Punkt 2: Wir stören uns daran, wie der Gemeinderat hier das kantonale Beschaffungsrecht vorschiebt und überhaupt nicht darauf eingeht, warum, dass profitorientierte Unternehmen im Asylbereich problematisch sind. Wir reden hier von der Unterbringung und der Betreuung von Menschen, die vor Krieg, Gewalt, Hunger und Verzweiflung geflohen sind. Menschen, die auf dem Weg sehr häufig schreckliches, ja traumatisches Erleben müssen, Menschen, die all ihre Hoffnungen auf ein Land, auf eine Stadt setzen, um hier endlich Zuflucht und Sicherheit zu finden. Menschen, die hier aber auf ein System treffen, das sie so schnell wie möglich wieder los werden will. Ein System, das ihre komplexen Geschichten in 24 Stunden abhandeln will, ein System, das sie unter Generalverdacht von Gewalt und Kriminalität stellt. Ein System, das sie in unterirdische Bunker am Ende der Welt verfrachtet. Die Situation dieser Menschen erfordert im Mindesten eine Unterbringung und eine Betreuung durch Institutionen, bei denen das Personal gute Arbeitsbedingungen hat, bei denen das Personal gut ausgebildet ist, bei denen sie sich Zeit nehmen können, mit dem Ziel, den geflüchteten Menschen Schutz und Sicherheit und ein Leben in Würde zu ermöglichen und nicht um damit Profit zu machen. Betreuung und Profitmaximierung, das sind einfach 2 widersprüchliche Logiken, die nicht nur im Asylwesen nicht aufgehen. Das gilt allgemein für den Bereich der Betreuung von Kindern, Jugendlichen, älteren Menschen, für die Pflege oder für die Bildung. Das sind Tätigkeiten, die nicht einer Marktlogik untergeordnet werden dürfen, weil sie dann ihren eigentlichen Zweck verfehlen. Das ist aus Sicht der GB/JA!-Fraktion deshalb nicht verständlich, dass sich der Gemeinderat in dieser Hinsicht so passiv und bürokratisch in seiner Antwort gibt und mit keinem Wort auf diese Problematik eingehen will. Wir werden darum auch Punkt 2 als Motion überweisen. Und zu Punkt 3: Wir sind wirklich froh, dass sich in der Zwischenzeit mit dem Tiefenauspital ein Hoffnungsschimmer abzeichnet. Das wird hoffentlich ein bisschen Entspannung bringen und für die Menschen, die hier bei uns Schutz und Sicherheit suchen, eine enorme Verbesserung gegenüber der jetzigen Situation. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Anna. Dann kommt Thomas Glauser für die SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Wenn man zurückschaut, was in den letzten 50 Jahren passiert ist, Krieg etc., auf der ganzen Welt. Wenn man sich aber auch überlegt, warum es unterirdische Unterkünfte gibt, ist ganz klar, dass wir vor allem die Zivilschutzanlagen – wir haben über 500 im Kanton Bern, fast jede Gemeinde hat eine – einmal zu unserer Sicherheit gebaut haben. Wenn es eben mal Krieg gibt, vor allem nuklearen Krieg, wenn die Luft verschmutzt ist. Da ist man dann froh, wenn man unterirdisch in den Boden schlafen kann, da ist man dann froh, wenn man der Chemie nicht ausgesetzt ist und diese Sicherheit haben wir in der Schweiz gewährleistet. Ich habe etwa 500 Nächte in einer unterirdischen Unterkunft gemacht, freiwillig, nicht freiwillig für die Sicherheit in dem Land und muss ganz klar sagen, ich habe dort gut leben können. Eine unterirdische Unterkunft ist vielleicht hart, aber keine Unterkunft ist dann wahrscheinlich härter. Und wir von der SVP, wir sind ganz klar der Meinung, dass das sicher nicht in jedem Fall tragbar ist. Es gibt kleinere, es gibt grössere, man muss halt die Unterkünfte auch warten. Man muss schauen, dass die Leute dort auch Platz haben

und dass sie sich angenehm fühlen. Aber es ist für uns ganz klar, dass man dort für eine gewisse Zeit leben kann. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Thomas. Dann für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion, Salome Mathys.

Salome Mathys (GLP) für die Fraktion: Also ich arbeite ja schon sehr lange im Migrations- und Asylbereich und kann darum glaube ich aus Erfahrung sagen, auch in der Ukraine-Krise, die Stadt Bern, die Direktion von Franziska Teuscher sowie auch der Kanton haben eigentlich immer tagtäglich ihr Bestes gegeben, um oberirdische Unterkünfte zu finden. Aber wie es der Gemeinderat schon sagt, es ist schlichtweg nicht so einfach und es gibt einfach nichts zum Teil. Und dann, wie es Thomas Glauser sagt, ja lieber unterirdisch als gar kein Bett oder Zeltlager und an dem Punkt ist man, glaube ich, im Jahr 2022 mehr als einmal im April gewesen, dass man eben nicht immer gerade etwas fand, wo oberirdisch geeignet war. Wir nehmen trotzdem den Punkt 1 an, weil wir nicht möchten, dass es nachher heisst, die GLP/JGLP/EVP-Fraktion sei noch für unterirdische Unterbringungen. Aber eigentlich ist es völlig die falsche Ebene hier darüber zu diskutieren, weil es ein kantonales Gesetz ist oder sogar Bundesgesetz das Ganze. Dann der Punkt 2 den lehnen wir ab, weil es ist eigentlich überheblich zu denken, dass private, gewinnorientierte Organisationen weniger gut organisiert wären als andere Organisationen. Es läuft nicht immer alles optimal im Asylbereich, bei niemandem. Gerade die Ukraine-Krise oder der Krieg ist eigentlich das beste Beispiel. Ein paar Wochen vorher hat man noch darüber diskutiert über die Minderauslastung in den Asylzentren. Von einem Tag auf andere ist aus der Minderauslastung eine völlige Überbelastung geworden und darum kann man dem gar nie eigentlich im Voraus schon gerecht werden. Zudem gibt es ja bekannterweise jeweils Softwareprobleme, die nachher zu Problemen führen bei den Unterstützungsleistungen für die Asylsuchenden. Das ist auch unabhängig von der Organisation der Fall. Dann Punkt 3: Der erste Teil wäre eigentlich klar wie bei Punkt 1, aber wie bereits gesagt, jetzt mit der zweiten Forderung des Punkts 3 sind wir nicht einverstanden, weil die Forderung nicht zielführend ist. Rückkehrpflichtige unterzubringen mit vorläufig aufgenommenen Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen wäre eigentlich nicht das, was man will, denn mit den Rückkehrpflichtigen gibt es bekannterweise mehr Sicherheitsprobleme. Nicht mit allen, aber mit einem Teil davon, und die mit Familien und vulnerablen Personen unterzubringen wäre sicher nicht das Ideale, wo man sich wünscht. Nur so als Nebenbemerkung: Die gleichen Kreise, die jetzt, glaube ich, fordern, dass wir sie im Viererfeld unterbringen, sind die gleichen, die gesagt haben, dass die Viererfeld-Container menschenunwürdig seien, und das sei kein Unterbringungszustand für Leute. Darum ist es spannend, zu fordern, dass die Leute dort untergebracht werden sollen. Zudem will ich noch sagen, das ist nicht immer so, dass städtische Unterbringungen das einzig gute ist und auf dem Land nirgends Leute integrieren kann. Gerade weil wenn es nur einen Spielplatz hat, werden die Leute vielleicht besser integriert und lernen eher Leute kennen als auf einem unpersönlichen Spielplatz in der Stadt Bern, wo immer andere Familien vor Ort sind. Ja, deshalb Punkt 3 lehnen wir auch ab. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Salome. Dann hat das Wort Barbara Keller von der SP-JUSO-Fraktion.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Das Leben in einem unterirdischen Bunker ist nicht menschenwürdig. Deshalb haben wir in dieser interfraktionellen Motion erstens

gefordert, dass sich der Gemeinderat dafür einsetzt, dass der Kanton auf städtischem Boden keine Menschen in den unterirdischen Bunkern einquartiert. Zweitens dürfen die Betreuungsaufgaben im Asylbereich auf städtischem Boden oder generell im Kanton nicht an gewinnorientierte Unternehmen übertragen werden. Und drittens, dass man dem Kanton oberirdische Räume anbietet, sollte vorhanden sein und sonst auch das Viererfeld öffnen. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, er werde sich beim Kanton bereits dafür einsetzen, dass keine Frauen, Kinder oder gebrechliche Personen unterirdisch untergebracht werden sollen und dass es in diesen Anlagen nur Personen haben soll, deren Rückkehr realistisch sei. Zudem sollen Tagesstrukturen und Sozialkontakte ausserhalb der Anlage ermöglicht werden. Wir müssen ganz ehrlich sagen, dass wir die Antwort des Gemeinderates sehr fraglich finden. Die unterirdische Unterbringung bedeutet vor allem eine Isolation und Entmenschlichung. Man ist andauernd dem Lärm ausgesetzt. Es gibt keine Rückzugsmöglichkeiten, abgestandene Luft ist Alltag und dauernd Kontrolle. Die Menschen kommen an ihre physischen und psychischen Grenzen. Zu diesen Aussagen gibt es zahlreiche Berichte von Betroffenen. Für uns alle ist es unvorstellbar, wie es ist, in so einer Bunkeranlage zu leben. Genau das ist aber für Menschen im Rückkehrzentrum Bern-Brünnen täglich Realität. Jetzt kommt man hier mit dem Argument, dass Frauen und Kinder nicht unterirdisch untergebracht werden sollen. Lieber Gemeinderat, die wenigsten Flüchtenden sind komplett gesund. Bei diesen Menschen handelt es sich teilweise um traumatisierte und erkrankte Personen und auch bei den Männern. Wir haben heute auch wieder den Militärvergleich gehört. Hier möchte ich einfach noch einmal sagen, es ist nicht dasselbe, ob man ein paar Wochen in einem unterirdischen Bunker wohnt oder über längere Zeit und mit der ganzen Familie. Natürlich ist es wichtig, dass es genügend Betreuungspersonal und minimale Tagesstrukturen sowie Sozialkontakte ausserhalb der Anlage gibt. Wir sind hier froh, dass der Gemeinderat daran bleibt. Aber grundsätzlich darf es aus unserer Sicht eigentlich keine unterirdischen Unterbringungen geben. Kommen wir zum zweiten Punkt: Der Gemeinderat bezieht keine Stellung dazu, dass der Betrieb von Asylzentren im Kanton an gewinnorientierte Unternehmen übertragen wird. Er verweist darauf, dass im Verfahren der Ausschreibung alle zugelassen waren. Das ist uns natürlich bewusst. Es ist aber nicht die Antwort auf das, was wir in der Motion in Punkt 2 fordern. Ich lese es sonst noch einmal für alle vor: "Der Gemeinderat wird aufgefordert, die zuständigen kantonalen Behörden aufzufordern, dass Bewachungs- und Betreuungsaufgaben im Asylbereich auf städtischem Boden nicht an gewinnorientierte Unternehmen übertragen werden", also nicht an die ORS, die in der Vergangenheit in zu viele Skandale verwickelt worden ist. Ihr merkt selber, dass die Antwort hier irgendwie nicht auf die Aufforderung passt, oder? Lieber Gemeinderat, wir meinen es ernst. Für uns ist es ein No-Go so eine wichtige, staatliche Aufgabe an ein Unternehmen auszulagern, das nur eines will, Gewinnmaximierung. Wir fordern, dass ihr den Standpunkt gegenüber dem Kanton vertretet und uns nicht mit irgendwelchen Erklärungen von Verfahren abwimmelt. Wir werden darum alle Punkte ebenfalls als Motion annehmen. Kommen wir aber noch zum dritten Punkt: Hier sind wir froh zu lesen, dass die Stadt intensiv daran sei, geeignete Unterbringungslösungen auf städtischem Boden zu suchen. Meine Vorredner*innen haben bereits das Tiefenauspital erwähnt. Darum muss ich hier nicht mehr darauf eingehen, aber ich möchte noch einmal auf das Viererfeld verweisen, das immer noch nicht ausgelastet ist, laut unseren Angaben Es sind dort bereits vorübergehend Asylbewerber*innen untergebracht worden, die nicht aus der Ukraine stammen und das hat dann anscheinend gut funktioniert. Ich wäre sehr froh, der Gemeinderat würde nochmals Stel-

lung nehmen, warum unterirdische Unterbringungen immer noch dem Viererfeld vorgezogen werden, wo es offensichtlich noch Platz gibt. Wie bereits erwähnt die SP-JUSO-Fraktion wird alle 3 Punkte von dieser Motion überweisen und bitten den Gemeinderat wirklich mit Nachdruck an diesem Thema dranzubleiben und etwas für die Verbesserung der Situation von allen Asylsuchenden zu machen. Merci.

Präsidentin: Merci, Barbara. Dann hat Oliver Berger das Wort für die FDP-JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: So das Pult funktioniert wieder. Persönliche Erklärung: Auch ich bin im Asyl- und Sozialbereich tätig, in meiner Beratertätigkeit. Ich habe selber einen regionalen Partner geführt über 2 Jahre. Ich habe mit Salome Mathys zusammengearbeitet, die dazumal im Kanton tätig gewesen ist. Ich war heute Nachmittag mit Asylbewerbern oder Flüchtlingen respektive mit Leuten mit Ausweis B unterwegs gewesen. Darum erlaube ich mir dazu etwas zu sagen. Punkt 1: Wir verstehen das Anliegen, dass Geflüchtete oberirdisch untergebracht werden sollten. Gerade wer traumatische Erlebnisse hatte, sollte nicht untertage untergebracht werden müssen für längere Zeit. Der Unterhalt und der Betrieb von unterirdischen Anlagen ist zudem auch weniger kosteneffizient als eine oberirdische Liegenschaft. Das Asylwesen liegt, wie es der Gemeinderat richtig feststellt, in der Kompetenz von Bund und Kanton. Die Gemeinde ist in dem Sinn Erfüllungsgehilfin. Fakt ist, dass eine oberirdische Anlage vielfach am Widerstand der Standortgemeinde scheitert, weil es eine Zonenänderung braucht oder ein Umnutzungsgesuch und die Anwohner Einsprache dagegen machen. Was klar ist, dass es in jedem Fall oberirdische Aufenthaltsräume braucht. Wir lehnen trotz Verständnis für das Anliegen den Punkt 1 aus formellen Gründen, mangels Zuständigkeit ab. Auch der Punkt 2 lehnen wir ab. Das ist ideologisch gefärbt und es ist nicht objektiv mit Fakten belegt. ORS handelt ebenfalls innerhalb des Leistungsauftrags der AB und fällt gegenüber anderen regionalen Partnern wie das rote Kreuz, Heilsarmee, abgesehen von vielleicht einzelnen Stadtschwierigkeiten grundsätzlich nicht ab. Der Punkt 3 lehnen wir aus praktischen Gründen ab. Es macht nicht Sinn, vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und Menschen mit negativem Asylentscheid, die in einem Rückkehrzentrum sind zu mischen. Das gibt unnötige Spannungen. Die unterschiedlichen Asylstaten müssen auch unterschiedlich untergebracht und behandelt werden. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Danke, Oliver. Da hat das Wort Francesca Chukwunyere von der GFL.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Liebe Leute, ich würde diese Leute aus diesen Bunkern sehr gerne bei mir aufnehmen im Viererfeld. Es ist es einfach sehr schwierig, verschiedene Regimes im selben Camp zu fahren. Das müsst ihr euch einfach mal so vorstellen, dass die einen jeden Tag irgendwohin gelassen werden, die anderen müssen dortbleiben. Die Dritten, die dann zum Beispiel die Abgewiesenen wären, die müssen wir dann noch in einen Sonderbunker irgendwo oder in ein Sonderzelt hinten einen Zaun legen, weil wir gewährleisten müssen, dass sie nicht abhauen. Es wird also für die ausführenden Organe sehr schwierig, nur so etwas ähnliches wie eine Gleichbehandlung von diesen Leuten auch nur annähernd zu gewährleisten. Und das ist der Hauptgrund, warum es so schwierig ist, unter verschiedenen Titel sich hier aufhaltende Menschen am gleichen Ort aufzubewahren, Entschuldigung, manchmal kommt es mir ein bisschen so vor. Darum finde ich es einfach ein bisschen utopisch.

Kommt doch einmal zu uns zum Arbeiten. Ich habe im Moment ganz viele Zivildienstleistende und die sehen, was das dann tagtäglich bedeutet. Ich bin rein ideologisch völlig mit euch einverstanden und es sollten alle gleichbehandelt werden. Daran können wir nur auf Bundes- und Kantonsebene etwas ändern, und hier in der Stadt nicht. Das ist Fakt, und darum finde ich es immer so bemühend, über dieses Thema hier zu reden. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Francesca. Gibt es Einzelvoten? Dann hat Gemeinderätin Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Der Gemeinderat ist mit vielen Votantinnen und Votanten hier drin einig und wir wollen keine Menschen unterirdisch unterbringen. Wir wollen auch junge Männer nicht unterirdisch unterbringen und das ist das Credo, das wir immer bringen und auch uns immer dafür einsetzen. Das ist ganz klar, und über das müssen wir nicht mehr weiter diskutieren. Das Tiefenauspital ist ein bisschen ein Lichtblick jetzt im Bereich Unterbringung von Geflüchteten, weil wir hier wirklich das Zentrum einrichten können. Ein grösseres Zentrum, ein bisschen über längere Zeit, in dem nachher Asylsuchende in der Stadt Bern untergebracht werden können. Gleichzeitig muss man sagen, das Viererfeld wird dann auch bald schon einmal zugehen und von dem her werden natürlich die Anzahl Plätze in der Stadt Bern auch mit dem Tiefenauspital nicht in dem Sinn sehr viel grösser. Wie man sich das vielleicht erhoffen würde, damit wir wirklich die Leute gut unterbringen können.
Wir sind natürlich selbstverständlich auch mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) im Austausch, denn das SEM hat wieder vom Gemeinderat gewünscht, dass man die Mingerstrasse verlängert. Die Mingerstrasse ist auch eine unterirdische Unterkunft. Aber der Gemeinderat hat sich halt anfangs Winter dazu entschieden, da er die Wahl gehabt hat, entweder können wir die Leute in die Mingerstrasse unterbringen oder sonst sind wir nicht sicher, ob gewisse Leute einfach auf der Strasse übernachten müssen. Und das wollten wir mit allen Mitteln verhindern. Mit dem SEM sind wir jetzt im Austausch. Und wir haben dem SEM gesagt: "Die Mingerstrasse steht nicht mehr zur Verfügung." Wir haben es jetzt noch bis im August verlängert und ihr müsst von Seiten des Bundes neue Unterkunftsmöglichkeiten prüfen, beispielsweise ob man auf dem Ziegler-Areal verdichten könnte. Das SEM ist daran zu prüfen, aber ich muss euch auch sagen, dass auch das SEM rechnet, rechnet knallhart und viele Lösungen, die man manchmal diskutiert, da heisst es einfach die sind zu teuer. Also von daher werden wir weiterhin mit dem SEM im Austausch bleiben und wirklich von ihnen auch verlangen, dass sie auch vielleicht weitere Möglichkeiten prüfen als jetzt nur gerade das Ziegler-Areal. Der Gemeinderat macht dem SEM auch immer wieder Vorschläge, die sie doch vielleicht auch auf ihren Arealen noch ein bisschen prüfen könnten, also dort sind wir sicher drin. Ich komme zum zweiten Punkt zur ORS: Die ORS in Brünnen, im Rückkehrzentrum, das ist der Kanton. Und hier ist – das ist ein offenes Geheimnis – die Stadt Bern beim Kanton mehrmals gewesen. Wir haben gesagt, das wollen wir nicht so, aber wir können den Kanton nicht zwingen, etwas zu machen in Brünnen, denn in Brünnen ist es ein Privates, da haben wir keine Handhabe. Das kann der Kanton ohne uns machen. Wir können das einfach zur Kenntnis nehmen und in dieser Situation haben wir – das kann man alles kritisieren, das verstehe ich auch – halt trotzdem gesagt: "Okay, wenn ihr die Leute dort unterbringen wollt, das können wir nicht verhindern", dann wollen wir wenigstens, dass nicht vulnerable Personen dort untergebracht werden. Einfach zur ORS noch und das insbesondere auch die SP-Fraktion, die hier sehr stark kritisiert

hat. Die Bundesasylzentren werden von der ORS betrieben. Es ist wahrscheinlich zielführender – ihr habt jetzt einen SP-Bundesrat, der zuständig ist für die Ausschreibungen für das Bundesasylzentrum –, dass ihr es mit ihm anschaut, dass er die nicht der ORS vergibt, wenn ihr die so ungeeignet findet. Ich glaube, das ist zielführender, als wenn die Stadt Bern jetzt wieder zum Bundesrat gehen soll und sagen soll, auch die ORS wolle man nicht. Wir müssen überall handeln, wenn ihr findet, die ORS gilt nicht. Ich sage die ORS ist ein Anbieter wie jeder andere auch. Der Kanton hat die Vorgaben gemacht, die alle erfüllen müssen und der Kanton kann auch nur denen vergeben, die in dem Sinn die Kriterien erfüllen.
Zur Umnutzung des Tiefenauspitals: Dort möchte ich wirklich auch das betonen, was Francesca vorhin gesagt hat. Auch wenn man im Tiefenauspital noch Platz hätte, um die abgewiesenen Asylsuchenden unterzubringen, es würde einfach schlicht nicht gehen vom Betrieb her und wir wollen doch nicht noch mehr Spannungen machen. Die Leute, die abgewiesen sind, sind schon sehr in einer schwierigen Situation und dann wollen wir sie doch nicht noch gerade an einem Ort, an dem andere Leute sind, die andere Möglichkeit haben. Unser Ziel, das Ziel der Stadt ist, im Rahmen des Tiefenauspitals, im Rahmen des Umbaus des Asylwesens auch durch den Kanton, wird es in der Stadt Bern Liegenschaften geben, die dem Kanton gehören, die frei werden. Und wir haben die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion darauf hingewiesen, dass sie an der Sicherheitsdirektion unmittelbar sagen soll, wenn so eine Liegenschaft frei ist, sodass die Sicherheitsdirektion die Liegenschaft für sich nutzen und nachher in ein Rückkehrzentrum umwandeln kann, das oberirdisch ist. Aber das liegt an diesen 2 Direktionen des Kantons. Es hat Bürgerliche hier drin. Es hat Leute, die auf kantonaler Ebene auch über ihre Regierungsräte gut vernetzt sind, ihre Regierungsrätinnen. Nutzt die Kantone, macht darauf aufmerksam, dass es in der Stadt Bern Liegenschaften gibt, die mittelfristig frei werde und die muss man nachher für den Asylbereich vom Kanton wirklich so weiterhin nutzen.

Präsidentin: Merci, Franziska. Es wurde punktweise Abstimmung verlangt. Nicht von euch, genau, ihr wollt das nicht. Dann stimmen wir über die gesamte Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung Nr. 013

2023.SR.000027: als Richtlinie	
Annahme	
Ja	46
Nein	27
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr nehmt die Motion als Richtlinie an. Und der Begründungsbericht zu Punkt 1 und 3 nehmen wir zur Kenntnis.

2022.SR.000064

11 Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA/Tabea Rai, Al): Schaffen wir das? Solidarität für und mit allen geflüchteten Menschen, und zwar jetzt!

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 11. Es ist eine Motion der AL-PdA. Es geht um Solidarität mit geflüchteten Menschen. Die Motion ist bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort, Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Einreichenden: Im Prinzip steht ja schon alles im Motionstext, aber ich sage jetzt trotzdem noch ein paar Worte dazu, weil es ist schlicht und einfach stossend, wie krass ungleich die Menschen im Schweizer Asylwesen behandelt werden. Wir in Bern müssen deshalb Haltung zeigen und uns dafür einsetzen, dass alle, die in der Schweiz leben, ein gutes Leben führen können, dass es allen, die in der Schweiz leben, gut geht. Halua hat es vorhin schon erwähnt, wir haben uns als Stadt als sicheren Hafen ausgerufen, aber es gibt keinen sicheren Hafen ohne gelebte Solidarität und die Motion, die wir eingereicht haben, verlangt genau das, Solidarität, und zwar mit allen mit denen, die heute 10 Franken pro Tag zur Verfügung haben für Mobilität, Hygiene, Handys und alles, wo man im Leben so braucht. Solidarität mit denen, die in der Schweiz im Widerspruch zur UNO-Kinderrechtskonvention leben müssen. Wir leben heute neben Menschen ohne Rechte, ohne Stimme, ohne Möglichkeit zur Teilhabe. Der Kanton zwingt den Menschen in Bern zudem noch Arbeit auf, ohne nur die kleinste Vergütung. Die Beschäftigungsprogramme, die es auch in Brünnen wie in allen Asylzentren in Bern gibt, sind schlussendlich nichts anderes als Zwangsarbeit, und zwar unbezahlte Zwangsarbeit. Da hilft kein Baum auf der «Pläfe» (Münster-Plattform), und auch nicht sich bei den Weihnachtskarten einzuschränken und das gesparte Geld nachher zu spenden. Wir müssen uns als Stadt solidarisch zeigen und öffentlich klarstellen, wie auch politisch, dass wir jetzt ebenso ein sicherer Hafen sind.
In diesen 8 Punkten fordern wir darum, den Gemeinderat dazu auf, die Solidarität ist die Praxis umzusetzen. Zu zeigen, dass wir nicht einverstanden sind, zu zeigen, dass uns die prekären Lebenssituationen, die die bürgerliche Politik von Kanton und Bund erschafft, ja erzwingt, nicht egal sein. Wir müssen als Gemeinde öffentlich Stellung nehmen zu solchen Themen, denn es betrifft doch einen nicht zu unterschätzenden Teil der Menschen, die in dieser Stadt ihren Lebensmittelpunkt haben. Wir haben in dem Sinn eine Vorbildfunktion für die restliche Schweiz, für die bürgerliche Schweiz. Wir müssen zeigen, dass es anders geht, dass es anders besser geht, dass es nur anders geht, auch im Hinblick auf das Tiefenau dürfen wir das nicht aus den Augen verlieren. Es kommen Menschen ohne Netz, mit wenige sozialen Kontakte und vor allem mit wenig politischem Rückhalt. Und den müssen wir ihnen hier geben, indem wir uns solidarisch zeigen, indem wir uns für ihre Anliegen einsetzen auf allen Ebenen, in der Politik, in der Gesellschaft.
In seiner Antwort schreibt der Gemeinderat, dass es sich mit einer Medienmitteilung solidarisch zeigen will und die Anliegen in den Vorstand von der Städteinitiative Sozialpolitik einbringen will. Das sind sicher schon einmal gute Schritte, eine gute Grundlage. Ich weiss jetzt aber einfach nicht, ob das passiert ist oder ob das noch passieren sollte. Das kann uns ja vielleicht der Gemeinderat noch erklären. Dass sich der Gemeinderat auf kantonaler wie Bundesebene für unsere Anliegen starkmacht, ist natürlich im Sinn der Motion. Vielleicht stärkt eine Motion wie die dem Gemeinderat dann

dabei auch der Rücken, aber das allein reicht halt einfach noch nicht. Die Stadt Bern muss aktiv aufzeigen, dass die Politik von Bund und Kanton nicht alternativlos ist, dass es menschlicher geht. Das ist unsere Funktion. Da ist unsere Funktion, unser Gewicht als Gemeinde und Bundeshauptstadt, unserer Meinung nach, noch nicht erschöpft. Die Idee, diese Anliegen in einem Büro in Wabern oder bei einem Tête-à-Tête mit dem Regierungsrat einzubringen und mit Nachdruck zu erwähnen, reicht noch nicht. Wir müssen als Gemeinde auch öffentlich Druck machen, als sicheren Hafen zeigen, wofür wir einstehen.
Auch zur Ombudsstelle noch schnell ein paar Worte. Auch wenn eine städtisch geführte Ombudsstelle vielleicht nicht die beste Option ist, ist eine Ombudsstelle immer noch besser als keine. Die Kompetenzen sind wahrscheinlich nur gering, aber eine Stelle zu haben, die Fälle aufnimmt, bespricht und sammelt kann viel zu einer besseren Situation der Bewohner*innen in den jeweiligen Unterkünften beitragen und den öffentlichen Diskurs mitgestalten. Wissen ist Macht. Da ihr eh nichts machen müsst, was ihr nicht wollt. Können wir diesen Punkt ja einfach annehmen und nachher zusammen darüber nachdenken, was die Alternativen wären. Das Pilotprojekt, das erwähnt wird, ist es nämlich im Moment nicht. Es ist nur in Basel und Zürich im Bundesasylzentrum (BAZ) und eine Evaluation des Projektes, das im März dieses Jahres erschienen ist, ist zum Schluss gekommen, dass das Angebot ausgebaut werden sollte. Der Bedarf ist also da und das Angebot wird von den Bewohnern geschätzt. Als Vorstandsmitglied vom Solidaritätsnetz in Bern kann ich sagen, wir haben heute nichts erreicht, im Gegenteil. Die Lage spannt sich immer wie mehr an. Die Politik wird immer wieder restriktiver. Auch der SP-Bundesrat biedert sich bei den Bürgerlichen an. Die unmenschliche Abschreckungspolitik verfolgen wir aber schon seit Jahrzehnten und es ist ein bisschen die Frage, mit welchem Resultat. Danke, dass ihr die Motion annehmt.

Präsidentin: Merci, Matteo. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Alex Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP lehnt den Vorstoss klar ab. Wir kommen allenfalls noch mit Einzelsprechern. Ich gehe jetzt einmal die Punkte durch. Ich habe vorhin sehr gut zugehört, was Francesca Chukwunyere gesagt hat. Die Solidarität mit den ukrainischen Flüchtlingen müsse auch für die Flüchtlinge von anderen Regionen der Welt gelten. Wir haben ja hier das Problem, dass wir Leute haben mit unterschiedlichen Status. Wir haben abgewiesene Asylbewerber, wir haben solche mit Schutzstatus F und genau das ist schon rein rechtlich das Problem. Da kann man das so oder so anschauen. Aber die Stadt Bern kann doch nicht eine eigene Flüchtlingspolitik und Asylgesetz machen, und all die Vorschriften und Vorgaben vom Kanton ausser Acht lassen. Das ist schlichtweg nicht durchführbar und nach unserer Meinung auch nicht als Richtlinie. Wir lehnen das ganz klar und bestimmt ab.
Man sieht, man soll sich dafür einsetzen, dass der F-Status verbessert wird. Der F-Status ist nicht etwas, was die Gemeinde Latterbach definiert und die Gemeinde Langnau und die Gemeinde Burgdorf andere Sachen hat. Es ist etwas gesamtschweizerisch. Das ist eine juristische Frage, auch dort falsch. Auch: "Der Gemeinderat muss sich klar und öffentlich gegen eine fremdenfeindliche Stimmungsmache aussprechen, auch und insbesondere, wenn diese aus der Politik kommt." Heisst das jetzt, wenn ich hier rede, dass man mir das Wort abschneiden und sagen soll: "Das ist jetzt fremdenfeindlich oder was auch immer." Ihr seht, ihr habt hier auch die Meinungsäusserungs-

freiheit. Ich glaube, dass müsst ihr mir konzedieren, dass ich noch nie ein Votum gehalten habe – ich bin zumindest der Meinung, sonst würde ich mich entschuldigen –, dass strafrechtlich relevant wäre. Im Sinn eines Verstosses gegen das Antirassismus-Gesetz. Aber wenn man sagt, man lehne einen Vorstoss ab, das muss man machen können. Denkt daran, ihr könnt hier nicht die Meinungsäusserungsfreiheit und die Verfassung der Eidgenossenschaft und des Kantons ausser Acht lassen. Ich habe einfach gesehen... Ihr habt dann genau gesehen, was ist denn schon fremdenfeindlich? Ihr habt ja vorhin gehört, als ich zitiert habe, man müsse die Demokratiestrukturen überwinden. Ihr habt ja gesehen, ich habe aus dem Manifest vorgelesen. Dann müsste man wahrscheinlich sagen, die die das Manifest nicht unterschreiben, die seien eben die falschen Leute, die müssen entsprechend eben aussprechen und man müsse die Leute irgendwie dann aburteilen oder ihnen das Wort entziehen.
Nächste Ziffer: "...dass geflüchtete Menschen am öffentlichen Leben teilnehmen können und nicht, wie das bis anhin praktiziert wird, schon allein durch den Ort, an dem sie leben müssen, marginalisiert werden." Wie gesagt, wir haben hier eidgenössische Vorschriften und die bestimmen genau, was die Leute von den einzelnen Kategorien machen können. Derjenige, der einen C-Ausweis oder einen B-Ausweis hat, hat natürlich viel mehr Freiheiten als ein abgewiesener Asylbewerber oder derjenige, der in Ausschaffungshaft ist. Das sind eidgenössische Vorschriften. Das sind kantonale Vorgaben. Die kann man gar nicht machen. Auch das mit der Nothilfe auf mindestens 12 Franken anzusetzen, wie das der Kanton Basel-Stadt gemacht hat. Ihr habt selber im Antrag geschrieben, dass es der Kanton Basel-Stadt ist. Ich bin der Meinung, dass die Stadt Bern, das sprechen kann, aber der Kanton Bern wird euch dann nicht entschädigen. Das wird der Steuerzahler machen müssen, das ist für mich nicht umsetzbar. "Rückkehrzentren schaffen, die für vulnerable Geflüchtete, Familien und unbegleitete Minderjährige menschenwürdig sind." Man muss immer unterscheiden, jetzt welchen Status sie haben. Sind das Leute, die ausgeschafft werden müssen, die rückgeführt werden müssen und das ist klar, dass die nicht den gleichen Komfort und die gleichen Massnahmen haben, wie Leute, denen das Asylgesuch bewilligt worden ist. Also ein B-Ausweis haben und legal und rechtmässig da sind. Das müsst ihr einfach ganz klar anschauen.
Und auch das mit der unabhängigen Ombudsstelle, ich bin der Meinung, dass es Fachstellen für diese Leute gibt und sie durchaus gute Arbeit leisten. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Und ich weiss, ihr habt auch schon einmal einen Lauf gemacht, bei dem sogar SVP-Leute teilweise auch gespendet haben. Solche Sachen stelle ich gar nicht in Abrede, aber ihr müsst einfach immer klar sehen, ich bin immer ein Gegner von anonymen Beschwerden. Ich finde, wenn ihr das Recht habt, dann muss auch die Person, die angezeigt wird, sei es ein Polizist oder was auch immer, der muss wissen, was ihm vorgeworfen wird. Ich finde die Denunziationen etwas Heikles, da muss man hinstehen. Dann muss man auch hier Leute, die es sehen... Es gibt da auch bei dem Bewerber... Das haben ihr alle gesehen, wie irgendjemand angegriffen wird und er soll ausgeschafft werden, fängt er sicher häufig an zu schreien und sagt: "Ich bin angegriffen worden. Ich bin geplagt worden." Dann kommen alle Leute zusammen und kommen ihm helfen. Und ich bin wirklich der Meinung, wenn ihr das hier alles so lest, und uns ist hier ganz klar, dass man das hier so nicht bewilligen kann. Wir lehnen den Vorstoss in sämtlichen Punkten ab. Wahrscheinlich werden gewisse Leute je nachdem, sagen ich will in den Abend. Die Diskussion will unsere SVP-Fraktion nicht ad libitum verlängern, aber mir geht es einfach darum, dass ihr noch auf das Votum hört. Ich habe mir

die Mühe genommen, Francesca Chukwunyere zuzuhören. Sagt einfach, es gibt wirklich verschiedene Kategorien, die vom Bundesrecht her und von kantonalem Recht vorgegeben sind. Und da kann die Stadt einfach hier gar nicht intervenieren und weitere Kategorien machen oder eben Erleichterungen machen, die das Bundesrecht hier gar nicht vorsieht und die kantonalen Bestimmungen. Seid euch einfach dessen bewusst, ihr könnt das Recht nicht aushebeln. Wenn ihr das wollt, dann könnt ihr den gleichen Vorstoss im nationalen Parlament einreichen, da können wir darüber diskutieren, aber wir hier sind der falsche Ort. Merci.

Präsidentin: Merci, Alex. Als nächstes kommt Sofia Fisch für die SP-JUSO-Fraktion.

Sofia Fisch (JUSO) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion teilt das Anliegen der Motionär*innen. Solidarität für und mit allen geflüchteten Menschen. Dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert werden und nicht die gleichen Rechte zugesprochen bekommen, kann nicht anders als mit rassistischen Motiven erklärt werden. Der Gemeinderat hält fest, dass er seine Verantwortung gegenüber dem Kanton wahrnimmt und gewillt ist, öffentlich seine Solidarität mit allen Flüchtlingen zu bekunden und sich gegen Fremdenfeindlichkeit und für die Teilnahme aller Flüchtlinge am öffentlichen Leben auszusprechen. Wir sehen das als das einzig richtiger an. Bezeichnend ist leider, dass der Gemeinderat genau dort Halt macht, wo der Effort über reine Lippenbekenntnisse hinausgeht. Bei Punkten, bei denen der Gemeinderat tatsächlich einen Handlungsspielraum hat und aktiv etwas verändern kann, empfiehlt er die Ablehnung. Natürlich wäre es in erster Linie Aufgabe von Bund und Kanton, für eine unabhängige Ombudsstelle zu sorgen, wo anonym Beschwerden eingereicht werden können. Im politischen Klima, in dem wir uns im Moment befinden, in einem bürgerlichen Mehrheitsklima im notabene Kanton und Bund, auf Kantons- und Bundesebene, können wir uns aber nicht einfach zurücklehnen und darauf hoffen, dass die anderen, die jetzt halt wirklich zuständig wären, dann doch einmal eine unabhängige Beschwerdestelle schaffen würden. Wir müssen Verantwortung übernehmen.
Das Pilotprojekt externe Meldestelle vom SEM, die vom Gemeinderat ja auch erwähnt wird, ist jetzt noch bis Ende Oktober 2024 am Laufen. Der Pilot, das wurde schon gesagt, wurde nicht in Bern durchgeführt und hat deshalb bis jetzt auch als Massnahme in Bern nicht fungiert. Die Kommunikation zuhanden der Öffentlichkeit zu diesem Projekt wird im Herbst 2024 erfolgen. In der Evaluation wird empfohlen, dass die Meldestelle weitergeführt und auf weitere Standorte ausgeführt..., also ausgeweitet werden soll. Das heisst aber erstens noch lange nicht, dass dieser Empfehlung gefolgt wird. Zweitens ist nicht gesichert, dass eine externe Meldestelle in Bern geschaffen wird und drittens müssen alle geflüchteten die Möglichkeit haben, Beschwerden zu melden. Es reicht nicht, wenn Vorfälle nur in den Bundesasylzentren gemeldet werden können. Alle geflüchteten Menschen müssen Diskriminierungserfahrungen an einer unabhängigen Stelle melden können. Auf dem Stadtgebiet haben wir die Möglichkeit und hier haben wir auch die Verantwortung dafür zu sorgen, dass das so ist. Die Sammlung von Daten ist sinnvoll. Geflüchtete Menschen müssen gehört werden, ihre Diskriminierungserfahrungen, denen muss man zuhören. Die Sammlung von Daten macht es möglich, die Systematik in der Diskriminierung sichtbar zu machen. Die Stadt Bern muss sich dieser Aufgabe annehmen, weil es sonst keine andere staatliche Instanz umfänglich und gesichert macht. Sie muss die gesammelten Daten und die Auswirkungen dieser Diskriminierungserfahrungen ans Licht bringen und Druck auf Bund und Kanton aufzeigen. Im Übrigen ist es leider auch so, dass die Meldestelle des SEM, die es jetzt gibt, keine

Kompetenzen hat. Sie kann auch nur Empfehlungen abgeben. Das kann auch die Stadt Bern tun und aus diesem Grund werden wir als SP-JUSO-Fraktion die Motion annehmen und auch den letzten Punkt selbstverständlich annehmen.

Präsidentin: Merci, Sofia. Als nächstes kommt Oliver Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Reto Nause hat einmal gesagt, der Stadtrat kann alles fordern, nämlich sogar, dass man auf den Mond fliegt. Etwa so kommt mir das hier wieder vor. Also, wir von der Fraktion FDP/JF lehnen diese Motion ab. Die Asylpolitik ist Bundesebene, auch Kantonsebene. Wer also die vermeintlichen Missstände beheben will, wird höflichst gebeten, sich an den Nationalrat oder den Grossen Rat zu wenden oder sich dort hinein wählen zu lassen, dann kann man es nämlich gerade selber vorbringen oder aber mit dem Bundesrat Jans Kontakt aufnehmen. Dann kann man es auch persönlich vorbringen, wenn man etwas dagegen hat. Am Rande sei noch erwähnt, dass es eher stossend oder befremdend ist, dass eine Partei hier im Saal den Gemeinderat zum offensichtlichen Rechtsbruch auffordert oder sollte ich sagen, Rechtsmissbrauch auffordert. Das ist eine neue Dimension. Wir lehnen die Motion so wie ein allfälliges Postulat aus formellen Gründen ab. Der Prüfungsbericht nehmen wir an. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Oliver. Das Wort hat Salome Mathys für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Salome Mathys (GLP) für die Fraktion: Ja, wo lässt man es runter? Okay. Francesca hat das vorher schon ein bisschen mit grösserer Ruhe als ich zum Ausdruck gebracht. Wir diskutieren hier immer wieder auf der falschen Ebene, im falschen Gremium, über eine Gesetzgebung, die beim Bund und Kanton ist. Die erwähnten Themen, die in der Einleitung vorkommen, wurden zum Teil auch schon von entsprechenden Politikern auf der richtigen Ebene bearbeitet und so wurden die Bedingungen für vorläufig Aufgenommenen verbessert. Die Vernehmlassung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) ist sonst gestern gestartet. Ihr hättet Zeit bis am 1. Juli mit euren Parteien dort ja Stellung zu nehmen, statt hier im Stadtrat lange zu diskutieren. Dann wird in dieser Motion in der Einleitung auch Basel-Stadt gelobt. Gleichzeitig hat man aber gerade gesehen, dass die Zahlen bei den Rückkehrpflichtigen, die leider mit Sicherheitsproblemen... also die Leute, die Sicherheitsprobleme verursachen – ich sage nicht, dass das alle sind, es sind ein paar wenige, die immer kommen – aber gleichzeitig ist die Zahl halt gleich da in der Statistik. Und dort hat das auch der Bundesrat Beat Jans erkannt. Ihr könnt ihn wirklich mal anrufen, um das zu klären. Vielleicht nicht das beste Beispiel Basel-Stadt momentan. Nichtsdestotrotz, wenn wir punktweise abstimmen würden, hätten wir Punkt 1 und 3 angenommen, denn es sind eigentlich die Positionierungen des Gemeinderates gegen Diskriminierung und auch das toleriert die GLP/JGLP/EVP-Fraktion nicht. Punkt 2 und 6 lehnen wir ab. Wie gesagt das ist Bundesebene. Rückkehrzentren sind eine Bundesvorgabe. Da bringt es auch nichts, wenn man Vorsprache beim Kanton hat, um die abzuschaffen. Da müsst ihr euch an den Bund wenden. Und den Status F habe ich vorhin gerade erwähnt. Dann Punkt 4 lehnen wir ab, nicht weil wir die Menschen nicht am öffentlichen Leben teilnehmen lassen möchten, dass fänden wir auch wichtig, aber die Wohnortszuteilung ist nicht auf städtischer Ebene zu regeln, sondern beim Kanton und wie im vorherigen Votum schon gesagt, ist nicht immer nur die Stadt das Beste. Für einzelne ja, die würden übrigens

auch lieber unterirdisch in der Stadt wohnen, Hauptsache nicht auf dem Land und zentral. Andere, aber eben wären lieber oberirdisch auf dem Land statt irgendwo in der Stadt. Den Punkt 5 und 7 lehnen wir ab. Bringt das beim Grossrat ein. Punkt 8 schliessen wir uns der Argumentation des Gemeinderates an und lehnen es ab. Falls ihr nicht punktweise abstimmen lasst, werden wir das Ganze ablehnen, weil es mehrheitlich nicht die städtische Ebene betrifft.

Präsidentin: Merci, Salome. Als nächstes kommt Francesca Chukwunyere für die GFL-Fraktion.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Ja, ich wiederhole mich nicht, es ist wie gesagt nicht unsere Ebene. Aber ich möchte doch noch einen konstruktiven Vorschlag machen, wie ihr vielleicht sonst noch mit dem umgehen könntet. Wir müssen einen Halbkanton haben, einen städtischen Halbkanton und nachher können wir alles zusammen so machen, wie ihr das wollt. Warum machen wir das nicht? Das wäre es.

Präsidentin: Merci, Francesca. Gibt es noch Einzelvoten? Dann hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Seit der Verabschiedung der vorliegenden Antwort des Gemeinderates hat der Gemeinderat sich auch in verschiedenen Bereichen weiterhin engagiert zu dem Thema, denn im Gemeinderat ist die Solidarität mit allen Menschen, Mitmenschen, ob sie hier bei uns sind oder ob sie auf der Welt und in schwierigen Auseinandersetzungen involviert sind, die Solidarität ist für den Gemeinderat ein hohes Gut und dafür setzen wir uns auch ein. Aufgrund einer Motion des Stadtrates erklärte sich der Gemeinderat im Februar dieses Jahres zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen.
In dem Zusammenhang haben wir erneut eben die Solidarität auch kundgetan und wir haben auch ein Schreiben an das EJPD, eben wieder an den Bundesrat Jans gemacht, wo wir dort die Forderungen, die man als sicherer Hafen erfüllt, auch ernstgenommen haben und die die auf Bundesebene sein müssen, dort deponiert haben. Wir haben uns auch beim Bund gegen diese Mingerstrasse-Unterkunft eingesetzt, dass diese weiterhin betrieben werden soll, was ja auch ein Punkt einer solidarischen Politik im Bereich der Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereichs (NABE) ist, wo die Stadt in diesem Sinn die regionale Partnerin ist. Wir probieren mit den Rahmenbedingungen, die gelten bei NABE, für die geflüchteten Menschen gute Bedingungen zu schaffen. Ich denke, das ist uns gelungen. Es ist uns auch gelungen, dank der guten Zusammenarbeit mit der Heilsarmee zu merken, dass die Werte, die die Heilsarmee bei der Betreuung von geflüchteten Menschen ins Zentrum stellt, mit den Werten des Gemeinderates übereinstimmen. Man muss sagen, der Spielraum ist hier klein. Wir können sicher nicht die Politik umsetzen, die die Stadt Bern gerne möchte, aber den kleinen Spielraum, den wir haben, nutzen wir in dem Sinn sicher. Und wir arbeiten auch im Bereich von Asyl und Migration mit vielen Stiftungen, Quartierorganisationen und sonst Organisationen zusammen, damit wir hier auch ein enges und gutes Netz anbieten können.
Jetzt zum Punkt den der Gemeinderat ablehnt. Wir sind einfach nicht davon überzeugt, dass es die zusätzliche unabhängige Ombudsstelle für Asylsuchende oder vorläufig Aufgenommene braucht, denn diese hätten einfach schlichtweg keine Chance. Die Leute könnten sich schon daran hinwenden, aber die Ombudsstelle hätte keine Kompetenzen. Die können nichts bewirken beim Bund, die können nichts bewirken beim

Kanton und darum möchte ich noch einmal betonen, wie der Gemeinderat hier die Lösung sieht. Zum Ersten: Es ist schon gefragt worden: "Was macht ihr mit der Städteinitiative Sozialpolitik?" Wir haben uns dort immer beim SEM und beim Bundesrat dafür eingesetzt, dass eben das Pilotprojekt für die externe Meldestelle in den Bundesasylzentren umgesetzt wird. Das ist jetzt in Umsetzung. Herbst 2024 soll das in dem Sinn nachher beschlossen werden. Da finde ich, dass dann vielleicht auch die SP-Fraktion ein wenig in die Pflicht ist. Der Bundesrat Jans wird entscheiden, wo man so eine Meldestelle eine externe macht. Ich hoffe natürlich, dass der Bundesrat Jans entscheiden wird, dass wir bei jedem Bundesasylzentrum etwas machen und nicht einfach bei dem einen machen wir es und bei dem anderen machen wir es nicht. Ich finde, das ist wirklich eine Notwendigkeit, die man bei den Bundesasylzentren machen muss und wir wollen uns hier auch nicht herausreden als Stadt, dass wir sagen, es geht uns nichts an. Selbstverständlich geht es uns etwas an, aber Geflüchtete oder vorläufige aufgenommene Personen können, wenn sie etwas erleben, was sie einer Meldestelle berichten- wollen, dann wenden sie sich zuerst an den Asylsozialdienst. Jetzt kann man sagen: "Okay, das ist nicht unabhängig, das sind die, die uns betreuen." Das sind diejenigen, die in NABE involviert sind, aber wenn sie dort nicht weiterkommen, können sie sich an die städtische Ombudsstelle wenden und die städtische Ombudsstelle – ihr könnt gerne mit der zuständigen Verantwortlichen Mirjam Graf diskutieren – versteht sich als unabhängig. Also können sich geflüchtete Menschen in der Stadt Bern an die städtische Ombudsstelle wenden, weil der Asylsozialdienst, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter städtisch sind. Deshalb muss ich ihnen ehrlich sagen, ich sehe den Mehrwert für diese Personen hier in diesem Fall einfach nicht ein und deshalb hat ihnen der Gemeinderat beantragt, den Punkt abzulehnen.

Präsidentin: Danke, Franziska. Ich habe nichts von punktweiser Abstimmung von den Einreichenden gehört. Dann stimmen wir über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung Nr. 014

2022.SR.000064: als Richtlinie	
Annahme	
Ja	36
Nein	35
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Motion angenommen.

2022.SR.000065

12 Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA/Eva Chen, Al): Schaffen wir das? Widerstand gegen die unmenschliche Asylpolitik von Bund und Kanton

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 12. Es ist eine Motion der AL-PdA-Fraktion, bei der es um Widerstände gegen unmenschliche Asylpolitik geht. Ich erteile den Einreichenden das Wort, Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Einreichenden: Zuerst einmal zu den Ebenen, die vorhin genannt wurden. Ich glaube, es gibt keine falsche Ebene, sich für Menschen einzusetzen. Wie schon gesagt, wir müssen aus der Stadt für Veränderungen kämpfen. Es gibt, um auch an mein Votum vom letzten Traktandum anzuschliessen, keine sicheren Häfen, wenn man sich nicht gegen die armutstreibende, unmenschliche und menschenfeindliche Asylpolitik wehrt. Ich habe es vorhin schon gesagt, die Politik wird immer wie restriktiver, die betroffenen Menschen immer wie perspektivloser. Anstatt Probleme, die wir in der Schweiz haben anzugehen, setzen Bund und Kanton auf Verdrängung, Isolation und Prekarisierung. Menschen werden in ein Rückkehrzentrum gesteckt, teilweise Familien mit Kindern in einem kleinen Zimmer. Und dann spielt der Spielplatz auch nicht mehr so eine grosse Rolle, wenn man kein Geld hat, um eine Rechtsberatungsstelle in der Stadt aufzusuchen. Wenn man keine Möglichkeiten hat, soziale Kontakte zu knüpfen, dann kann der Spielplatz noch so gross und schön sein. Schlussendlich verhindert es einfach ein soziales Leben zu führen, an der Gesellschaft Teil zu haben. Es gibt zum Beispiel auch viele Leute, die hier in der Schweiz bleiben müssen, aber abgewiesen sind, weil es kein Rücknahmeabkommen gibt, wie das zum Beispiel in Eritrea der Fall ist und die bleiben nachher einfach für bis, wenn auch immer in der Schweiz wie in einem Gefängnis. Das sind Zustände, die hier und sonst nirgends auf der Welt niemand erleben sollte. Das sind Zustände, die zeigen, dass das System versagt. Zeigen wir also dem Bundesrat, der heute schon ein paarmal erwähnt wurde, was es bedeutet, wenn man sagt – ich kann kein Basler Deutsch –, aber "zämä ghots besser". Was es nicht bedeutet, ist es pauschalisierende und stigmatisierende Aussagen, wie sie zuletzt aus dem EJPD gekommen sind, auch nicht eine restriktivere Asylpolitik. Die Asylpolitik ist nicht dazu da, Angst zu machen, sondern dazu da Schutz zu bieten. Wie unglaublich verlogen die Politik ist, hat sich gestern auch an der Eröffnung des Asylsymposiums in Bern gezeigt. Die Staatssekretärin des SEM plädiert für die Einhaltung der Menschenrechte an der Grenze und gleichzeitig wird die Schweiz immer wieder vom Menschenrechtshof gerügt, eben genau diese nicht einzuhalten, wenn es um Asylpolitik geht...

Die Präsidentin bittet um Ruhe im Saal.

Matteo Micieli (PdA), setzt sein Votum fort: ...und finanziert nebenbei noch Frontex und schiebt Menschen nach Kroatien und Griechenland ab, die Pushbackrealität sind. Der Gemeinderat schreibt dann auch, dass es für ihn ausser Frage stehe, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft in der Schweiz ein menschenwürdiges Leben führen können. Dass der Bund und Kanton aber aktiv eine Politik verfolgen, die das verhindert, führt aber dazu, dass es faktisch nicht so ist. Sich aktiv zu wehren und zu sagen: "Da machen wir als Stadt nicht mit." Das ist das einzige, das wir machen können, wir machen nicht mit, wenn es darum geht, Leute zu isolieren, zusammenzupferchen. Wir müssen darum als solidarische Stadt, als Stadt der Beteiligung uns daran beteiligen, dass es allen besser geht, und zwar aktiv und nicht rein rhetorisch. Wir haben im Solinetz Leute beispielsweise, die kein Geld für Essen haben, mit und ohne Papiere. Das ist eine direkte Folge der kantonalen und nationalen Politik und dem müssen wir etwas entgegensetzen. Sei es schon sich zu weigern, Bunker zu öffnen, sei es für Asylbewerber*innen Angebote zu schaffen, die Sans-Papiers niederschwellig unterstützen, sei es als Stadt vermehrt auch Asylsuchende Stellen zu beschaffen, sei es dem Nothilferegime etwas entgegenzusetzen, indem direkte Unterstützung ausgezahlt wird. Bis jetzt machen das vor allem NGO und Vereine, wie wir. Sich als Stadt hinter Sozialpreise zu verstecken, die man denen gibt, die das staatliche Versagen ausbügeln, reicht aber nicht mehr aus. Die Praxis ändert sich nicht von allein, das Gesetz auch nicht. Wir

können nicht nur tun, was rechtlich erforderlich ist, sondern müssen uns auch fragen, was moralisch geboten ist. Bringen wir also den Rechtsstaat und den menschlichen Umgang mit den Asylsuchenden in Einklang.

Präsidentin: Merci, Matteo. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich habe ja da den Antrag unterstützt, dass man da vielleicht gewisse Vorstösse würde zusammennehmen, dass wäre mir gleich wichtig gewesen. Der Vorstoss hier ist sehr ähnlich zu dem, was wir vorhin schon gesagt haben. Ich will mich hier nicht gross wiederholen. Ich versuche es jetzt das einmal auch ein bisschen mit den Vorbemerkungen. Das ganze Gebiet betrifft Sachen, wo wir teilweise gar nicht Kompetenzen haben. Man hat immer gesagt, man könne keine Vorstösse einreichen, man müsse es machen können, was für die Menschen ist. Ja, das ist so, aber ihr hättet den Vorstoss durch eure Vertreter im Nationalrat in den eidgenössischen Räten einreichen können. Dann hättet ihr dort am richtigen Ort, über die Forderungen abstimmen können. Hier beschliessen wir einfach Sachen, für die wir schlicht nicht kompetent sind. Es ist schon im letzten Vortrag darauf hingewiesen worden. Da hat Oliver Berger auf Thomas Glauser verwiesen, dass wir sagen könnten, wir könnten eine städtische Mondlandepolitik oder was auch immer machen, da sind wir schlichtweg nicht kompetent.
Ich will die Diskussion heute Abend auch nicht ad libidum verlängern und das muss man einfach klar sehen. Wir haben Gesetze. Ich habe gewisse gesetzliche Bestimmungen vorgängig zitiert, bei denen ich der Meinung bin, dass die Motion in klarem Widerspruch dazu ist. Und man sieht es eben auch mit den Bundesasylzentren, bei denen man eben auch im Kanton gewisse Vorstösse abgelehnt hat. Man kann jetzt nicht plötzlich Leute aus Asylbewerbern, die in Ausschaffungshaft sind und die in Ausschaffungshaft genommen werden sollten, bei Privaten unterbringen. Das sind einfach Sachen, die man rein rechtlich nicht haben kann, dass man unmenschliche Rückkehrzentren hat. Ich habe vorher schon zitiert, man will ja gar keine Ausschaffungen machen, man will sich gegen das aktiv widersetzen, das wurde schon gesagt, das ist Rechtsbruch. Das sind eben alles Sachen, die in klarem Widerspruch zum gesetzlichen und übergeordneten Recht sind. Und dann: "...widersetzt sich einem Nothilfesystems, welches den Menschen in die Armut treibt und zahlt allen betroffenen Menschen in der Gemeinde Bern Sozialhilfe auf." Wir haben kantonale Vorschriften, in denen wir das geregelt haben, wer Sozialhilfe bekommt, wer Nothilfe bekommt, da werden sicher die Leute der Kommissionen ergänzende Angaben machen können. Das ist schlichtweg nicht möglich und ich habe es schon vorhin gesagt, ich will es kurz machen, eben der Schutzstatus S, man kann durchaus diskutieren. Ich bin nicht Anhänger des Schutzstatus S, den man da jetzt den Ukrainer gegeben hat. Und ich habe immer gesagt, es gibt unweigerlich Probleme mit den verschiedenen Flüchtlingskategorien. Die einen können es haben, die einen können auch mit dem Porsche oder Bentley mit dem ukrainischen Nummernschild Sozialhilfe-Geld beziehen. Der Schweizer kann das nicht. Das sind für mich alles Sachen, die ich als höchst unbefriedigend anschaue. Aber da hat man eben gesagt, das soll man so machen können, das ist mir auch klar. Wenn natürlich jemand von dort kommt, dann wird er wahrscheinlich nicht mit dem Halbtax-Abo und einem Billett von Lemberg oder Kiew kommen. Aber auch dort muss man sagen, die Ukraine ist ein riesengrosses Land. In der Gegend um Lemberg habt ihr weniger Kriegsschäden als in der Gegend um Andriivka oder Cherson. Das will ich nicht in Abrede stellen, aber das

muss man einfach klar sehen. Wir haben gesetzliche Vorgaben. Ich habe immer gesagt, als ihr die Diskussion zum Viererfeld gehabt habt, dass ich gewisse Sachen als heikel anschaue, dass man verschiedene Kategorien schafft. Aber das ist jetzt halt einmal so. Wir haben wieder... Die SVP von der Stadt Bern hat oder vom Kanton Bern und der Schweiz hat den Schutzstatus F festgesetzt. Das ist eidgenössisches Recht, dann müssen ihr das ändern.
Und auch das mit: "...all den geflüchteten Menschen beim Zusammenführen ihrer Familien aus anderen Kantonen oder aus anderen Ländern..." Dann müsst ihr etwa 40 Beamte mindestens anstellen, um die Rückführungen zu machen. Dann habt ihr Leute, wo irgendwie vielleicht ein Teil ist in Australien, ein Teil ist in Amerika, ein Teil ist in Syrien, dann könnt ihr wirklich praktisch für jede Flüchtlingsfamilie ein Dossierverantwortlichen einsetzen. Da muss man einfach ganz klar sagen, das sprengt jeglichen Rahmen. Ich begreife, es sind jetzt Wahlen, man versucht sich ja zu positionieren, aber ich muss sagen, das sind alles Forderungen, die für mich nicht umsetzbar sind, die teilweise gegen übergeordnetes Recht verstossen. Deshalb lehnen wir den Vorstoss in Motions- und Postulatsform klar ab.

Präsidentin: Vielen Dank, Alex. Liebe Kolleg*innen. Ich habe wirklich Alex Feuz fast nicht verstanden und das soll etwas heissen. Ich bitte euch wirklich ein bisschen leiser zu sein oder hinauszugehen zum Reden, wenn ihr Gespräche zu zweit habt. Gibt es noch weitere Einzelvoten? Ruth Altmann.

Ruth Altmann (parteilos), Einzelvotum: Ich möchte doch dem Motionär Matteo Micieli, der sein letztes Votum hier geendet hat, mit: "Helfen wir dem Rechtsstaat moralisch auf die Sprünge." antworten. Ich glaube, es ist nicht mehr ganz wörtlich, wie ich es jetzt sage, aber etwas ähnliches so, oder? "Helfen moralisch zu werden" oder so in der Richtung ist es gegangen. Ich muss schon sagen, Matteo, du hast keine Ahnung von diesem Rechtsstaat. Du hältst dich nicht mehr an den Rechtsstaat. Schön, dass du das Wort überhaupt noch in den Mund nimmst. Ich meine, wer macht diese Asylgesetze? Der Souverän. Weisst du, wie die Gesetze zusammenkommen und wie diese entstehen und so weiter? Du gibst hier aktiv den Auftrag an den Gemeinderat – das hat schon Oliver Berger gesagt –, sich diesen... quasi diesen Vorgaben auf kantonaler und Bundesebene zu widersetzen. Ich meine, Terroristen denken auch so. Ich habe meine eigene Moralvorstellung. Ja, ich habe auch so meine eigenen Moralvorstellungen...

Präsidentin: Ruth, bitte zur Sache sprechen und nicht persönlich angreifen.

Ruth Altmann (parteilos), setzt ihr Votum fort: Ich spreche hier vom Rechtsstaat und er hat das angesprochen. Ich mache den Rechtsstaat so, wie ich ihn für moralisch richtig halte und nicht mehr so, wie es der Souverän in einer Demokratie beschlossen hat. Und deswegen muss man das unbedingt ablehnen. Es ist einfach demokratiefeindlich. Merci.

Präsidentin: Danke, Ruth. Gibt es Einzelvoten? Dann hat Gemeinderat Reto Nause das Wort. Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 015

2022.SR.000065: als Richtlinie

Annahme	
Ja	37
Nein	32
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Motion als Richtlinie angenommen.

2024.SUE. 0002

13 Polizeiinspektorat (Dienststelle 230): Nachkredit zum Globalbudget 2024 für die Durchführung der UEFA Women's EURO 2025 in der Stadt Bern

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 13. Das ist ein Kredit für die UEFA Women's EURO, wozu Judith Schenk für die Kommission spricht.

Judith Schenk (SP) für die RWSU: Ich nehme es vorweg: Erstens, es geht um den Nachkredit für die Frauen EURO 2025. Ich nehme es vorweg. Erstens hat die vollständig anwesende RWSU-Kommission dem Nachkredit einstimmig zugestimmt. Zweitens handelt es sich bei diesem Geschäft um keinen echten Nachkredit. Es geht lediglich darum, dass wir das Geld jetzt sprechen müssen, damit die Vorbereitungsarbeiten des Jahr 2024 finanziert werden können. Der Betrag der Überschreitung vom Globalbudget um 1,8 Mio. Franken wird im Globalbudget vom 2025 dann wieder abgezogen, damit der Gesamtkredit von 6,1 Mio. Franken, wo wir als städtisches Parlament im November 2022 hier gesprochen haben, nicht überschritten wird. Das jedenfalls hat der RWSU-Kommission die SUE Mitte März versichert. Es geht also rein um eine Aufsplittung des Geldes vom 2024 auf 2025. Gemäss der Stadt gibt es leider keine elegantere Lösung als einen Nachkredit. Trotzdem übernimmt die SUE im Vortrag die Verantwortung, indem sie sagt, dass sie bei der Finanzplanung nicht beachtet habe, dass bei einem Zuschlag der UEFA bereits weit im Voraus Ausgaben anfallen werden. In der Kommission RWSU haben wir die Frage nach dem Bundes- und Kantonsbeitrag eingehend besprochen. Der Bundesrat hat 4 Mio. Franken zur Kompensation sprechen wollen für die Fussball EM, die in der Schweiz stattfindet. Der Ständerat jedoch hat einer WBK-Motion zugestimmt, wo 15 bis 17 Mio. für die W-EURO verlangt. Auch die vorbereitende Kommission WBK-N befürwortet diese Aufstockung. Der Entscheid der grossen Kammer steht aktuell aber noch aus. Auf kantonaler Ebene ist der Stand, dass mit insgesamt 6,2 Mio. Franken gerechnet werden kann, 5 Mio. für Planungs-, Organisations- und Durchführungskosten von den beiden Host-Cities Bern und Thun und 1'2 Mio. für die Legacy. Sachlich ist das Geschäft also total unbestritten. Deshalb haben wir in der Kommission auch noch den wahren Grund länger diskutiert, weshalb wir den Nachkredit auf der Traktandenliste haben. Es hat damit angefangen, dass wir im November 2022 den Kredit für die W-EURO so rasch wie möglich haben sprechen müssen, damit die Schweiz sich als Austragungsort überhaupt bewerben konnte und somit die Chance hat, dass die W-EURO überhaupt bei uns stattfinden kann. Also nicht einmal 3 Jahre vor dem Anpfiff. Am 4. April 2023, nachdem der Entscheid für den Austragungsort bereits um mehrere Monate verschoben worden ist, hat sich die UEFA dann endlich entschieden, wie wir ja alle Wissen für die Schweiz. Für die Männer EM 24, die diesen

Sommer in Deutschland stattfindet, ist das Austragungsland schon 2018 bestimmt worden, also knapp 6 Jahre vorher, einfach nur weil Männer spielen. Im Vergleich zu diesen 2 1/4 Jahr vorher, einfach nur weil Frauen spielen. Die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bedeutet in diesem Fall dreieinhalb Jahre länger oder eben weniger lang Zeit für die Vorbereitung und das Aufgleisen eines riesigen Grossanlasses zu haben. Der Zeitwert in Geld umgerechnet bedeutet, in der Schweiz verdient ein männlicher Profifussballer 46,4-mal mehr als eine weibliche Profifussballerin. Ohne die 46,4-fache Diskriminierung wäre der Nachkredit gar nicht auf unserer Traktandenliste gelandet. Vielmehr hätte SUE eine saubere, langfristige und vorausschauende Planung aufstellen können und das mit einem Vorlauf von 5 bis 6 Jahren. Dann müsste sie jetzt auch nicht mit diesen knapp 2 Mio. Franken höheren Nachkrediten unschöne Flecken in die Bücher der Polizeidirektion hinein machen. Die Kosten der entsprechenden Arbeit der Verwaltung, des Ratssekretariats und von uns allen, habe ich aus Kostengründen noch nicht ausgerechnet. Wie bereits erwähnt, empfiehlt die RWSU dem Stadtrat diesen Nachkredit einstimmig zur Annahme.

Präsidentin: Danke vielmals, Judith. Besteht hier Diskussionsbedarf? Ist das umstritten? Dann wird der Kredit so angenommen.

2023.SR.0185

14 Motion Fraktion GB/JA! (Katharina Gallizzi, GB/Sarah Rubin, GB/Nora Joos, JA!): Bern isst nachhaltig: Jetzt Verantwortung übernehmen!

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 14. Die Motion der GB/JA!-Fraktion, Bern ist nachhaltig. Ist die Motion bestritten? Gut, dann erteile ich den Einreichenden das Wort. Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Jetzt reden wir mal noch ein bisschen über etwas ganz anderes als den ganzen Abend. Ich hoffe, die einen oder anderen hören noch zu. Es geht hier um unsere Ernährung und unsere Ernährung hat einen enormen Einfluss auf den globalen Ausstoss von Treibhausgasen. Laut dem WWF Deutschland sind bis zu 37% von den weltweiten Emissionen auf das Ernährungssystem zurückzuführen. Dazu tragen auf der einen Seite direkte Emissionen wie zum Beispiel Methan, den Wiederkäuer ausstossen oder auch Reisfelder dazu bei oder das CO_2 , das in der Landwirtschaft entsteht, durch die Verbrennung von Treibstoffen oder auf der anderen Seite spielen aber auch indirekte Emissionen eine Rolle, die beispielsweise durch die Abholzung von Regenwäldern für die Bereitstellung von Ackerflächen entstehen. In der Schweiz werden 28% der Umweltbelastung durch die Bereitstellung von Lebensmitteln verursacht. Jetzt kann man natürlich naiv sein und sagen, dass der Mensch einfach etwas essen müsse und dass man deshalb dieser enormen Belastung nichts entgegensetzen kann. Das ist aber keineswegs der Fall. Eine Reduktion der Emissionen im Bereich Ernährung ist sehr einfach zu erreichen, weil – und diese Berechnungen habe ich von der Homepage der Stadt Zürich – 40% der Belastung in diesem Bereich ist auf den Verzehr von tierischen Produkten zurückzuführen und 23% entstehen durch Food Waste, also weil Lebensmittel, anstatt dass man sie isst, einfach weggeworfen werden. Die Umweltbelastung, die durch unsere Ernährung verursacht wird, ist also nicht einfach ein Naturgesetz, sondern sie kann durch Verhaltensänderungen enorm beeinflusst werden. All dem ist sich der Gemeinderat bewusst, zumindest

steht es so in seinem Masterplan "nachhaltige Ernährung". Nicht nur die Fakten stehen dort im Masterplan, sondern auch gerade die möglichen Lösungsansätze. Dieser Plan schlägt nämlich vor, dass die Stadt Bern mit gutem Beispiel vorangehen soll, Auflagen machen soll bei Anlässen oder bei Betrieben, die von der Stadt mitfinanziert werden und dass sie das Bewusstsein für nachhaltige Ernährung fördern soll. Unser Vorstoss fordert eigentlich nur, dass der Gemeinderat seine eigenen Reglemente, Strategien und Massenpläne umsetzt. Das ist wohl auch der Grund, warum der Gemeinderat unsere Motion zur Annahme empfiehlt.
Trotzdem finden wir es einigermassen erstaunlich, mit wie wenig Enthusiasmus die Antwort des Gemeinderates ist. Wir fordern, dass analog zu den Vorschlägen im Masterplan "nachhaltige Ernährung" die Stadt mit gutem Beispiel vorangeht und auch bei den Ernährungsangeboten, die sie direkt beeinflussen kann, ausschliesslich biologische, regionale, saisonale, sozial nachhaltige, vegetarische oder vegane Speisen verwendet und das Food Waste und anderen Abfall so gut wie möglich sollen minimiert werden. Auch bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum sowie bei Leistungsvertragspartnern, sollten solche Regeln gelten, wenn auch weniger strikt. Die Antwort des Gemeinderates zitiert jetzt wieder aus seinen eigenen Grundsätzen und verspricht, dass er unsere Ideen, die ja eigentlich schon aus den Strategien des Gemeinderates selber kommen, wieder aufnehmen will und dann irgendwann einmal daraus Handlungen abzuleiten.
Ja gut, also eigentlich ist die Idee von unserem Vorstoss ja gewesen, dass man einmal davon wegkommt, Strategien zu schreiben und endlich mal anfangen würde zu handeln. Aber genau das will man dann doch nicht wirklich so festmachen. Der Gemeinderat weist explizit daraufhin, dass er auch in Zukunft darauf verzichten wird, ausnahmslos vegetarische oder veganes Essen anzubieten, weil es keine rechtliche Möglichkeit gäbe, Anpassungen der Ernährungsgewohnheiten durchzusetzen.
Das fordern wir ja auch nicht. Wie eingangs gesagt, hat eine Verhaltensänderung bei der Ernährung ein enormes Potenzial für die Erreichung der Klimaziele. Und natürlich ist eine Verhaltensänderung immer schwierig. Menschen sind Gewohnheitstiere und gerade, wenn es um Essen geht, lassen wir uns nicht gerne reinreden. Wir wollen das essen, was uns Spass macht oder das, was wir kennen, oder das, was uns gut tut oder eben gerade das, was uns nicht gut tut. Aber gerade, weil Essen so viel mit Gewohnheiten, Erinnerungen und Emotionen zu tun hat, gibt es auch ein riesengrosses Potenzial, unser Ernährungsverhalten zu ändern, ohne dass wir uns eingeschränkt fühlen müssen oder die Freude am Essen verlieren. Essen weckt viele Emotionen und ein Gericht, das ich vielleicht früher nicht so toll gefunden habe, aber dann einmal in den Ferien gegessen habe, wird mit diesen Ferien verknüpft und auf einmal finde ich es wahnsinnig toll und es erinnert mich da, wie schön es doch dort gewesen ist. Vegane und vegetarische Ernährung kann lustvoll und gut sein und auch diese kann man positiv besetzen, aber dafür muss man sie zuerst einmal kennenlernen und ausprobieren. Die Stadt kann den Menschen nicht vorschreiben, was sie zu Hause essen müssen, aber sie kann ihnen gutes, nachhaltiges Essen servieren, wenn sie sie bewirten. Wenn das Essen gut zubereitet ist, spielt es keine Rolle, ob es Fleisch enthält oder nicht. Es geht uns darum, dass man diese Tatsache erlebbar macht, wenn die Stadt etwas kocht, und es geht uns nicht darum, den Menschen etwas zu verbieten. Ich koche schon seit 20 Jahren vegetarisch und noch nie hat eine Person, die bei mir zu Hause zum Essen eingeladen ist, sich beklagt, dass ich ihr Fleischessen verboten habe. In diesem Sinn begrüssen wir, dass der Gemeinderat unsere Motion zur Annahme empfiehlt. Und wir

wünschen uns doch endlich Taten anstatt nur Worte und mutige und vorausschauende Umsetzung unserer Forderungen.

Präsidentin: Merci, Katharina. Wir sind bei den Fraktionsvoten, Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Erlaubt mir ein paar Vorbemerkungen. Ihr kennt mich, ich kämpfen immer mit offenem Visier. Ich habe hier gewisse Befangenheiten, gewisse Befindlichkeiten, Interessenbindungen, die legen ich gerne offen. Ich bin einer, der selber gerne gut isst. Ich koche auch gerne. Ich habe gerne fremde Küchen und ich bin einer, der gewisse Sachen nicht verträgt, also der Körnerfrass oder irgendwie im Sommer gelagerte Mozzarella, vertrage ich gar nicht. Ein Punkt, das möchte ich auch sagen. Heute hat der Feuz also völlig vegan... vegetarisch gegessen, nicht vegan. Heute Mittag bin ich mit "Heit Sorg zu Bärn" im Waadtland gewesen. Ich hatte Fondue, es hatte kein Bündner Fleisch oder Trockenfleisch. Das hätte ich zwar noch gerne gehabt, das ist aber ein sehr gutes Fondue gewesen. Heute Abend habe ich sogar vegetarische gegessen, und zwar nicht wegen euch, sondern weil es mich "gluschtet" hat. Letztes Mal hat nämlich Valentina mit uns gegessen und sie hat ein Spargelrisotto mit Morcheln und Spargeln gehabt. Das hat mich sehr "gluschtet" und das habe ich mit grossem Vergnügen gegessen.
Das ist durchaus etwas, was ich auch gerne habe. Ich bin einer, der gerne Eier hat, oder auch Eiernudel schön mit ein bisschen Steinpilzen hat, aber was ich nicht gerne habe, sind Vorschriften. Wenn man mir sagt, was ich essen muss, weil man an einem öffentlich-rechtlichen Anlass nur vegetarische Sachen hat, die man teilweise nicht verträgt, wie damals bei dem Wirtschaftsapero, wo ich nicht der einzige gewesen bin, der darunter gelitten hat, dass man die Mozzarellakugel, die frittierten, lange in der Sonne gelagert hat und dann hat man Verdauungsschwierigkeiten gehabt. Das habe ich nicht gerne. Jetzt schaut, was sind die Forderungen und das ist genau das, darum sind wir freiheitliche Leute. Ich will mir doch nicht vorschreiben lassen, dass müsst ihr lesen: "Die Verwaltung sorgt dafür, dass bei allen, in ihrem direkten Einflussbereich stehenden Ernährungsangeboten (in der Verwaltung, in Betriebskantinen, an von ihr organisierten Anlässen mit Essensangebot etc.), ausschliesslich biologische, regionale, saisonale, sozial nachhaltige und vegetarische oder vegane Speisen verwendet und angeboten werden. Sie minimiert Foodwaste und andere Abfälle (Verpackungen, etc.)." Das heisst, dass die Leute von der Kehrrichtabfuhr, die draussen in der Kälte sind, die vielleicht gerne einmal einen Rindsragout haben oder was auch immer, die müssen dann auch Salat und irgendwelche vegetarische Karotten essen, ohne Fleisch und ohne Speck. Ihr verleidet denen das Leben und die Qualität, die Freude am Essen. Die Leute sollen die Freiheit haben, das, was sie wollen. Wenn ich eine Kantine hätte, irgendwie bei einem Lehrerinnenseminar, das könnt ihr mir glauben, da würde es keine Berner Platten geben, dann würde ich auch auf vegetarische Gerichte und Salate und Gemüse-Auflauf setzen. Aber an gewissen Orten, wo ihr Leute habt, die körperlich arbeiten, die das gerne haben, denen müsst ihr nicht die Bratwurst verbieten. Das ist eben die rot grüne Bevormundungspolitik, die der Wähler glücklicherweise auch abstraft, die einem das hinterst und das letzte verbieten will.
Ihr habt jetzt gesehen, dass ich heute vegetarisch gegessen habe. Der Kampfgeist von mir ist eigentlich eher grösser geworden. Ich habe immer gesagt, wenn ich gut gegessen habe, dann bin ich wie ein Löwe, der die Antilopen gut... Ich habe sehr gut gegessen, aber gewisse Leute brauchen ein bisschen Fleisch und wenn ihr das denen verbieten wollt, finde ich es eine verdammte Arroganz. Das kann man nicht machen. Und

dann: "...sorgt dafür, dass alle im öffentlichen Raum bewilligten Veranstaltungen grossmehrheitlich biologische, regionale, saisonale und vegetarische oder vegane Speisen verwenden und anbieten." Das heisst, wenn ich irgendein Fest machen würde, irgendwie im Tierpark, dann würde man wahrscheinlich sagen, meinen Leuten, die dort kommen, die müssen jetzt auch die Gemüseaufläufe essen und es gibt nicht Grillsachen mit Fleisch. Und Excuse, was ihr jemanden vorschreibt, da wollt ihr Freiheit, aber hier im rein persönlichen, sagt ihr den Leuten kleinlich, wie sie leben sollen oder nicht. Am liebsten würdet ihr wahrscheinlich nächstens dann noch sagen, dass man pro Jahr nicht mehr als 3 Vollbäder nehmen soll. Ich mache wahrscheinlich weniger als 3 Vollbäder, aber lasst doch den Leuten die Freiheit, schreibt ihnen nicht das hinterste und letzte vor. Das ist eine Zwangswirtschaft. Das ist eine Diktatur. Bei dem ihr eben, als ihr gesagt habt, das Emotionale... Ihr merkt, wie bei mir die Emotionen durchgehen. Das ist eben gerade das, was ihr bekämpfen und verhindern wollt und dann meint ihr, wenn ich dann nur noch das habe, dann esse ich nichts anderes. Ich habe euch gesagt, das hat mich letztes Mal "gluschtet", aber ich will die Freiheit haben und ich will mir nicht vorschreiben lassen, dass ich an städtischen Anlässen nur noch das eine oder andere essen darf.
Dann Ziffer 3: "... alle Leistungsvertragspartner*innen, grossmehrheitlich biologische, regionale, saisonale und vegetarische oder vegane Speisen zu verwenden und anzubieten." und nachher: "...stellt sicher, dass die Forderung 3a keinen Leistungsabbau der Leistungsverträge mit sich zieht und erhöht, wenn nötig, die Beiträge.", das habe ich nicht ganz verstanden. Aber ich sage euch dann noch etwas, es gibt auch gewisse Kinder, die gerne Fleisch haben. Es gibt ja einen den schönen Witz mit dem Schulausflug mit denen, die nur vegan, nur vegetarisch essen, dann gibt es gewisse, die nur Fleisch essen. Ich habe in meiner Bekanntschaft auch Leuten, die sehr gerne Fleisch essen und wenn ihr das denen verbieten und vorschreiben wollt, dann muss ich sagen, dann schreibt ihr eben im Kleinbereich dort, wo der Mensch seine Freiheit hat, vor. Wahrscheinlich kommt dann noch jemand und sagt man müsse das Bett links- oder querstellen. Das ist dann irgendwie biologisch oder was auch immer besser. Lasst doch die Freiheiten und die gleichen Leute, die das jetzt machen, da habt ihr Vertreter... Herr Wermuth, wo ist er gewesen? In den Philippinen und in Vietnam. Dort spielt es dann keine Rolle, wenn ihr dann den anderen schon alles vorschreiben wollt. Der Feuz hat mal einen Vorstoss gemacht, wie viel Entrecôte aus dem Simmental man haben kann, als der Stadtpräsident nach New York gegangen ist. Ja, ich habe nicht so ein gutes Zahlengedächtnis, aber ich glaube es war mehr gewesen als der Feuz pro Jahr Fleisch isst. Und wenn ihr ebenso seid, dann lasst den Leuten die Freiheit, machen hier nicht die Vorschriften und wenn schon, dann erwarte ich ja sonst vom Stadtpräsidenten, dass er mit dem Schiff nach New York geht und nicht mehr herumfliegt, wenn ich kein Fleisch mehr essen soll. Dass die Spitzenvertreter der Stadt herumfliegen können, sei es Südafrika, sei es Georgien, sei es an die dalmatinische Küste, dann sollen die mit Nachtzügen gehen, mit Frachtschiffen. Und vielleicht in der Zeit, während sie unterwegs sind, gedeiht Bern, denn sie machen dann keine Fehler. Ihr seht, ich hatte gewissen Humor, die Emotionen gingen mit mir durch, seht mir das nach, aber lasst die Leute so leben, wie sie wollen und schreibt nicht alles vor. Merci.

Präsidentin: Merci vielmals, Alex. Das Wort hat Florence Schmid Pärli von der FDP/JF-Fraktion.

Florence Pärli Schmid (JF) für die Fraktion: Es wird schwierig, das jetzt zu toppen. Ich halte mich jetzt auch mal kurz an Alex Feuz, und zwar jetzt bin ich einmal und nicht er, eine die immer sagt, wir brauchen keine Fachstelle für nachhaltige Ernährung. Dank eurem Vorstoss, liebes GB, würde sie ja aber wohl nötig die Fachstelle. Nur ist der Vorstoss wirklich euer Ernst? Jetzt wollt ihr den Bernerinnen und Berner, und ich schliesse mich Alex an, wo immer möglich vorschreiben, was sie essen sollen. In einer Kantine macht es ja noch Sinn, wenn sich diese Gedanken macht über die Nachhaltigkeit ihrer Nahrungsmittel, aber das an sich ist ja schon eine Schwierigkeit, weil was ist nachhaltige Ernährung. Noch vor nicht allzu langer Zeit hat es geheissen, Avocados seien nachhaltig. Jetzt soll man die auf keinen Fall essen, weil sie von sehr weit weg herkommen. Ihr schlagt aber nicht nur vor, dass die Kantinen nachhaltige Ernährung anbieten sollen, sondern ihr schlagt auch vor, dass Leistungspartner auf nachhaltige Ernährung achten sollen. Ich stelle mir das so vor, dass der Konzertdirektor neben Partituren neu auch noch Ernährungstabellen studiert. Natürlich ist das überspitzt, aber im Ernst, wollt ihr wirklich, dass sich Leistungsvertragspartner neben der sonst schon schwierigen und umfassenden Bürokratie auch noch um nachhaltige Ernährung kümmern. Und falls ja, was erhofft ihr euch wirklich von diesem Vorstoss eine namhafte Verminderung des CO_2-Ausstosses oder einfach ein weiteres Aufzwingen des eigenen Lebensstils auf andere? Ich hoffe, ihr kommt auf den gleichen Schluss wie wir von der FDP/JF. Dieser Vorstoss ist eine Bieridee. Bier übrigens, so hoffe ich, das wäre aber wenigstens im Sinn von euch nachhaltig, weil das von hier wäre.

Präsidentin: Merci, Florence. Dann kommt Corina Liebi für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Nachhaltige Ernährung ist wichtig, weil wir unsere Klimaziele erreichen wollen und ein Pfeiler für die Zielerreichung ist unsere Ernährung. Die GLP-JGLP-EVP-Fraktion hat deshalb Sympathien für den vorliegenden Vorstoss. Wir begrüssen die Forderung nach einer nachhaltigen Ernährung und unterstützen auch die Reduktion des Food Waste. Was uns hingegen stört, ist das de facto Fleischverbot, das mit dem Vorstoss eingeführt werden soll. Aus diesem Grund werden wir die Motion ablehnen.
Der Gemeinderat hat den Handlungsbedarf im Bereich der nachhaltigen Ernährung schon längstens erkannt und die nötigen gesetzlichen Grundlagen zur Umsetzung geschaffen. Es gibt Regelungen im Klimareglement, in der Rahmenstrategie nachhaltige Entwicklung, im Masterplan Kreislaufwirtschaft und in der Energie- und Klimastrategie. Die Stadt Bern beteiligt sich am Ernährungsforum und es ist gar ein Konzept nachhaltige Ernährung am Ausarbeiten. Für ihre Schulen und Kitas hat sie eine Mahlzeiten-Strategie entwickelt und auch Ernährungs- und Qualitätsrichtlinien erlassen. Wie der Gemeinderat, erachtet aber auch unsere Fraktion nicht als angebracht, den Konsum von Fleischprodukten komplett zu verbieten. Es ist nicht an der Stadt Bern, ihren Mitarbeitenden, die in der Mensa Mittagessen gehen, ihr Menü vorzuschreiben. Gleichsam geht es zu weit, wenn man allen Besuchern von Veranstaltungen im öffentlichen Raum und allen Leistungsvertragsnehmenden der Stadt Bern eine vegetarische oder Vegane Ernährung aufzwingen will. Nur, dass ihr euch der Tragweite von diesem Vorstoss bewusst seid, würden die Regelungen 1 zu 1 umgesetzt werden. Dann dürfte an der Fasnacht, am Buskers und am Ziebelemärit nur noch in Ausnahmefälle Fleisch verkauft werden. Und auch, oh Schreck, so würde auch die von der SVP so heiss begehrte

Bratwurst am Geranium-Markt entfallen. Einer Förderung von vegetarischer und veganer Ernährung mittels eines Anreizsystems widerspricht aus unserer Sicht hingegen nichts. Auch wenn wir anerkennen, dass eine nachhaltige Ernährung und ein geringerer Fleischkonsum als heute vorausgesetzt sind, um unsere Klimaziele zu erreichen und auch entsprechende Reduktionsziele unterstützen, erachten wir ein Verbot als nicht den richtigen Weg. Wir wollen weder den Mitarbeitenden der Stadt Bern noch der Bevölkerung vorschreiben, was sie zu Essen haben. Zudem empfiehlt das Bundesamt für Gesundheit in seinen Ernährungsrichtlinien weiterhin den Konsum von geringeren Mengen an Fleisch und ein de facto Verbot der Stadt Bern würde recht quer in der Landschaft stehen.

Präsidentin: Merci, Corina. Als nächstes kommt Chandru Somasundaram für die SP-JUSO-Fraktion.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Ehrlicherweise muss ich sagen, wir haben noch bis vorhin gerade diskutiert. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt mehrheitlich die vorliegende Motion. Bei einem Teil der Fraktion – aus ihrer Sicht –, handelt es sich bei dieser Forderung um eine Umsetzungsforderung, die der Stadtrat und das Stimmvolk im Klimareglement eigentlich bestimmt haben. Für diesen Teil der Fraktion ist es wichtig, dass der Konsum für die Klima- und Energiewende so gestaltet wird, dass er im Rahmen der Planetaren Grenze stattfindet, dass nicht als moralisches Gebot, sondern schlicht und ergreifend aus dem Ausstand heraus, dass wir bisher nicht nachhaltig konsumieren und uns auf dem Planeten verhalten. Die SP-JUSO-Fraktion anerkennt, dass eine vollständige Umstellung auf fleischlose Ernährung in der Stadt Bern nicht von heute auf morgen passieren kann und auch der gesellschaftliche Trend im Blick muss, behalten werden, der ganz klar ins fleischlose geht und in eine nachhaltige Ernährung. Mit dem vom Gemeinderat vorgegebenen Weg sind wir daher einverstanden, betonen aber, dass die Stadt Bern ihre Vorbildfunktion gleich noch einnehmen muss und für eine nachhaltige, regionale und saisonale Ernährung einstehen, und die fördern muss. Uns ist aber auch bewusst, dass gerade bei Menschen, die körperlich schwer arbeiten, auch eine andere Ernährung oder eine fleischhaltige Ernährung im Vordergrund steht und das möchten wir hier an dieser Stelle auch akzeptieren und betonen und finden, dass mit dem vorgeschlagenen Weg vom Gemeinderat das auch möglich wäre. Mit dem Umsetzen der Forderung, das möchte ich aber hier noch erwähnt haben, kann die Stadt Bern auch ihrer Verantwortung als Konsumentin und Nachfragerin auf dem Lebensmittelmarkt gerecht werden. Wenn man sich nämlich mit den Produzent*innen von Lebensmitteln, also mit den Bauern unterhält, dann hört man schnell, dass eine nachhaltigere Produktion nicht möglich wäre, weil ja der Konsument bestimmt, was er kauft, also der Markt spielt und ganz Unrecht haben sie da nicht. Also im Gegenteil, es stimmt ja auch. Mit der Annahme der vorliegenden Motion könnte die Stadt Bern ihrer Verantwortung als Konsumentin gerecht werden und einen Beitrag leisten, um die notwendige Transformation in der Lebensmittelproduktion voranzutreiben. Sprich eine Transformation von einer intensiveren zu einer nachhaltigeren und regenerativen Landwirtschaft.

Präsidentin: Merci, Chandru. Das Wort hat Michael Ruefer für die GFL.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Auch die GLF-Fraktion hat sich teilweise schwer getan mit den Forderungen von dieser Motion, aber in der Mehrheit werden wir dieser zustimmen. Der Grund ist vor allem, dass die Antwort des Gemeinderates eigentlich

hoffen lässt – sagen wir mal – auf eine sinnvolle Umsetzung dieser Forderungen und auf eine umsichtige Umsetzung, denn es steht nämlich in der Antwort, der Gemeinderat werde aber auch zukünftig darauf verzichten, ausnahmslos nur vegetarisches oder veganes Essen anzubieten. Er weist zudem daraufhin, dass es keine rechtlichen Möglichkeiten gibt, um die Anpassung der Ernährungsgewohnheiten durchzusetzen. Das ist, glaube ich, so die entscheidende Aussage in dieser Antwort und was mir persönlich auch sympathisch ist. Ich bin aktuell auch involviert in der Organisation eines Grossanlasses im Sommer und es ist einfach auch klar, dass es als Bewilligungsbehörde, die die Stadtverwaltung ist und auch der Gemeinderat, so ist, dass das seine exekutive Kompetenz ist, das Gastronomieangebot und dort gehören zum Beispiel auch so Sachen dazu, wie dass man Getränke nicht kann in Glas ausschenken. Das ist auch so eine Einschränkung, die man jetzt gut oder schlecht finden kann, also dass dann da sehr viel PET im Angebot ist, und man muss sich einfach auch keine Illusionen machen, Grossanlässe und Gastronomieangebote an Grossanlässe sind keine ökologische Veranstaltung. Das ist einfach, das trägt Emissionen mit sich und bringt Emissionen mit sich und da darf man sich wohl keine Illusionen machen. Trotzdem findet eine Mehrheit der GFL-Fraktion diese Stossrichtung hier gut und insbesondere den Umsetzungswillen des Gemeinderates gut.

Präsidentin: Merci, Michael. Gibt es Einzelvoten? Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Wenn man einen Biobetrieb hat, den Bioland-wirtschaftsbetrieb, da braucht man Gülle. Gülle ist ein natürliches Produkt und ist nicht irgendwie Chemie. Man braucht aber auch Mist und mit gutem Mist wachsen grosse Kürbisse., grosse Tomaten für die, die eben kein Fleisch essen wollen. Wenn wir jetzt aber keine Gülle haben, haben wir auch keine guten Tomaten. Also müssen wir doch Tiere haben, das heisst auf der ganzen ökologischen Lebenskette gehört eben das Tier auch rein und wenn ihr grosse Tomaten wollt, dann braucht ihr biologisch einen guten Mist und viel Gülle. Und wenn ihr keine Tiere habt, habt ihr das nicht, dann müsst ihr es chemisch herstellen. Das ist das eine, wenn man Fleisch verbietet. Es sind alles erwachsene Leute, jeder soll selber entscheiden können, ob er eine Bratwurst essen kann oder eben nicht. Man diskriminiert hier vor allem auch verschiedene KMU. Das fängt bei der Landwirtschaft an. Er soll keine Tiere mehr haben, dann hat er hat auch keine Gülle mehr. Dann fängt es bei der Metzgerei an, Metzgerverband, alles, was dranhängt und nachher bei den ganzen Lebensmittelgeschäften, und vor allem auch bei der Gastronomie. Und es führt zu weit, dass man in der Stadt irgendwelche Rahmenbedingungen festlegt für städtische Angestellte. Es soll doch jeder essen, was er will. Was ist denn eigentlich ein Stück Fleisch? In einem Stück Fleisch sind Proteinen, Eiweiss, Vitamin B1, B6 und B12, Mineralstoffe, Eisen, Selen und Zink, das hat ein Stück Fleisch. Wenn der Mensch kein Fleisch isst, dann kann ja das eine gute Sache sein, aber dann müssen die verschiedenen Sachen durch vielleicht eine Nahrungsergänzung oder eben durch Gemüse aufgenommen werden, und das Gemüse hat eben nicht alle Nährstoffe. Wir finden von der SVP, dass es hier zu weit führt, sondern dass wir jetzt wirklich demokratisch denken sollten, nicht jemanden diskriminieren und deshalb lehnen wir die ganze Angelegenheit ab. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Thomas. Ich sehe keine Voten mehr. Der Gemeinderat Nause verzichtet und deshalb kommen wir direkt zur Abstimmung über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 016

2023.SR.0185: als Richtlinie

Annahme mit Stichentscheid der Präsidentin

Ja	33
Nein	32
Enthalten	6

Präsidentin: Ich habe den Stichentscheid. Die Motion ist angenommen. Damit sind wir am Ende dieser Sitzung angelangt. Ich möchte mich herzlich für die grossmehrheitlich sehr sachlichen Debatten bedanken, trotz dieser teilweise brisanten Themen. Für das nächste Mal wünsche ich mir jedoch, dass wir wieder ein bisschen am Lärmpegel arbeiten können, weil es sehr anstrengend ist, hier vorne zuzuhören und ich bin mir sicher, dass ihr das verstehen könnt. Ich wünsche euch ganz einen schönen Abend und bis in 2 Wochen.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

15 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Sara Schmid, SP): Fragen zu Problemen bei der Einführung von CitySoftnet. 2023.SR.0189

16 Postulat Eva Gammenthaler (AL) - übernommen durch Raffael Joggi (AL): Überwindung des Kapitalismus: Fundierte Analyse des städtischen Handlungsspielraums. 2021.SR.000198

17 Motion Judith Schenk (GLP) und Gabriela Blatter (GLP): Vermeidung von Vogelschlag. 2023.SR.0110

18 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Stopp der Diskriminierung in Betrieben, die von der Stadt gefördert werden und mit denen ein Leistungsvertrag besteht! 2022.SR.000215

19 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Ende Zwischennutzung Schützenmatte: Die aufgehobenen gebührenpflichtigen Parkplätze sind umgehend provisorisch wieder in Betrieb zu nehmen. Die leidende Stadtkasse ist auf diese Einnahmen von 6000'000 Franken pro Jahr dringend angewiesen! 2020.SR.000179

20 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Rudolf Friedli, SVP): Nachhaken zum Vorstoss „Umwegrendite der Reithalle“ von Michael Burkhard: Wie hoch sind der Kollateralschaden und die negativen Faktoren? 2016.SR.000223

21 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP): Wochenberichte Kantonspolizei zu den Ereignissen Reitschule vom 15.6.2015 bis 16.1.2017. 2017.SR.000118

22 Interpellation Thomas Glauser (SVP), Alexander Feuz (SVP): Sicherheitskonzept in der Reitschule endlich durchsetzen! 2019.SR.000347

23 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Janosch Weyermann/Thomas Glauser, SVP): Was gelten für baurechtliche und energierechtliche Vorschriften im Bereich der Reitschule und der Schützenmatt? Werden diese durchgesetzt? 2019.SR.000299

24 Motion Alexander Feuz (SVP): Die Bestimmungen der Denkmalpflege müssen auch hinsichtlich der Reithalle endlich durchgesetzt werden! 2021.SR.000219

Eingereichte Vorstösse
An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:
1. Motion Ursula Stöckli (FDP), Nik Eugster (FDP): Schulraum schaffen im Nordquartier durch Umnutzung des Ringhofs
2. Motion Niklaus Mürner (SVP), Alexander Feuz (SVP): Sportförderung, Erhalt aller Sportflächen
3. Motion Niklaus Mürner (SVP), Alexander Feuz (SVP), Thomas Glauser (SVP): Fahrerinnen von Cargobikes schützen
4. Motion Florence Pärli Schmid (JF): Einführung einer Ausgaben- zur Schuldenbremse!
5. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Niklaus Mürner, SVP): Von Anfang an zum Scheitern verurteilt Projekt Dalmazibrücke. Kostenfolgen?

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

02.07.2024

X

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

22.07.2024

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi